

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Krieg und Bürgerkrieg

Am 6. Dezember stehen in Venezuela Parlamentswahlen an. Nach der Festlegung des Datums drohte US-Präsident Donald Trump: „Etwas wird mit Venezuela passieren. Das ist alles, was ich dazu sagen kann.“ Gut zwei Wochen zuvor diskutierten die Unterstützer des voraussichtlichen Gegenkandidaten Trumps im US-Präsidentschafts-

Selbstverständlich läßt sich die Politik der USA nicht mit der Bereicherungswut seines politischen Spitzenpersonals erklären. Die ganz persönliche räuberische Gier illustriert allerdings, wofür Typen wie Trump und Biden stehen: für ein System, das für Profit jederzeit über Leichen geht. Versteckter oder offener Bürgerkrieg, geführt von den



Washington, 6. Juni: US-Militär vor dem Lincoln-Memorial in Erwartung der Bevölkerung

wahlkampf, des Demokraten Joseph Biden, im Internet „Visionen für Venezuela und für Venezolaner in den Vereinigten Staaten“. Das Ergebnis lautete, so die US-Internetseite „Marxism-Leninism Today“: Es gibt zwischen den Kandidaten bei Venezuela fast keinen Unterschied. Beide treten für die Politik von Regime Change, Sanktionen und Verweigerung politischer Verhandlungen ein. Biden will im Unterschied zu Trump lediglich, daß Bürger Venezuelas wie die anderer Länder das Recht erhalten, nach Katastrophen in den USA zu arbeiten.

Außerdem will der Demokrat nicht mehr die Grenzmauer der USA zu Mexiko finanzieren. Die Trump-Administration hat dafür bereits 601 Millionen US-Dollar aus dem rechtswidrig beschlagnahmten Vermögen Venezuelas in den USA abgezweigt, das etwa 24 Milliarden Dollar beträgt. Biden, der sich 2014 als damaliger Vizepräsident der USA seine Sporen und offenbar auch familiär nicht wenig Geld beim Regime Change 2014 in der Ukraine „verdient“ hat, klaut nicht ganz so dreist in aller Öffentlichkeit wie der gegenwärtige Chef im Weißen Haus.

reaktionärsten Kräften, ist dessen fester Bestandteil.

Je mehr sich Krisenerscheinungen in den imperialistischen Ländern selbst häufen, desto unberechenbarer werden deren Regime nach innen wie nach außen. Der US-Imperialismus und seine Verbündeten haben seit der Konterrevolution in den sozialistischen Ländern in großen Teilen der Welt eine blutige Spur der Verwüstung hinterlassen. Sie sind jederzeit bereit, terroristische Attacken auf unbotmäßige Staaten zu starten. Trump hat das spektakulär am 3. Januar in Bagdad mit dem Mord an einem iranischen General demonstriert.

Ähnliches gilt auch für die Bundesrepublik, die gerade dabei ist, ein Kampfdrohnenarsenal zu schaffen. Als erste „Fluchtursache“ fällt merkwürdigerweise diese Verheerungs- und Verelendungspolitik auch vielen Linken hierzulande nicht ein. Bisher gelang es der herrschenden Politik und den Staats- und Konzernmedien, der Mehrheit der Bevölkerung, die sich in Umfragen stets gegen Krieg mit deutscher Beteiligung ausspricht, zu suggerieren, daß die bereits laufenden

kriegerischen Einsätze von Afghanistan bis Mali nichts mit ihnen und der deutschen Gesellschaft zu tun haben. Es gilt aber: Ein Land, das Krieg führt, wird im Innern militaristisch, nationalistischer Größenwahn wird zur leitenden Staatsidee. Der Faschismus, ein Teil von Imperialismus, hat wieder einmal ein Frühlingserwachen. In einer Krise wie der gegenwärtigen, deren Tiefe nicht absehbar ist, heißt das Verschärfung des Klassenkampfes – bis hin zum Schüren von Gewalt und bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen.

Auch dazu ist einer wie Trump jederzeit bereit und läßt die US-Armee auch auf die eigene Bevölkerung, nicht nur auf die anderer Länder schießen (siehe auch die Karikatur von Klaus Stuttmann auf der Rückseite dieses „RotFuchs“-Heftes).

Die Bundesrepublik mag angesichts dessen für manche wie eine ruhige Insel erscheinen. Sie ist es längst nicht mehr. Die hiesigen geistigen Brandstifter – etwa die der von Polizisten, Juristen und Bundeswehroffizieren bevölkerten AfD und ihres faschistischen Flügels – haben die Morde von Kassel, Halle und Hanau mindestens inspiriert. Die deutsche Bourgeoisie, so läßt sich sagen, investiert verstärkt in Mord an anderen Nationen und im Inland. Der Unterschied zwischen Berlin und Trump ist ungefähr wie der zwischen diesem und Biden. In bezug auf Venezuela und Kuba haben Bundesregierung und US-Administration wie die beiden Kandidaten praktisch keine Differenzen. Der Rest ist Show.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



„Antifaschistische Norm“ im Grundgesetz	2
Für wen schreibt Gregor Gysi?	3
Solidarität im Kapitalismus	5
Corona und das deutsche Kapital (I)	7
China und die Klassiker des Marxismus	9
Kampfdrohnen – eine neue Waffenart	12
Die USA und die Taliban in Afghanistan	14
Brasilien: Pandemie und Putsch	16
Nicaragua und die Pandemie	17
Mali am Scheideweg	18
Protest gegen Mord an George Floyd	20
1920: Gründung der KP Großbritanniens	25
Polens „neue Geschichtspolitik“	26
Vor 20 Jahren starb Ruth Werner	28
Gojko Mitić zum 80. Geburtstag	36
Leserbriefe	37

Totgesagte leben länger

Über befragt, ob das deutsche Grundgesetz „Denkverbote“ auferlege, antwortete 2007 der frühere Außenminister und jetzige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit einem seither oft kolportierten Bonmot: „Nicht alles, was vorstellbar ist, darf auch politisch gangbar gemacht werden. Es gelten die Grenzen des Grundgesetzes. Die lassen sich nicht überspringen wie ein Gartenzaun.“ Im Rahmen der gesetzgeberischen Reaktionen auf das Covid-19-Virus haben wir erfahren müssen, wie schnell und nahezu geräuschlos durch ein Rumpfparlament beschlossene Einzelgesetze (Pandemie-Schutzpakete I und II) die Grundrechte gänzlich außer Kraft setzten und ein Durchregieren mit bloßen Rechtsverordnungen ermöglicht haben. Der grundrechtliche „Gartenzaun“, der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit vor dem willkürlichen Zugriff der Exekutive schützen sollte, war – um im Bild zu bleiben – sehr einfach zu überspringen. Es ist nicht das erste Mal in der Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik, daß staatliches Handeln, das in der deutschen Bundesrepublik ganz und gar nicht „wertfrei“ ist, sondern der Durchsetzung von Interessen, vornehmlich jener des Kapitals folgt, gegen grundgesetzliche Prinzipien in Stellung gebracht wurde. Wiederbewaffnung und Notstandsgesetze zählen als gängiger Nachweis hierfür. Von der Justiz, vornehmlich dem Bundesverfassungsgericht, ist nicht viel Widerstand zu erwarten. Zur Not werden einzelne, für die herrschende Klasse „unbequeme“ Artikel des Grundgesetzes auch schon mal für „obsolet“ erklärt und ihnen jeglicher Regelungsinhalt abgesprochen. Dieses Schicksal wurde auch einem Artikel des Grundgesetzes zuteil, der zwar bis dato nicht der Streichung anheimfiel, der aber als inhaltsleer und unbeachtlich in der verfassungsrechtlichen Schublade verschwand: Artikel 139 Grundgesetz („Die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt“). Er steht abseits im Schluß- und Überleitungsteil des Grundgesetzes, die sprachliche Fassung juristisch spröde. In vielen Länderverfassungen findet man den gleichen Wortlaut (z. B. Artikel 98 Berliner Verfassung, Artikel 154 Bremer Verfassung). Seine Formulierung geht zurück auf den „Herrenchiemsee-Konvent“ vom 10. bis 23. August 1948. Gegen den Widerstand der CDU-Vertreter fand er Eingang in das Grundgesetz.

Der Marxist Wolfgang Abendroth (1906–1985) erblickte 1975 in Artikel 139 Grundgesetz eine „politische Grundentscheidung“ des Verfassungsgebers, eine klare Positionierung der Verfassung gegen jede faschistische und militaristische Ideologie. Die Vertreter dieser Ideologie – alte und neue Nazis, ebenso wie Militaristen – könnten, so Abendroth, das Recht auf freie Meinungsäußerung (Artikel 5 Grundgesetz) nicht für sich in Anspruch nehmen, denn das Grundgesetz entziehe mit Artikel 139 diesem Gedanken guttend den Boden. Die unmittelbare Erfahrung des Faschismus und des von ihm angezettelten Weltkriegs

hatte sich in mehreren Direktiven des Alliierten Kontrollrats niedergeschlagen. Die fanden zunächst Eingang in die Länderverfassungen der Westzonen und sollten dann über Artikel 139 Grundgesetz die bundesdeutsche Verfassungswirklichkeit bestimmen. In der Theorie jedenfalls. Abendroth war der Auffassung, der demokratisch-antifaschistische Geist der Anfangsjahre müsse bewahrt werden, Artikel 139 Grundgesetz war das grundgesetzliche Mittel hierzu. Der ohne Zweifel ehrenwerte Enthusiasmus Abendroths wurde durch die politi-



Wolfgang Abendroth

sche und justizielle Praxis der vergangenen Jahrzehnte im Umgang der Regierenden mit der Verfassung erheblich gedämpft. Nach einer Entnazifizierung, die diesen Namen nicht verdient hat, inmitten des restaurativen Klimas der 50er Jahre mit FDJ- und später KPD-Verbot, wurden jene Rechtsvorschriften der Alliierten, auf die dieser Artikel explizit Bezug nimmt, allesamt gekappt. Der grundgesetzliche „Roll-back“ begann mit dem sogenannten Überleitungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und den Westalliierten vom 26. Mai 1952. Dieser gab der Adenauer-Administration die Möglichkeit, „von den Besatzungsbehörden erlassene Rechtsvorschriften“ zu ändern oder gleich ganz aufzuheben. Nur vier Jahre später (30. Mai 1956) folgte das „Erste Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts“, das u.a. die Entnazifizierungsvorschriften des Kontrollratsgesetzes Nr. 1, das Kontrollratsgesetz Nr. 10 sowie die Kontrollratsdirektiven 19 und 55 aufhob. Die wenigen Reste von den Alliierten überkommener Gesetze und Direktiven mit antifaschistischer Ausrichtung wurden durch das „Dritte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts“ vom 23. Juli 1958 eliminiert. Ein praktisch-gesetzlich umsetzbarer Norminhalt des Art. 139 GG bestand fortan nicht mehr. Spätestens seit der Aufhebung sämtlichen Besatzungsrechts durch den „2+4-Vertrag“ (12.9.90) blieb die „antifaschistische Grundnorm“ eine leere Hülse. Theodor Maunz, der über viele Jahrzehnte den zentralen Kommentar zum Grundgesetz herausgab, und der, wie sich viele Jahre später herausstellte, unter Pseudonym am Feierabend Artikel für die braunen Gazetten des Dr. Gerhard Frey aufs Papier brachte, hielt Artikel 139 schon seit

dem herbeigesehnt schnellen Ende der Entnazifizierung Anfang der 50er Jahre für einen „Fremdkörper“ im Grundgesetz. Sein akademischer Schüler, Juristenkollege und zeitweise Bundespräsident, Roman Herzog, stieß ins gleiche Horn: Für eine „Sondervorschrift nach rechts ist im System des Grundgesetzes kein Platz“ (1981).

Versuche der Wiederbelebung des Artikels 139 – ernsthafte zumal – gab es in den letzten 50 Jahren wenige. Auch wenn die alliierten Befreiungsgesetze verschwunden waren, konnte die Norm ja wenigstens noch als generelles verfassungsrechtliches Auslegungsprinzip erhalten. Das Verwaltungsgericht Frankfurt artikuliert 1985/86 in zwei Verfahren (Gewährung von Räumlichkeiten für NPD-Veranstaltungen), daß der Artikel 139 in Verbindung mit dem Gesetz Nr. 5 der amerikanischen Militärregierung Aktivitäten auch der NPD verbiete; der Hessische Verwaltungsgerichtshof hob beide Entscheidungen auf (Neue Juristische Wochenschrift 1986, Seite 2660 ff.). Die Bundesregierung berichtete am 30. Juli 1970 an die UN-Generalversammlung zu Maßnahmen gegen faschistisches und rassistisches Gedankengut in Westdeutschland. Man verwies auf Artikel 139 Grundgesetz und attestierte sich eine effektive Bekämpfung rechter Gefahr – der Bezug auf den Artikel diene hier eher der Selbstdarstellung. Das Bundesverfassungsgericht betonte in seiner Entscheidung vom 1. Mai 2001 noch, der Artikel dokumentiere „die Absage an den Nationalsozialismus“ (1 BvQ 22/01). Einige Jahre später hatte sich auch das geändert. Einerseits müsse das Grundgesetz „geradezu als Gegenwurf zu dem Totalitarismus des nationalsozialistischen Regimes gedeutet werden“, aber dennoch kenne es „kein allgemeines antinationalsozialistisches Grundprinzip“ (1 BvR 2150/08). Ein Versuch der Partei Die Linke, auf parlamentarischem Weg am 16. Februar 2001 eine antifaschistische Klausel ins Grundgesetz zu lancieren (als Ergänzung des Artikels 26 Grundgesetz), scheiterte. Seither ist es still geworden. Faschistische und rassistische Netzwerke in Bundeswehr und in den „social media“ haben diese Stille nicht ungenutzt gelassen – wir lesen es jede Woche. Es ist an der Zeit, dringend Anstrengungen zu unternehmen, im Wege eines breiten außerparlamentarischen Bündnisses aller Linken eine antifaschistische Klausel durchzusetzen, die diesen Namen auch verdient. Abendroth würde dann doch Recht behalten. Und das Grundgesetz käme wieder in Deckung mit dem Völkerrecht, insbesondere mit den UN-Resolutionen 67/154 vom 20. Dezember 2012 und 68/150 vom 18. Dezember 2013 („Bekämpfung des Nazismus und zeitgenössischer Formen des Rassismus“). Beide Resolutionen fordern die Signatar-Staaten auf, „endlich wirksame Maßnahmen“ gegen nazistische und fremdenfeindliche Organisationen und Netzwerke zu ergreifen. Über 130 Staaten der Erde nahmen die Resolutionen an – Deutschland enthielt sich beide Male. Wahrlich kein gutes Bild.

Dr. R. Hohmann
München

Für wen schreibt Gregor Gysi?

Es ist gewiß schwierig festzustellen, welchen Raum die Sozialgeschichte der biographischen Geschichte gibt und wie sich Personen in Kommunikation mit anderen ihre eigene personale Biographie gestalten und ihr im Alter nachreden. Gregor Gysi gehört zu den Ikonen des von der Europäischen Union mitfinanzierten „transform!europe“, dessen Netzwerk von Wien aus operiert. Jetzt hat er ein Büchlein über „Marx & wir“ im Aufbau Taschenbuch-Verlag Berlin publiziert (2020, 160 Seiten). Gysi will mit biographischen Anekdoten begründen „Warum wir eine neue Gesellschaftsidee brauchen“.

Er gibt eingangs vor, ein persönliches Verhältnis zu Karl Marx zu haben, weil er in der DDR gelebt und gearbeitet hat. Das erklärt er zum Einstieg damit, daß er sich mit seinen pubertierenden Kommilitonen an einer Berliner Oberschule längere Haare wie Marx wachsen hat lassen. Geboren in Berlin 1948 legt Gysi als praktizierender Rechtsanwalt Wert auf die Feststellung, daß er nach den „Nürnberger Rassegesetzen“, „nur“ zu 37,5 Prozent jüdisch sei, nach den jüdischen Gesetzen aber überhaupt kein Jude ist (2013). Wie seltsam ist ein solcher anwaltlicher Rückgriff auf menschenmordende Gesetze! Er, Gysi, selbst sei aber überhaupt kein religiöser Mensch. Das hat ihn freilich nicht daran gehindert, 2005 vor entsprechendem Publikum die applaudierte Meinung zu vertreten, daß nach dem Scheitern der politischen Linken nur die Religion der Gesellschaft Sinn stiften könne.

Gysi dokumentiert in seinem Büchlein, daß er da und dort Lesefrüchte aus den gesammelten Werken von Marx nachschlagen und diese mit geistreich scheinenden Bonmots umranken kann. Zwischendurch formuliert er sehr deutlich, was ihm als Politiker Europas, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland wichtig ist: „Wer aus dieser Gesellschaft heraus will, muß in sie hineingehen und mehr darüber wissen, wohin er will.“ Gysi weiß, wohin er will, und erklärt, daß die „Rede von einer sozialen Revolution, also einer anderen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit“ derzeit „nur eine metaphorische Dimension“ habe. „Wir“, der pluralis majestatis ist ihm wichtig, müßten Reformen anstreben, die „Einstiegsunkte für mögliche gesellschaftliche Transformation sein könnten“. Als Beispiel nennt Gysi die Notwendigkeit einer radikalen Reform des bundesrepublikanischen Wohnungsmarktes, weil es immer mehr Wohnungslose und Obdachlose gebe. Gysi, der sonst keine Gelegenheit ausläßt, auf die Strukturen der DDR nachzutreten, hätte dazu den bekannten DDR-Dissidenten Jürgen Kuczynski zitieren können, der über ein paar reale Elemente des Sozialismus in der DDR folgendes ausgesagt hat (1994): „Absolute soziale Sicherheit: Keiner brauchte auch nur einen Tag zu hungern oder war – bei wahrlich nicht guten Wohnungsverhältnissen – obdachlos. Keiner war arbeitslos“.

Mit keinem Wort spricht Gysi an, daß seine Bundesrepublik Deutschland seit 1999 wieder offensiv völkerrechtswidrige Aggressions-

kriege führt und gigantisch gegen den Osten aufrüstet. Er, Gysi, müsse als demokratischer Politiker solche Verhältnisse eben akzeptieren, denn „du darfst einzig und allein mit den Mitteln der demokratischen Kultur um Gehör und Stimmen kämpfen“. Zu dieser demokratischen Kultur hat er öfters initiativ beigetragen, beispielsweise 1998, als er der PDS-Bundestagsgruppe die Zustimmung zum großen Lauschangriff abgepreßt hat. Das findet er aber doch nicht passend hier anzumerken, zumal es dann ein dickes Buch geworden wäre. Marx vorgehend zu kennen vermeidet Gysi rigoros, der marxistischen Theorie jene Methoden zu entnehmen, welche die gesellschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart helfen zu analysieren und dadurch eine Anleitung zum Handeln geben. Gysi ist nicht nur ein parasitärer Vorzeigintellektueller, er ist ein rhetorisch gewandter „Anwalt“ des herrschenden Systems, er ist mit seiner Transformationsideologie einer ihrer Ideologen.

Gysi optiert für die Unterdrücker und Reichen, er leistet ihnen bewußt Tribut. Er liest mit den Lippen Karl Marx und handelt gegen die Armen und Opfer in Europa und in der Welt. Die sich aus den Eigentumsverhältnissen ergebende Dialektik von Reichtum und Armut wird von Gysi verschleiert, ihr Erkennen würde nämlich Taten einfordern. „Feste Gesinnung nützt wenig“, so erteilt Gysi sich und seinen Anhängern die Absolution.

Gerhard Oberkofler
Innsbruck

Die Zerschlagung der SED

Es ist schon erstaunlich, wie innerhalb von zwei Monaten die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) zerschlagen werden konnte. Dazu hätte es nicht kommen müssen, obwohl es dafür begünstigende Bedingungen gab: Die seit 1987 deutlich wahrnehmbare Annäherung an die BRD beeinträchtigte die innenpolitische Souveränität des Staates und gab antisozialistischen Kräften Aufwind. Damit wurde auch unter Parteimitgliedern das BRD-Feindbild paralytisch. Zudem stand auch die UdSSR nicht mehr zur DDR. Im Herbst 1989 hatte die Konterrevolution in Polen und Ungarn gesiegt. Nur die ČSSR hielt noch einige Wochen durch. Die DDR war isoliert, befand sich dadurch in der Falle und ihre Politik – egal wer sie führte – in einer Sackgasse.

Mit der Ablösung Honeckers und der Proklamation einer eigenen Perestroika waren ab 18. Oktober alle Schleusen geöffnet. Die Parteiführung und damit auch die Staatsführung waren nicht mehr handlungsfähig. Die Konterrevolution konnte so legalisiert werden, sammelte sich und gab am 4. November auf dem Alexanderplatz ihr Debüt: Erstmals ging man dazu über, die DDR-Staatsmacht und somit der Sozialismus öffentlich

in Frage zu stellen. Mit der unkontrollierten Grenzöffnung am 9. November wurde dieser Prozeß beschleunigt und um die Komponente des BRD-Anschlusses erweitert. Das Feindbild BRD war nun endgültig passé. Die Partei und die Modrow-Regierung verfügten über keine Konzeption, schienen faktisch nicht mehr handlungsfähig. Die BRD nutzte die Gunst der Stunde und gab die Richtung vor. Nach Kohls Zehnpunkte-Plan hätte man sich meiner Ansicht nach anders positionieren müssen und können. Stattdessen wurde die Illusion einer eigenständigen DDR propagiert, was etwa von einem Drittel der DDR-Bürger, vor allem aber auch SED-Mitgliedern, unterstützt wurde.

Diese Illusion und Ratlosigkeit der Kommunisten ermöglichte es wenigen sozialdemokratisch orientierten Reformisten (den Gebrüdern Brie, Dieter Klein, Lothar Bisky u.a.) und ihrem bislang unbekanntem, aber rhetorisch brillanten Frontmann Gregor Gysi ohne Umweg, die strategische Initiative in diesem führungs- und konzeptionslosen Vakuum zu ergreifen. Mit dem Rücktritt der alten Führung konnten sie in die Offensive gehen. Hierzu paßte ein neuer Parteitag weit besser als eine Parteikonferenz, denn nur

damit konnte man angesichts des bürgerlichen Drucks die eigenen Kräfte etablieren und die marxistischen zurückdrängen.

Die Reformisten nutzten die Verwirrung unter der Mitgliedschaft, um schon am ersten Tag des Parteitages die Delegierten zu zwingen, eine neue Führung aus nahezu unbekanntem Leuten zu wählen. Diese begann umgehend, ohne Diskussion über die reale Lage die Linie zu vorzugeben.

Nachdem das ursprüngliche Ziel, die Partei aufzulösen, gescheitert war, verkündeten sie einen angeblich „Dritten Weg“ eines „demokratischen Sozialismus“ für eine noch existierende DDR.

Doch der Staat war zu jener Zeit faktisch schon am Ende: Die Nationale Front war durch den Austritt der Blockparteien hinfällig, auf den Führungsanspruch hatte man selbst verzichtet, die Schutz, Verteidigungs- und Sicherheitsorgane waren paralytisch, isoliert und vor allem die Tschekisten als Sündenböcke für angeblich 40 Jahre Verfehlungen politisch zum Abschluß freigegeben.

Der Anschluß an die BRD stand auf der Tagesordnung. Der Parteitag hatte diese Realitäten nicht erfaßt. Die neue Parteiführung unterließ es, den Delegierten reinen Wein

einzuschenken, denn sonst hätten sich die Reformisten nicht durchsetzen können. Jene verbreiteten Illusionen, verteuflten die DDR, die SED und verwirrten die Parteimitglieder. So desorientiert kam kein nennenswerter Widerstand auf.



Gregor Gysi und der „antistalinistische“ Besen am 7. Dezember auf dem SED-Sonderparteitag

Mit dem Massenausschluß der alten Führungskräfte, die immerhin für Jahrzehnte erfolgreicher DDR-Entwicklung standen, der offiziellen Annahme des alles nivellierenden Stalinismus-Begriffs für 40 Jahre DDR, die Abkehr von einer „Weltanschauungspartei“, also einer marxistisch-leninistischen Partei, war nichts anderes als die Zerschlagung der SED und die beginnende eigene und systematische Verleumdung der DDR. Mit dem Bekenntnis zu sogenannten antistalinistischen und demokratischen Revolution, also zur Konterrevolution, wurde aus der SED in Etappen eine sozialdemokratische Partei, „in der Stalinisten nichts zu suchen“ hätten. Somit war eine totale Abkehr von der DDR und ihren Verteidigern eingeleitet und bis zum heutigen Tage durchgesetzt.

Diese nahezu unglaubliche Wandlung war nur möglich, weil es kein marxistisches Führungszentrum, weder einflußreiche Gruppierungen noch charismatische Persönlichkeiten gab, die das Ruder hätten herumreißen können. Inzwischen waren diejenigen, die jahrzehntelang für die DDR standen, massenhaft aus der Partei ausgeschlossen und durch kurzzeitige Verhaftungen durch DDR-Organe noch zusätzlich kriminalisiert worden. Darunter fiel auch die sich anschließende schändliche Hatz gegen Erich Honecker. Das wurde auch als Signal verstanden, sich prinzipiell von der DDR zu distanzieren und schürte auch Existenzangst. Wenn die eigene Partei und die Regierung die Verteidiger der DDR faktisch fallenläßt, warum sollte man sie noch verteidigen oder ihr anzugehören. So verließen nicht nur Karrieristen, sondern auch viele Kommunisten die Partei.

Die Modrow-Regierung kapitulierte im Januar 1990 vor den Konterrevolutionären am Runden Tisch und nahm sie in ihre Regierung auf. Damit war nach marxistisch-leninistischen Kriterien die kleinbürgerliche Phase der bürgerlichen Konterrevolution abgeschlossen. Gysi schätzte das am 6. Januar 1990 – allerdings aus seiner reformistischen Position – ebenso ein: Die erste Etappe der demokratischen Revolution sei nun abgeschlossen, in der folgenden Etappe könnte

sich der demokratische Sozialismus in Vorbereitung freier Wahlen entfalten. Richtig ist, daß mit der Vorbereitung und Durchführung der fremdbestimmten Märzahlen 1990 die großbürgerliche Phase zum Durchbruch gelangen und siegen konnte. Das war also nicht

die Schuld der „alten Herren aus dem Politbüro“, sondern der reformistischen Kräfte aus Partei und Regierung.

Viele Parteimitglieder hatten zwar Ungeheimheiten bemerkt, doch der Erhalt der Partei stand für sie im Vordergrund. Seit Oktober hatten 600 000 die SED verlassen. Doch im Dezember gab es immerhin noch 1,7 Millionen Parteimitglieder. Die Partei hatte also den ersten Sturm überstanden und besaß noch bedeutende Kräfte zu einer kommunistischen Neujustierung. Das intellektuelle Potenzial sozialistischer Kräfte war so enorm, daß die Reformisten behutsam zu Werke gehen mußten. Mit dem Übergang von Betriebs- in Wohnparteiorganisationen hofften sie auf eine drastisch verringerte Mitgliederzahl. Doch diese Rechnung ging so nicht auf. Ende Januar waren die PDS-Basisorganisationen arbeitsfähig, zahlenmäßig stark und auch neue Kreisvorstände gewählt worden. Die Stimmung war trotz des gegnerischen Drucks optimistisch. Das hing aber nicht zuletzt damit zusammen, daß viele Angehörige der bewaffneten Organe, Wissenschaftler, Ingenieure usw. kamen und auch in die Leitungen gewählt wurden.

Wenige Tage später kam es mit der unter den Genossen nicht diskutierten und somit überraschenden Modrow-Initiative „Deutschland, einig Vaterland“ im Januar/Februar zu einem Schock und demzufolge zu Massenausritten bis zu einer Million Mitglieder. Die PDS zählte nur noch 700 000.

Da die PDS-Führung die DDR als „stalinistisch“ eingeschätzt hatte, bestand für sie kein Grund, die in der BRD verfolgten ehemaligen Tschechen und IM zu schützen. Statt sich für die Errungenschaften der DDR und den Schutz ihrer aktiven Verteidiger einzusetzen, überließ man sie dem „Rechtsstaat“ und übernahm damit faktisch dessen konterrevolutionäre Auffassungen.

Die Konzeption einer pluralistischen Partei, das Abgehen vom Marxismus-Leninismus und eine zunehmend linksbürgerliche Politik konnte die Partei nicht stärken, sondern schwächte sie und das bis heute. Ein kontinuierlicher Mitgliederschwund war die Folge:

97 % der SED-Mitglieder waren ausgetreten. Heute gehören den Linken nur 10 % der PDS-Mitglieder vom Frühjahr 1990 an.

Über 60 % der Parteimitglieder sind Rentner. Jugendliche treten kaum ein. Damit ist die Zukunft der Partei auch deshalb gefährdet, da jährlich ein erhebliches Mitglieder- und Wählerpotenzial wegstirbt. Nach 2009 gingen auch deshalb die Wahlergebnisse in Ostdeutschland kontinuierlich zurück. Durch die kleinbürgerliche Politik der Anpassung und des „Einbringens“ in das BRD-Parteiensystem wird die Linke kaum noch als Protestpartei wahrgenommen. Viele ihrer potenziellen Wähler, darunter leider auch ehemalige SED-Mitglieder, stärken mit ihrem Wahlvotum die Reihen und den Einfluß der extremen Rechten AfD.

Die Linkspartei bleibt allerdings weiterhin die politische Heimat vieler mit dem Sozialismus und der DDR verbundenen Kräfte. Das wird aber von den bürgerlichen Medien so gesehen, daß die Parteiführung das immer geringer werdende marxistische Potenzial „entschärft“ und „geordnet in die freiheitlich-demokratische Grundordnung der BRD überführt“ hätte. Alle Versuche marxistischer Kräfte, einen Linksruck herbeizuführen, scheiterten. Meiner Meinung nach wäre objektiv notwendig gewesen, strategisch die Bildung bzw. Stärkung eines marxistisch-leninistischen Organisationszentrums zu unterstützen.

Die Bereitschaft und Ansätze dafür waren vorhanden. Allein im November und Dezember 1989 hatte jeweils eine Viertelmillion für die Verteidigung des Sozialismus im Lustgarten und in Treptow demonstriert. Auch im März 1991 standen ebenso viele bei der PDS-Veranstaltung zur Verteidigung sozialer Errungenschaften auf dem Alexanderplatz. Seither gab es diese Massenproteste nicht mehr.

Ein klares Bekenntnis zur DDR als die höchste Errungenschaft der deutschen revolutionären Arbeiterbewegung hätte auch den Schutz seiner aktiven Verteidiger beinhalten müssen. In den Gewerkschaften hätte die Partei erheblichen Einfluß gewinnen müssen und können. Dadurch wären die reformistischen Kräfte weniger zum Zuge gekommen und marxistische Kräfte nicht aus der Partei gedrängt werden können.

Gegenwärtig ist die Partei Die Linke die einzige konsequent antifaschistische Stimme im Bundestag und auch Friedenspartei. Letzteres bröckelt allerdings sichtbar. So wird die friedensstiftende Rolle Rußlands und Chinas in Frage gestellt und hinsichtlich der Krim die bürgerliche Sicht übernommen. Die aggressive NATO-Politik und die antirussische Bedrohungslüge wird durch die Aussage Gysis, daß man Verständnis für das Gefühl der Bedrohung Polens und der Balten durch Rußland haben müßte, indirekt begünstigt.

Positive Impulse für eine antiimperialistische Umgestaltung Deutschland sind von ihr seit der endgültigen Verabschiedung vom Marxismus durch das Programm von 1993 nicht zu erwarten.

Dennoch bleibt sie für uns ein potenzieller Bündnispartner und verdient dort, wo sie Linkspolitik betreibt – auch bei Wahlen – unterstützt zu werden.

Dr. Bernhard Majorow

Kein Wert

Gibt es Solidarität im Kapitalismus?

Am 31. Dezember 2019 informierten chinesische Behörden die Weltgesundheitsorganisation (WHO) über den Ausbruch einer unbekanntes Pneumonie in der Stadt Wuhan, Provinz Hubei. Experten stellten fest, daß der Erreger der Krankheit ein neues Coronavirus, Virus Sars-Cov 2, war. Später wurde die Krankheit offiziell Covid-19 genannt. Die WHO stuft am 11. März den Ausbruch von Covid-19 als Pandemie ein.

Italien, ein EU-Land, bat Kuba, Venezuela und China um medizinische Unterstützung für die Bekämpfung des Virus. Während alle EU-Mitgliedsstaaten italienische Hilfsersuchen unbeantwortet ließen, schickte die chinesische Regierung am 13. März ein Flugzeug mit einem Ärzteteam und 30 Tonnen medizinischem Material. Der italienische Außenminister Luigi Di Maio bedankte sich per Facebook-Video „für diese Form der Solidarität Chinas“.

Kuba sandte 52 medizinische Fachkräfte in die norditalienische Region Lombardei. Die Kubaner haben neben Erfahrungen auf dem Gebiet der Bekämpfung von Epidemien jedoch noch mehr zu bieten. Sie verfügen über zwei Medikamente, die antiviral wirken. Es handelt sich hierbei um „cigb 210“ und „Interferon α 2B“. Letzteres wurde in China bei ca. 1500 Covid-19-Patienten eingesetzt. Es gibt sogar eine sächsische Firma, Verbandsstoffhersteller Profumed, die bereit ist, diesen Wirkstoff zu importieren. Außerdem wäre Kuba auch in der Lage, Ärzte in die BRD zu entsenden. Rußland belud insgesamt 15 Frachtflugzeuge mit medizinischen Materialien, Ausrüstungen und Geräten und flog diese am 22. März nach Norditalien. Dazu gehörte auch entsprechendes Fachpersonal für die Virusbekämpfung. Bundesaußenminister Heiko Maas sagte im ZDF-Morgenmagazin am 23. März, daß die Bundesregierung am Sonntag eine Maschine mit sieben Tonnen Hilfsgütern, darunter 300 Beatmungsgeräte, nach Italien geschickt habe. Außerdem wurden Infizierte aus Frankreich und Italien in deutschen Krankenhäusern behandelt.

Vor diesen Aktionen hatte sich Italien über die mangelnde „Solidarität“ der EU-Partner beklagt. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen räumte Fehler der Gemeinschaft im Umgang mit Italien ein. Sie mahnte an, deren Grundsätze und Grundwerte einzuhalten. Welche meinte sie? Die Herrschenden in der EU hinterließen nur den Eindruck, daß sie insgesamt mit dem Ausbruch der Corona-Krise völlig überfordert waren.

Alle Mitgliedsstaaten mußten selbständig unkoordinierte Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerungen treffen. Dazu zählen einseitige Grenzschließungen, die den wirtschaftlichen Einbruch verstärken. Das Fehlen eines EU-Gesamtkonzeptes für Krisen und Katastrophenfälle bestätigt deren enorme Defizite: Der riesige Apparat – zu ihm gehören rund 8000 Parlamentsmitarbeiter für

705 EU-Abgeordnete und 50 000 EU-Beamte – beschäftigt sich mit sich selbst.

In asiatischen Ländern wie China, Singapur, Taiwan, Hongkong, Vietnam oder Südkorea wurde die Infektionskrankheit bereits Anfang/Mitte Januar konsequent bekämpft. Betroffene wurden isoliert und Infektionsketten unterbrochen. In der EU feierte man zu diesem Zeitpunkt noch Fasching und Après-Ski. Europa sei „zum Epizentrum der Pandemie geworden“, erklärte der Chef der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Tedros Adhanom Ghebreyesus am 13. März.

Erst am 17. März entschloß sich die EU-Kommissionspräsidentin, die Grenzen des Schengen-Raums zu schließen. Die BRD hatte bereits am 16. März ihre Grenzen zu fünf Nachbarländern zugemacht.

Nach einem Telefongespräch zwischen Donald Trump und Wladimir Putin schickte Letzterer ein Transportflugzeug vom Typ AN-124 „Ruslan“ mit Hilfsgütern in die USA. Es landete am 1. April in New York.

„America first“ ist das Motto der USA auch in der Corona-Krise. Dennoch haben sie eine rechtzeitige Vorbereitung auf die Pandemie verpaßt. Sie blockieren vielmehr medizinische Hilfe für „unliebsame“ Staaten wie Iran und Venezuela. Die US-Administration beschlagnahmte, – besser – stahl medizinische Schutzmasken, die für Frankreich und die BRD bestimmt waren. Unter „Freunden“ gibt es eben keine Solidarität. Allerdings hatten auch diese beiden Staaten den Export medizinischer Geräte und Schutzmaterialien verboten, was z.B. zu einem diplomatischen deutsch-schweizerischen Konflikt führte. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle erließ bereits am 5. März (!) ein Exportverbot für medizinische Schutzrüstungen. Tschechische und polnische Behörden haben chinesische Hilfslieferungen für die Corona-Bekämpfung in Italien konfisziert. Sie mußten die Lieferungen nach Protest der Italiener herausgeben. „Auch zwischen Deutschland und Österreich hatte es in der vergangenen Woche dazu Verstimmungen gegeben, nachdem ein Lkw mit bereits bezahltem Material an der Grenze aufgehalten worden war...“, schrieb „Die Presse“ am 22. März. Indien, einer der größten Medikamentenproduzenten der Welt, beschränkte den Export von 13 Wirkstoffen wegen Produktionsausfällen. Das Land mußte die Produktion drosseln, weil Zulieferungen aus China fehlten. Der US-Präsident drohte daraufhin Indien mit Gegenmaßnahmen. Hier zeigten sich die negativen Seiten der „Globalisierung“, die aus Profitgründen zu einer Verlagerung der Produktion von Medikamenten, medizinischen Ausrüstungen und Hilfsmitteln nach Asien geführt hat. Der US-Präsident griff außerdem die WHO an, um eigenes Versagen zu vertuschen. Er stellte die Beitragszahlungen am 14. April ein, da die WHO angeblich nicht rechtzeitig vor der Pandemie gewarnt habe. Aus Medienberichten geht jedoch hervor, daß er von seinen eigenen Beratern bereits im

Januar gewarnt wurde. Als Schuldigen macht er China aus, das es an Transparenz zu Beginn des Ausbruchs habe fehlen lassen. UN-Generalsekretär António Guterres verurteilte Trumps Entscheidung und äußerte, daß „nicht die Zeit ... sei ...“, die Ressourcen für die Weltgesundheitsorganisation oder einer anderen humanitären Organisation im Kampf gegen das Virus zu reduzieren“. Die USA sind mit 200 Millionen US-Dollar Hauptschuldner der WHO. Abschließend lassen sich einige wichtige Erkenntnisse aus dem bisherigen Verlauf der Pandemie und der damit verbundenen wirtschaftlichen Krise ziehen: „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“ sagte einst Ernesto Che Guevara. In den Beziehungen zwischen kapitalistischen Staaten und innerhalb imperialistischer Bündnisse ist das Wort „Solidarität“ lediglich eine Floskel und kein Wert im Wertesystem. Die führenden kapitalistischen Machtzentren erweisen sich als nicht in der Lage, eine angemessene gemeinsame Strategie gegen das Virus und dessen Folgen für die Volkswirtschaften und die gesamte Weltwirtschaft zu entwickeln.

Mit durchsichtiger Propaganda wird dagegen das Versagen des kapitalistischen Systems vertuscht. Dazu gehört die Denunziation Chinas und Rußlands. Die Unterstützung beider Länder für andere Staaten im Kampf gegen das Virus wird diskreditiert. China wird überdies die alleinige Verantwortung für die Pandemie zugeschoben.

Die seit 2008 schwelende Weltwirtschaftskrise wird durch den wirtschaftlichen Rückgang im Zusammenhang mit der Pandemie zu einer tiefen Depression werden. Der Kampf um eine wirtschaftliche und politische Neuaufteilung der Welt verschärft sich bereits jetzt und nimmt an Fahrt auf. Führende imperialistische Staaten bereiten sich darauf vor, das Industrie- und Finanzkapital umfangreich zu stützen. Es werden spezielle Wirtschaftsförderungsprogramme aus Steuergeldern aufgelegt, die zu Lasten der werktätigen Massen gehen.

Die Pandemie dient dazu, bürgerlich-demokratische Rechte weiter einzuschränken und den Überwachungsstaat schneller auszubauen. Finanzstarke Gruppierungen und Finanzinvestoren sind in den Startlöchern, um Unternehmen und Wirtschaftseinheiten zu übernehmen und das Kräfteverhältnis in der Weltwirtschaft zu verändern. Die USA stellen vorsorglich die Weltwirtschaftsordnung zur Disposition, indem sie die Beitragszahlungen an die WHO und an die Welthandelsorganisation in Frage stellen und deren Arbeit blockieren.

Als Folge der Pandemie und der damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Krise werden neue wirtschaftliche und politische Kräftekonstellationen entstehen, die heute noch nicht vorhersehbar sind. Offen ist, ob die USA dabei ihre Vormachtstellung behaupten können.

Dr. Ulrich Sommerfeld

Der Traum vom opferlosen Umsturz

Die Partei Die Linke (PDL) hatte in diesem von Krisen geplagten Jahr 2020 schon großes Glück im Unglück. Denn die medialen Nachwehen der Kasseler Strategiekonferenz hielten sich in engen Grenzen, da sich Presse, Funk und Fernsehen alsbald um den „gefährlichen Drachen“ aus dem chinesischen Wuhan namens Corona zu kümmern hatten. Was war in der hessischen Metropole vorgefallen? Eine Berliner Delegierte hatte wohl vor lauter Aufregung vom Erschießen des einen Prozents der reichsten BRD-Bürger nach einer eventuellen Revolution schwadroniert. Der anwesende PDL-Chef Bernd Riexinger versuchte die Situation dahingehend zu retten, indem er vorschlug, diese Damen und Herren doch eher für nützliche Arbeiten heranzuziehen. Hinter diesen Worten vermuteten politische Gegner und bürgerliche Medien natürlich gleich die Vokabeln „Zwangsarbeit“ und „Arbeitslager“.

Die PDL-Co-Vorsitzende Katja Kipping warf sich angesichts der etwas vertrackten Situation während einer Bundestagsdebatte abermals in den Staub und entschuldigte sich bei allen Opfern von Mauer und Bepitzelung. Die Parteichefin kann sich auch noch tausendmal Asche über ihr Haupt schütten, die steinernen Herzen der notorischen DDR-Hasser wird sie damit niemals erweichen. Und die übergroße Mehrheit der früheren DDR-Bürger, die nicht mit dem

Staat auf Kollisionskurs gegangen ist, dürfte derartige Verlautbarungen eher wenig interessieren.

Da inzwischen etwas Zeit ins Land gegangen ist, wäre jetzt die Möglichkeit, sich einmal entspannt zurückzulehnen und einen Blick in die Historie zu werfen. Denn unzählige Opfer gab es in der Geschichte bei jedem revolutionären Umsturz zu beklagen – und meist auf der Seite der aufständischen Schichten. Erinnert sei hier an den Deutschen Bauernkrieg von 1524/25, die Deutsche bürgerliche Revolution von 1848/49 oder auch die Novemberrevolution von 1918/19. Übrigens fußt der Kapitalismus seine „Erfolgsgeschichte“ in weiten Teilen auf die Große Französische Revolution von 1889 bis 1894, während derer die Guillotinen tausendfach durch die Hälsen von Adelsvertretern ratschten. In der bürgerlichen Geschichtsschreibung werden die damaligen Ereignisse in der Grande Nation aber nicht mehr als bürgerliche Revolution klassifiziert. So wäscht eine Gesellschaftsordnung sich die blutigen Hände rein. Woher nun aber kommt die Vision von einem opferlosen gesellschaftlichen Umsturz? Gab es diesbezüglich eventuell eine Ausnahme? Richtig!

Es gab diese historische Situation. Dabei handelt es sich um den konterrevolutionären Herbst von 1989 in der DDR. Daß damals kein Schuß fiel, ist namentlich

dem einstigen SED-Politbüromitglied Egon Krenz zu verdanken. Aber auch allen Befehlshabern von Volkspolizei, Grenztruppen, Nationaler Volksarmee und Ministerium für Staatssicherheit. Und letztlich auch den Polizisten und Soldaten, die damals in der ersten Reihe den Demonstranten gegenüberstanden. Denn diese Männer behielten die Nerven, selbst als sie von gewaltbereiten Mitläufern der sogenannten Bürgerrechtler mit Steinen beworfen wurden oder Zigarettensammel in ihren Gesichtern ausgedrückt bekamen.

Gut 30 Jahre nach diesen Ereignissen ist die BRD einmal mehr in eine tiefe gesellschaftliche Krise geraten. Und wenn Leute in diesen Monaten auf die Straße gehen, um ihrem Unmut wegen der Corona-Beschränkungsmaßnahmen Luft zu machen, ist der Härtegrad beim Durchgreifen der Polizei einfach erschreckend – insbesondere gegen Frauen und Menschen im Rentenalter. Dabei steht die Mehrheit der Protestierenden doch für die freiheitliche Grundordnung dieses Landes und ihre Behelfsverfassung namens Grundgesetz ein. Man möchte sich angesichts der aktuellen Bilder lieber nicht vorstellen, was einmal geschehen könnte, wenn sich die Bevölkerung eines Tages gegen die BRD und den in ihr herrschenden Kapitalismus erhebt.

Rico Jalowietzki

Presseerklärung zur Gründung des Vereins „Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität“ GeFiS

Am 24.07.2020 hat sich in Rostock am Geburtstag des Befreiungshelden Lateinamerikas von der spanischen Kolonialmacht, Simon Bolivar (geb. 24.07.1783), der Verein „Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität“ (GeFiS) gegründet. Der Verein GeFiS bekennt sich zu den Traditionen vielfältiger bereichernder Kontakte zwischen dem deutschen Volk und den Völkern Lateinamerikas – im Geiste von Alexander von Humboldt und Simon Bolivar – zur internationalen Solidarität.

Gerade in Zeiten vieler lokaler militärischer Auseinandersetzungen, Wirtschaftskriege und sozialer Spannungen weltweit und insbesondere in Lateinamerika, ist es wichtig, alle

Kräfte für den Kampf für Frieden, staatliche Souveränität und soziale Gerechtigkeit zu bündeln und den solidarischen Gedanken weiter zu fördern.

Entsprechend seiner Satzung wird der Verein seine Tätigkeit nach den Grundsätzen der internationalen Menschenrechte in konfessioneller und parteipolitischer Unabhängigkeit begründen. Des Weiteren wird neben einer kontinuierlichen Informationsarbeit über die soziale und politische Lage und Entwicklungen mit den künftigen Partnerländern Lateinamerikas, auch die solidarische Unterstützung demokratischer Bewegungen vor Ort unter Wahrung weltanschaulicher und parteipolitischer Unabhängigkeit einen

Schwerpunkt der Vereinsarbeit darstellen. In diesem Zusammenhang wird künftig angestrebt, verschiedenste Projekte zur Förderung der Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe bei Förderung der internationalen Gesinnung in Deutschland und in den Partnerländern zu entwickeln.

Wir rufen alle friedliebenden und interessierten Bürger auf, uns aktiv oder mit Spenden zu unterstützen.

Vorläufiger Kontakt unter:
gefis2020@gmail.com
und 015201584210

Die Gründungsmitglieder GeFiS
Rostock

Rostock, den 24.07.2020

Das Coronavirus und das deutsche Kapital (I)

SARS-CoV-2 hat mit einer furchtbaren Dynamik alle Kontinente heimgesucht. Mit nicht geringerer Geschwindigkeit versuchen alle Staaten durch medizinische Aktionen, administrative, ökonomische, finanzielle und juristische Maßnahmen eine Abwehr gegen diese Pandemie aufzubauen. Dabei ist schon erstaunlich, wie in Rekordzeit finanzielle Hilfen von Seiten des Staates in Parlamenten beschlossen wurden, ohne ermüdende Debatten über die Sinnhaftigkeit dieser Finanzierung zu führen. Immer deutlicher ist zu erkennen: Hier geht es um mehr als nur um die Meisterung einer medizinischen Notlage. Es geht um die Herrschaft des Kapitals, das national und international beträchtlich ins Wanken geraten war. Es ging noch nicht um sein Ende, aber um ernste, bedrohliche Anzeichen einer längerfristigen Lähmung, um die Frage der Bewegungsfähigkeit und des Totalausfalls lebenserhaltender Systeme. Dafür mußte man fast das ganze kapitalistische Arsenal an Sicherungen und stützenden Maßnahmen mobilisieren. Es ging schließlich um die Nachweisführung, auch in einer Pandemie erschreckenden Ausmaßes nicht die Glaubwürdigkeit als überlegene, vitalere Ordnung gegenüber dem Realsozialismus zu verlieren. Der Auslöser der bisher beispiellosen Rettungsaktionen für das Kapital ist eine fast nicht sichtbare Mikrobe. Sie gehört zu den ungezählten Mikrobenstämmen, die unsere Erde und damit den Menschen, die Tiere und die Pflanzenwelt oft mit tödlichem Ausgang beherrschen. SARS-CoV-2 ist durch das Elektronenmikroskop kaum sichtbar. Seine Größe mißt sich in etwa 20 bis 170 Nanometern (0,00002–0,00017 mm). Die menschliche Zelle ist tausendmal größer. Namhafte Virologen gehen davon aus, daß 70 bis 80 Prozent der ernsthaften Viruserkrankungen (Ebola, Marburg, Hanta) in mikrobiologischen Prozessen innerhalb des Tierreichs ihren Ursprung haben. Solange die Viren in ihren Ökosystemen gefangen sind, besteht auch keine Gefahr für den Menschen. Das Überspringen des Virus auf den Menschen passiert aber nicht ohne ein entsprechendes gesellschaftliches Umfeld. Das Umfeld selbst ist sehr vielschichtig. Dazu zählt der durch Profitaussichten angetriebene Raubbau an der Natur durch Großkonzerne der Nahrungsmittel-, Agrar- und Holzindustrie sowie des Bergbaus. Es ist der internationale Tourismus, der die Reiselustigen in Gegenden befördert, die absolut der Natur überlassen sein sollten. Die Distanz zwischen Mensch und Wildtier wird somit immer kleiner. Es gibt zweifelhafte Züchtungen von speziellen Wildtieren, die mit Sicherheit Träger gefährlicher Viren sind. Hunger und falsche Ernährung führen zum Verzehr von exotischen Wildtieren. Bis jetzt ist wissenschaftlich umstritten, wie sich SARS-CoV-2 im Menschen ansiedeln konnte. Eindeutig sind die Wirkungen von SARS-CoV-2 auf die gesellschaftspolitische Struktur des Kapitalismus. Das Coronavirus hat in kürzester Zeit die idealisierte, geschönte Darstellung des Kapitalismus in eine schockierend realistische

Betrachtung der kapitalistischen Wirklichkeit verwandelt. SARS-CoV-2 hat auf brutale und furchteinflößende Art und Weise Widersprüche aufgedeckt und vertieft, Gebrechen und Konstruktionsfehler des Kapitalismus für die breite Öffentlichkeit sichtbar gemacht, auf welche Marxisten schon vor Jahrzehnten hingewiesen haben, ohne in der Bevölkerung immer das nötige Gehör zu finden. Viele Schleier und Tarnnetze, die immer wieder über den Kapitalismus gespannt werden, wurden durch das Coronavirus zerrissen. Dieses Virus hat zu einer Demaskierung des Kapitalismus hinsichtlich Intensität und Größenordnung geführt, wie es keine der sozialen Erschütterungen in den letzten 60 bis 70 Jahren vermochte.

Die Pandemie hat über Nacht bei Nichtverfügbarkeit eines wirksamen Impfstoffs gegen SARS-CoV-2 das totale Versagen des Kapitalismus einschließlich des Staates schonungslos aufgedeckt. Eine seit über 25 Jahren bewußt vernachlässigte virologische Forschung und damit ein Fehlen von Impfstoffen und Medikamenten können nicht in einer Hauruckaktion mit tausenden Wissenschaftlern in zig Laboren repariert werden. Es dauert 12 bis 15 Jahre, bis ein für alle verträglicher Impfstoff und ein wirksames Medikament gebrauchsfertig vorliegen. Eine seriöse Pharmaforschung und höchsten Standards entsprechende klinische Erprobung der Forschungsergebnisse sind sehr kapitalaufwendig mit einem höchst ungewissen medizinischen und wirtschaftlichen Ausgang.

Der Staat und die Pharmakonzerne haben die von SARS 1 (2002/03) und MERS (2012) ausgehenden Alarmzeichen für eine neue gefährliche Infektionswelle negiert und nicht als gesellschaftlichen Auftrag verstanden. Das vom Neoliberalismus geprägte Verhalten des Staates, in der Virusbekämpfung voll auf die Pharmakonzerne und damit auf den Markt zu setzen, hat zur gesundheitspolitischen Katastrophe geführt und den tiefen Widerspruch zwischen den Gesundheitsbedürfnissen der Bevölkerung und den Kapitalinteressen deutlich gemacht. Kapitalanlagen in Forschungen und in klinische Erprobungen, deren Ergebnisse irgendwann in unbestimmter Menge gebraucht werden, sind verwertungsfeindlich – im Grunde totes Kapital. Sie schmälern die Dividende der Aktionäre, reduzieren den Börsenwert des Unternehmens, beschädigen das Management.

Bayer Leverkusen, ein Vorzeigekonzern des großen deutschen Kapitals, hat schon in den 90er Jahren aufgehört, Grundlagenforschung für Impfstoffentwicklungen gegen Viruserkrankungen zu betreiben. Aber allein im Jahr 2019 hat man im Bayer-Konzern 2,7 Milliarden Euro für die Erforschung von renditeträchtigen „High priority“-Projekten eingesetzt. Das Interesse an der Gesundheit der Bevölkerung mißt sich ausschließlich an der aktuellen Renditehöhe und an den morgigen Renditeaussichten.

Die Unternehmensphilosophie eigentlich aller Pharmakonzerne fokussiert sich auf eine Aussage: Es geht nicht um Siege über die

Geißeln der Menschheit, sondern um eine stabile, angemessen hohe Renditesicherung für die Aktionäre. Das vom Profit über Jahrzehnte hinweg diktierte Desinteresse an der Entschlüsselung des Coronavirus, nicht nur bei Bayer Leverkusen, war für SARS-CoV-2 der Türöffner, um rasend schnell alle Kontinente zu fluten.

Es war der Frontalangriff des Coronavirus auf alle Strukturen und Segmente des Kapitalismus mit einer riesigen Kapitalvernichtung, Massenarbeitslosigkeit und chaotisch ablaufenden sozialen Prozessen. Bis zur Freigabe der ersten Impfstoffampulle, des ersten wirksamen Medikaments bleibt SARS-CoV-2 der natürliche Feind des Kapitalismus. Dieses Virus hat die Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus und damit den Marktmechanismus ziemlich brachial demontiert.

Mit den ersten genehmigten Chargen einer wirksamen Medizin sehen die Pharmakonzerne in SARS-CoV-2 eine großartige Quelle üppig sprudelnder Profite und mit der Massenproduktion von Impfstoff und Medikament die Möglichkeit, die kapitalfeindliche Pandemie und die ökonomischen Gesetze auf der Profitschiene wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Damit stellt sich für linke Parteien und Bewegungen und für die Gewerkschaften eine Frage: Wenn schon nach dem Versagen der Pharmakonzerne und der privaten Forschungseinrichtungen sehr große staatliche Mittel (allein aus der BRD 750 Millionen Euro) in die SARS-CoV-2-Forschung und klinische Erprobung fließen und die Behandlung dieser Viruserkrankung gesundheitspolitisch von großer gesellschaftlicher Bedeutung ist, wie und durch wen werden die Produktion und Verteilung dieser medizinischen „Anticoronawaffen“ kontrolliert und mit entsprechenden Preisen vor allem auch für die armen Schichten der Bevölkerung praktisch anwendbar?

Mit der Pandemie wurden die das Gesundheitswesen schon lange stark belastenden Mängel, Defizite und sozialen Ungerechtigkeiten (Fallpauschalen, Kommerzialisierung aller Abläufe im Krankenhaus, Personalnotstand bei Krankenschwestern und Pflegekräften, Unterbezahlung, Ausgliederung wichtiger Dienstleistungen) bis an den Rand einer Fastkatastrophe getrieben. SARS-CoV-2 hat in der BRD den Eroberungsfeldzug des großen privaten Kapitals im Gesundheitswesen etwas verlangsamt. Die Privatisierung kommunaler Kliniken, die Fusionierung von Klinikkonzernen, die Ausdünnung der Krankenhauslandschaft werden in der Nachpandemiezeit ihre brutale Fortsetzung erfahren. Dabei hat die Pandemie mit ihrem hochvergesellschafteten Behandlungsverlauf, den enormen ökonomischen und finanziellen Belastungen über einen langen Zeitraum die Verstaatlichung und Rekommunalisierung privater Kliniken selbst auf die Tagesordnung gesetzt.

Prof. Dr. Achim Dippe

Fortsetzung folgt

Neue Eskalation am Himalaja?

Von der Weltöffentlichkeit wegen der Corona-Pandemie unbemerkt, entwickelt sich eine gefährliche Hochspannung am Himalaja. So könnte man die aktuelle Situation zwischen den beiden Atommächten VR China und der Republik Indien zusammenfassen. Seit Anfang Mai lassen China und Indien zusätzliche Truppen entlang der gemeinsamen Grenze aufmarschieren. Das Gebiet liegt in 4000 Metern Höhe in Ladakh, das Indien als Teil Kaschmirs ansieht. China besetzte östlich von Ladakh das indische Gebiet und benannte es einfach in „Aksai Chin“ um. Der Grenzverlauf, ein Erbe der britischen Kolonialmacht, ist nicht nur hier, sondern an vielen Punkten im Himalaja umstritten. Der von beiden Seiten nolens volens tolerierte Verlauf der Grenze wird als die „Line of Actual Control“ (LAC) bezeichnet.

Indien und China haben sich immer wieder gegenseitig vorgeworfen, die jeweils andere Seite durch unzulässige Patrouillen und Übertritte der Grenzlinie zu provozieren. Dort hatten beide Länder schon im Jahre 1962 einen kurzen, aber heftigen Krieg gegeneinander geführt, der zu einer Niederlage Indiens führte. Die Schmach dieses verlorenen Grenzkrieges sitzt tief im kollektiven Gedächtnis der indischen Elite.

Am 5. Mai gab es am Ufer des Sees Pangong in Ladakh ein Gerangel zwischen chinesischen und indischen Grenzsoldaten, bei dem diese sich mit bloßen Fäusten gegenseitig traktierten. Am 25. Mai verschärften sich die Spannungen. Es kam zu einer schweren Prügelei, bei der bis zu 250 Soldaten verletzt worden sind. Es ist die schwerste Grenzkrise seit 2017. Damals standen sich Truppen der VR Chinas und Indiens in Doklam, nahe des Königreichs Bhutan, gegenüber. Über 73 Tage hielt diese Konfrontation an, bevor sie durch Chinas Staats- und Parteiführer Xi Jinping und den indischen Premierminister Narendra Modi nach politischen Gesprächen beendet wurde.

Wieder sieht die Lage hochexplosiv aus. Indiens Premier Modi berief am 26. Mai eine Krisensitzung der Generäle und seinen Sicherheitsberater Ajit Doval ein, auf der „Indiens militärische Bereitschaft“ das Hauptthema gewesen ist. Die Nachrichtenagentur PTI stellt fest: „Chinas Strategie, militärischen Druck auf Indien auszuüben, wird nicht funktionieren.“ Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping reagierte umgehend. Sein Land werde die Bereitschaft zum bewaffneten Kampf erhöhen. Kurz vor Xis Äußerung hatte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums hervorgehoben, daß China eine „konsistente und klare Haltung“ im Grenzkonflikt mit Indien vertrete und es die Pflicht der chinesischen Volksbefreiungsarmee sei, Chinas Territorium und seine nationale Souveränität zu verteidigen zu wollen. Jetzt wird der Ton rauer. Die chinesische staatliche Global Times berichtete von mehreren „illegalen Verteidigungsanlagen“ der indischen Seite, von wo aus chinesisches Territorium erreicht werden könne. Daraufhin habe die VR China mit Truppenbewegungen begonnen. Für eine

mögliche Eskalation trage die indische Republik die alleinige Verantwortung.

Indische Militäranalysten wiesen bereits Mitte Mai auf die Frage des Timings hin. Der pensionierte indische General Ajay sprach von „aggressiv anmutenden Manövern“ des chinesischen Militärs am Himalaja, die an das Verhalten der chinesischen Flotte im südchinesischen Meer erinnere. Die Zeitung Financial Express berief sich auf den indischen Sicherheitsexperten Ajey Lele mit den Worten: „Warum geschieht dies jetzt, inmitten der Covid-19-Krise?“ Lele hält es für



Grenzgebiet Indien–China

möglich, daß China die Entschlossenheit des indischen Militärs austesten wolle, jetzt, da die Regierung in Delhi so sehr mit dem Corona-Virus beschäftigt ist. Auch der ehemalige indische Diplomat Phunchok Stobdan warnte im Indian Express davor, daß China die indischen Streitkräfte weiter nach Westen zurückdrängen wolle, um auf diese Weise näher an den strategisch wichtigen Siachen-Gletscher heranzurücken, auf dem sich indische und pakistanische Truppen gegenüberstehen. Pakistan und die VR China sind militärische und strategische Verbündete und versuchen doppelten Druck auf Indien auszuüben.

Die Regierung in Peking wiederum hatte zuvor Kritik am Bau einer indischen Straße nahe des Sees geübt und seinerseits die Zahl der Patrouillenboote auf dem Gletschersee verdreifacht. In Rahmen diese Projekte sollen bis Ende 2020 immerhin 66 neue Straßen entlang der Grenze gebaut werden, als eine Antwort Indiens auf Chinas zahlreiche Infrastrukturprojekte im Rahmen seiner Initiative Neue Seidenstraße. Die VR China weitet seit Jahren ihren Einfluß in der Region Südasien und Südostasien aus. Unter anderem auch in Gebieten, die Indien lange als seine strategische Interessensphäre betrachtet. In diesen abgelegenen Gebieten werden Indien und die VR China durch die 3 488 Kilometer lange LAC getrennt.

Da sowohl die chinesische als auch die indische Regierung in den letzten Jahren die nationalistische Karte zu innenpolitischen Zwecken genutzt haben, können sie sich jetzt schwer ohne Gesichtsverlust und Anzeichen der Schwäche von der selbst gestellten Falle befreien. Nach indischen Angaben sollen die Chinesen im Galwan-Tal bis zu drei Kilometer auf indisches Territorium vorgerückt sein. Die India Today berichtete am 27. Mai

über eine Verlegung von 5 000 Soldaten der Volksbefreiungsarmee nach Ladakh. Indien werde entsprechend drauf reagieren, wenn China die Zahl seiner Truppen erhöhe. Nach Angaben der Presseagentur Reuters bauen beide Seiten Verteidigungsanlagen in der Region auf. Die chinesische Regierung läßt auch weiteres Material in die Region transportieren. Dies wird als ein Hinweis darauf gedeutet, daß sich die Regierung in Peking auf einen längeren Konflikt mit Indien eingestellt zu haben scheint.

Global Times veröffentlichte einen Bericht, in dem von mehreren „illegalen Verteidigungsanlagen“, die Indien errichtet habe und die in chinesisches Territorium reichten, die Rede ist. Die Verteidigungstruppen hätten damit keine andere Option gehabt, als mit Truppenbewegungen zu reagieren. Indien trage die volle Verantwortung für das Risiko einer Eskalation.

Politische Beobachter in Indien sprechen von einer „noch nie dagewesenen Situation“. Am 26. Mai kündigte die Regierung in Peking an, sie werde Anfang Juni mit der Evakuierung der chinesischen Staatsbürger, darunter Studierende, Touristen und Geschäftsleute aus Indien beginnen.

Strategen vor Ort warnen vor einer weiteren Verschärfung des Konflikts, die mit dem Tod von 20 indischen Soldaten im Juni an der indisch-chinesischen Grenze eingetreten zu sein scheint.

Den indischen Angaben zufolge gab es auch auf chinesischer Seite Opfer. Die Regierung in Peking bestätigte dies nicht, doch twitterte der Chefredakteur von Global Times, daß Chinesen auch umgekommen seien. Brahma Chellaney, Experte für strategische Studien am Centre for Policy Research in Delhi, sprach im indischen Fernsehen von einem Wendepunkt der Beziehungen. „Nach diesem Vorfall wird Chinas Verhältnis zu Indien nie mehr so sein wie vorher“, sagte er. Das klang düster, denn schon jetzt herrscht in der Tat großes gegenseitiges Mißtrauen. Die Außenminister beider Atommächte wollen jedoch eine sofortige „Abkühlung“ des Konflikts an der Grenze der beiden Länder. Beide Seiten sprachen in einer Telefonkonferenz miteinander. Sie einigten sich, mit den Ereignissen im Galwan-Tal „fair umzugehen“ und eine Lösung des Konflikts anzustreben.

Bleibt zu erwähnen, daß die US-Administration seit Jahren versucht, Indien als strategischen Partner gegen die VR China zu gewinnen und das Land gegen China zu instrumentalisieren. Schon US-Präsident Bill Clinton hat nicht den engsten und langjährigen US-Verbündeten, die Atommacht Pakistan, sondern Indien als alleinige Atommacht in Südasien anerkannt. Die Regierung in Peking warnt die indische Regierung, sich im China-USA-Streit in Taiwan und im Hongkong-Streit von der Trump-Administration instrumentalisieren zu lassen. Ist zu hoffen, daß die politische und militärische Elite Indiens selbstbewußt und klug genug ist, um von den USA nicht zum bloße Gehilfen degradiert zu werden.

Dr. Matin Baraki

Übergangsperiode in China und die Klassiker

Herrschersitze und Städte waren im Mittelalter zum Schutz mit Mauern und Gräben gesichert. Der Verkehr mit dem Umland bzw. ferner gelegenen Residenzen oder Städten erfolgte über kontrollierte Brücken und Tore. Gegner mußten möglichst mit Hilfe oder bei Unachtsamkeit von Torwärttern in eine Festung eindringen. Dazu erkundeten und „bearbeiteten“ sie z. B. mit Bestechung längerfristig das Einfallstor.

In der jüngeren europäischen Geschichte war von 1945 bis 1989 (insbesondere nach der Grenzsicherung am 13. August 1961) Westberlin mit seinem US-amerikanischen, britischen und französischen Sektor sozusagen das Einfallstor westdeutscher und zahlreicher anderer westlicher Geheimdienste im Hinblick auf die DDR, die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten Europas.

Blicken wir kurz weltgeschichtlich zurück: Am 1. September 1939 überfiel das faschistische Deutschland Polen und am 22. Juni 1941 die Sowjetunion. Das faschistische Japan hatte schon am 18. September 1931 das nordöstliche China und am 7. Juli 1937 das Festland Chinas okkupiert. Durch den Überfall von Japans Luftwaffe am 7. Dezember 1941 auf die US-amerikanische Flotte in Pearl Harbor an der Südseite der Hawaii-Insel Oahu und durch die Kriegserklärungen Deutschlands und Japans traten die USA in den zweiten Weltkrieg ein. Nach der Konferenz der Staatschefs Roosevelt, Churchill und Stalin vom 28. 11. bis 1. 12. 1943 in Teheran trafen sich anschließend der US-Präsident Roosevelt und der britische Premierminister Churchill mit dem Präsidenten der Republik China Tschiang Kai-schek in Kairo, um sich über den antijapanischen Krieg zu verständigen. J. W. Stalin stimmte namens der Sowjetunion dem Verhandlungsergebnis zu. Sowjetische Flieger, stationiert bei Wuhan, hatten schon ab 1937 China inoffiziell im Kampf gegen Japans Luftwaffe geholfen. Japan hatte auch im Stillen und Indischen Ozean zahlreiche Besitzungen des Britischen Empire okkupiert und wurde von nun an bis August 1945 von dort wieder vertrieben, wodurch der internationale Einfluß der USA sehr wuchs. Dem britischen Weltreich, das dabei faktisch mitunterging, blieb bis Juli 1997 noch die Kronkolonie Hongkong in China (wie übrigens Portugal bis Dezember 1999 über die chinesische Kolonie Macao herrschte). Die USA betrachten und behandeln die chinesische Insel Taiwan als einen unsinkbaren Flugzeugträger und erlangten in Asien während des zweiten Weltkrieges gegenüber Großbritannien einen bedeutenden Machtzuwachs.

Mit der Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 wurde in Asien ebenso wie mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 im Geburtsland von Marx und Engels der Inhalt der 1917 begonnenen weltweiten Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bedeutend gestärkt. In der Präambel zur Verfassung der Volksrepublik China heißt es u. a.: „Das chinesische Volk muß weiterhin einen Kampf gegen diejenigen Kräfte im In- und

Ausland führen, die der sozialistischen Ordnung in unserem Lande feindlich gegenüberstehen und sie zu untergraben suchen. Taiwan ist ein Teil des heiligen Territoriums der Volksrepublik China. Es ist die heilige Pflicht des ganzen chinesischen Volkes, einschließlich der Landsleute in Taiwan, die große Aufgabe der Wiedervereinigung des Vaterlandes zu vollenden.“

Die chinesische und internationale Arbeiterbewegung überhaupt verdankt der Führung der KPCh 1978 unter Deng Xiaoping, der in



Deng Xiaoping – Ein Land, zwei Systeme

Frankreich studiert und industriell entwickelte Regionen Westeuropas kennengelernt hatte, die Einsicht, daß die Volksrepublik von ihrer Gründung an gerechnet ein Jahrhundert benötigen werde, um die Anfangsphase des Sozialismus zu durchlaufen, d. h. von einem Entwicklungsland zu einem sozialistischen Land mit einem durchschnittlich bescheidenem Wohlstand aufzusteigen. Dazu müßten Mittel des gesamten Landes zunächst dafür eingesetzt werden, daß auf dem chinesischen Festland Wirtschaftszonen oder -regionen gegenüber den industriell entwickelten Regionen Hongkong, Taiwan, Südkorea und Japan aufgebaut werden. Danach würden die entwickelten chinesischen Regionen bewußt und planmäßig – sozusagen in Patenschaften – den ländlichen Regionen die Hilfe zurückgeben. Es müsse in China langfristig davon ausgegangen werden, daß es ein Vaterland und zwei Gesellschaftssysteme (das sozialistische und das kapitalistische) geben werde. Dazu galt und gilt es, die Erkenntnisse von Karl Marx, Friedrich Engels und Wladimir Iljitsch Lenin bezüglich des Übergangs von einer Gesellschaftsformation zur höheren zu begreifen und schöpferisch unter den historisch konkret gewordenen Bedingungen anzuwenden und weiterzuentwickeln. Die frühesten Überlegungen dazu findet man in Engels' „Entwurf des Kommunistischen Glaubensbekenntnisses“ vom 9. Juni 1847: „Frage 15: Wollt Ihr an die Stelle der jetzigen Gesellschaftsordnung mit einem Schlage die Gütergemeinschaft einführen?

Antwort. – Wir denken nicht daran. Die Entwicklung der Massen läßt sich nicht dekretieren. Sie wird bedingt durch die Entwicklung der Verhältnisse, in denen diese Massen leben, und geht daher allmählich vor sich.

Frage 16: Auf welche Weise glaubt Ihr, daß der Übergang aus dem jetzigen Zustande in die Gütergemeinschaft zu bewerkstelligen sei?

Antwort. – Die erste Grundbedingung zur Einführung der Gütergemeinschaft ist die politische Befreiung des Proletariats durch eine demokratische Staatsverfassung.“

In Frage 19 fällt zum ersten Mal auch der Begriff der „Übergangsperiode“.¹ Neues bildet sich nur im Schoße und mit Hilfe eines älteren Gesellschafts- oder Zivilisationstyps.

Es hat sich praktisch als historischer Fehler erwiesen, anzunehmen, daß es einen kapitalistischen und daneben einen sozialistischen Weltmarkt gäbe, auch wenn sozialistische Länder im Handel je nach ihrem Verhalten von kapitalistischen mehr oder weniger mit Sanktionen und Blockaden behandelt worden sind. Es gibt nur eine von Menschen bewohnte Erde. Auf ihr bringt älter werdendes durch sein eigenes Dasein und Wachsen in sich den Keim für junges Nachfolgendes hervor. Das Ältere entwickelt sich, indem es seine Nachfolger hervorbringt und auf diese Weise selbst durch seinen eigenen Untergang und seine Nachfolger sozusagen unsterblich wird und bleibt. Die Vorfahren haben ihre Pflicht und Schuldigkeit dadurch getan oder erfüllt, daß sie in sich die Elemente für einen neuen Zustand evolutionär gebildet haben, die dann revolutionär freigesetzt, sozusagen „zur Welt gebracht“ werden können und müssen, wenn – um im Bilde zu bleiben – die „Mutter“ nicht elendig zugrunde gehen soll.

Fünf Jahre nach Marx' Tod schrieb Engels: „Nun aber erweist sich die Entwicklungsgeschichte der Gesellschaft in einem Punkt als wesentlich verschiedenartig von der der Natur. In der Natur sind es – soweit wir die Rückwirkung der Menschen auf die Natur außer acht lassen – lauter bewußtlose blinde Agenzien, die aufeinander einwirken (...) Dagegen in der Geschichte der Gesellschaft sind die Handelnden lauter mit Bewußtsein begabte, mit Überlegung oder Leidenschaft handelnde, auf bestimmte Zwecke hinarbeitende Menschen; nichts geschieht ohne bewußte Absicht, ohne gewolltes Ziel. (...) Wo aber auf der Oberfläche der Zufall sein Spiel treibt, da wird er stets durch innere verborgene Gesetze beherrscht, und es kommt nur darauf an, diese Gesetze zu entdecken.

Die Menschen machen ihre Geschichte (...) Andererseits fragt es sich weiter, welche treibenden Kräfte wieder hinter diesen Beweggründen stehn, welche geschichtlichen Ursachen es sind, die sich in den Köpfen der Handelnden zu solchen Beweggründen umformen?

(...) Die treibenden Ursachen zu ergründen, die sich hier in den Köpfen der handelnden Massen und ihrer Führer [...] widerspiegeln – das ist der einzige Weg, der uns auf die Spur der die Geschichte im ganzen und großen wie in den einzelnen Perioden und Ländern

1 Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien. Band 1. 1836–1849. Dietz-Verlag, Berlin 1970, S. 474

beherrschenden Gesetze führen kann. Alles, was die Menschen in Bewegung setzt, muß durch ihren Kopf hindurch; aber welche Gestalt es in diesem Kopf annimmt, hängt sehr von den Umständen ab.“²

Engels gab weiter zu bedenken: „Es kommt überall nicht mehr darauf an, Zusammenhänge im Kopf auszudenken, sondern sie in den Tatsachen zu entdecken.“³ Und: „Die neue Richtung [...] wandte sich von vornherein vorzugsweise an die Arbeiterklasse und fand hier die Empfänglichkeit ...“⁴

Nach der Revolution von 1848/49 emigrierte Marx nach London und betrieb dort Studien zur Grundlage der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, ohne deren Kenntnis und Berücksichtigung eine revolutionäre Bewegung nicht ernsthaft am gesellschaftlichen Fortschritt teilnehmen kann.

In Bücherkatalogen des 19. Jahrhunderts findet man: „Marx (Carl) Zur Kritik der politischen Oekonomie. Hft. 1 pp. VIII.170 Berlin, 1859, 8“. In dieser Annonce wurde der Publikationsbeginn eines wissenschaftlichen Systems mitgeteilt, welches die Basis der bürgerlichen Gesellschaft betrifft und die Wissenschaft Politische Ökonomie umwälzen sollte und mit den Worten begann: „Ich betrachte das System der bürgerlichen Ökonomie in dieser Reihenfolge: Kapital, Grundeigentum, Lohnarbeit; Staat, auswärtiger Handel, Weltmarkt.“⁵

Von diesem Forschungsprogramm hat Marx den ersten Teil unter dem Titel „Das Kapital“ mit den großen Rubriken Produktionsprozeß (Buch I), Zirkulationsprozeß (Buch II), Verteilungs- und Gesamtprozeß (Buch III) und die „Theorien über den Mehrwert (sozusagen Buch IV)“ geschrieben bzw. entworfen und vom Buch I 1867 die erste, und 1872/73 die zweite deutsche Auflage sowie

2 F. Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. Kapitel IV. In: MEW, Bd. 21, S. 296–298

3 Ebenda, S. 306

4 Ebenda, S. 307. – In seinen Vorarbeiten für das am 1. 2. 1845 mit dem Verleger Leske vertraglich vereinbarte Werk „Kritik der Politik und Nationalökonomie“ (siehe MEW, Bd. 27, S. 669, Anm. 365), d. h. in den „Ökonomisch-philosophische(n) Manuskripte(n)“ (siehe MEGA² I/2. S. 314.29–37, III/1. S. 492.3–5 und die Erläuterung dazu sowie IV/3. S. 457.) von 1844 hatte Marx geschrieben: „3) Der Communismus als positive Aufhebung des Privateigentums, als menschlicher Selbstentfremdung und darum als wirkliche Aneignung des menschlichen Wesens durch und für d[en] Menschen; darum als vollständige, bewußte und innerhalb des ganzen Reichthums der bisherigen Entwicklung gewordne Rückkehr des Menschen für sich als eines gesellschaftlichen, d. h. menschlichen Menschen. Dieser Communismus ist als vollendeter Naturalismus = Humanismus, als vollendeter Humanismus = Naturalismus, er ist die wahrhafte Auflösung des Widerstreits des Menschen mit der Natur und de[m] Menschen ...“ (MEGA² I/2. S. 389.11–19).

5 K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort. In: MEW, Bd. 13, S. 7



Beijing, 15. Mai 2017 – Treffen des Seidenstraßen-Forums

die französische Ausgabe auch selbst herausgegeben. Die Bücher II und III hat Friedrich Engels 1885 und 1894 herausgegeben und Karl Kautsky in die Entzifferung von Marx' Manuskripten zu Buch IV angeleitet, die letzterer 1905 bis 1910 in drei Teilen veröffentlichte.

Auf die Veröffentlichung seiner Untersuchungen hatte Marx – mit Unterbrechungen – seit Mitte 1844 hingearbeitet. Die vom Autor des Vorliegenden für die IV. Abteilung der MEGA² bearbeiteten letzten ökonomischen Arbeiten von Marx seit etwa 1877 zeigen, daß er Publikationen zu Inhalten aller sechs Bücher notiert und zu bearbeiten begonnen hat. Bist zu seinem Tode vollbrachte er einen Forschungs- und Darstellungsprozeß, welchen er allerdings nicht mehr selbst in die gedachte vollendete Form bringen konnte.

Der dargelegte Plan mit seinen sechs Büchern umfaßte die Basis der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, die zu schaffen die weltgeschichtliche Aufgabe der Bürger- oder Kapitalistenklasse ist.

Schon bei der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation 1864 gab Marx hinsichtlich der Arbeiterklasse zu bedenken: „Ein Element des Erfolges besitzt sie, die Zahl. Aber Zahlen fallen nur in die Waagschale, wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet.“⁶

Im gleichen Sinn veröffentlichte er drei Jahre später im ersten Band des „Kapitals“ als Bedingungen „die Empörung (!) der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten (!), vereinten (!) und organisierten (!) Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist.“⁷ Marx hat also durchaus auf Bedingungen verwiesen, nicht einer Art Automatismus des Geschichtsprozesses das Wort geredet.

Marx schrieb über die geschichtliche Berechtigung und Rolle der Bürgerklasse: „Das

Kreditwesen beschleunigt daher die materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarkts, die als materielle Grundlagen der neuen Produktionsform bis auf einen gewissen Höhegrad herzustellen, die historische Aufgabe der kapitalistischen Produktionsweise ist.“⁸

Weitere vier Jahre später erkannte er aus der Herrschaft der Pariser Kommune, dem weltgeschichtlich ersten Versuch der Schaffung eines neuen Gesellschaftstyps, daß die Arbeiterklasse „lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen, sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der (...) Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben.“⁹ Die Problematik des Übergangs zu einem neuen Zivilisationstyp beschäftigte Marx seitdem, wie das auch aus seinen kritischen Randglossen zum Entwurf des Gothaer Parteiprogramms 1875 ersichtlich ist: „Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt (...) Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode (!), deren Staat nichts andres sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“¹⁰

Wir kennen die ökonomischen Gesellschaftsformationen Urgesellschaft (ca. 99 % der

8 K. Marx: Das Kapital. Bd. 3. In: MEW, Bd. 25, S. 457

9 K. Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. In: MEW, Bd. 17; S. 343

10 K. Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. In: MEW 19; S. 20, 28; Hervorhebungen: E. K.

6 MEW, Bd. 16, S. 13

7 MEW, Bd. 23, S. 790/791

Existenzdauer der Menschheit), Sklavenhaltergesellschaft (frühestens vor 10 000 Jahren beginnend), feudale Gesellschaft mit weltlichen und geistlichen Fürsten, die bürgerliche, d. h. kapitalistische Gesellschaft (etwa seit dem 15. Jahrhundert) und die kommunistische Gesellschaft mit ihrer niederen (sozialistischen) und höheren Phase oder Stufe.

Mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland begann unter Lenins Leitung erfolgreich die weltgeschichtliche Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Sowjetunion wurde zum Pionier des Menschheitsfortschritts und zur stärksten Friedensmacht, bevor ab Mitte der 80er Jahre mit dem voluntaristischen Kurs der „Uskorienije (Beschleunigung)“, „Perestrojka (Umbau)“ und „Glasnost (Öffentlichkeit, Durchschaubarkeit)“ unter Michail Gorbatschow die Liquidierung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe bis 1991 – beeinflusst durch starke imperialistische Massenmedien – dem weltweiten Übergang zum Sozialismus eine schwere Niederlage beigebracht wurde.

Ob sich die Führungsgenerationen der Volksrepublik China dessen bewußt sind oder nicht, ist es eine reale Tatsache, daß sie seit

mehr als 70 Jahren das bevölkerungsreichste Entwicklungsland der Erde dabei führen, die im Plan widergespiegelten realen wirtschaftlichen Zusammenhänge, die Basis der modernen kapitalistischen und sozialistischen Produktionsweisen zu begreifen und praktisch zu entwickeln. Das schöpferischste Projekt in diesem Zusammenhang ist die 2013 vom chinesischen Präsidenten Xi Jinping angeregte Initiative zur Schaffung der modernen Seidenstraße des 21. Jahrhunderts. Das ist keine fixe Idee, sondern das ist durch die zur ökonomischen Untersetzung des Vorhabens geschaffene Asiatische Infrastruktur-Investment-Bank mit mehr als 100 Einlegerstaaten bereits jetzt zu dem für die Entwicklung der Menschheit größten Wirtschafts- und Handelssystem geworden, das die Kontinente Asien, Europa, Afrika und z. T. Südamerika betrifft.

Der Hauptinhalt der 1917 eingeleiteten weltgeschichtlichen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus konnte nach der Niederlage 1989/1990 vor allem dank China, das sich bis 2049 im Anfangsstadium des Sozialismus befinden wird, nicht von der historischen Tagesordnung getilgt werden. Auf der Suche imperialistischer Kräfte nach Einfallstoren oder -pforten zur Volksrepublik China stehen Taiwan und Hongkong ganz

oben auf der Wunschliste. In zwei Jahrzehnten mit vier Fünfjahrplänen bewußter, planmäßiger und zielstrebigere Arbeit zum Wohle des mehr als 1340 Millionen zählenden Volkes ist das sozialistische Entwicklungsland China zum ökonomisch zweitstärksten Staat der Erde geworden.

Das langfristige Konzept der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung zur systematischen Hebung des materiellen und geistig-kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung unter bewußter Förderung und Nutzung verschiedener Eigentumsformen an Produktionsmitteln führt dazu, daß es bis 2049 durchaus möglich sein wird, politisch-administrative Grenzen zwischen dem Festland und Hongkong, Macao bzw. Taiwan faktisch fallen zu lassen, weil es in Bezug auf das ökonomische Niveau kaum noch etwas abzugrenzen gibt. Mehr noch: Hongkong – das noch bis 2047 als chinesische Sonderverwaltungszone einen in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht besonderen Status haben wird, kann sich mehr und mehr – neben den inzwischen im Entstehen begriffenen chinesischen Sonderwirtschaftszonen (z. B. auf der südchinesischen Insel Hainan) – als Verbindungsglied gewinnbringend für alle entwickeln.

Prof. Dr. Eike Kopf
Beijing

Stunde der Wahrheit

Die längste Regierungskrise in Israel ist beendet. Die neue „Rotationsregierung“ steht. Aufatmen? Mitnichten! Sehr bald wird man zur Tat schreiten. Langegehegte Annexionsträume sollen endlich wahr werden. Große Teile des palästinensischen Westjordanlands und das Jordantal sollen von Israel annektiert werden. Die US-Regierung hatte bereits grünes Licht gegeben, als Donald Trump vor Monaten das Vorhaben als Teil seines „Friedensplans“ bezeichnete. Für die EU aber nähert sich die Stunde der Wahrheit. Eingebunden im Militärbündnis NATO wird das angeblich „immer aggressivere Verhalten“ Rußlands gebetsmühlenartig beschworen. Hätte es die vom Westen als Annexion ausgelegte Wiedereingliederung der Krim in

den russischen Staat als Begründung nicht gegeben, hätte man etwas anderes erfinden müssen.

Was aber tun, wenn die neue Regierung in Tel Aviv nun genau das umsetzt, was für den Westen der vorgeschobene Grund war und ist, Rußland mit Sanktionen zu attackieren, und was Netanjahu mit alttestamentarischem Pathos nun als biblisches Recht verkündet hat? Er sagte, sich der Unterstützung Washingtons gewiß und im Wissen, daß die EU-Haltung die deutsche Haltung ist, vor der Knesset: „Es ist an der Zeit, das israelische Gesetz (in den besetzten Gebieten) anzuwenden und ein weiteres glorreiches Kapitel in der Geschichte des Zionismus zu schreiben. ... In diesen Territorien wurde die jüdische Nation geboren.“ Ich hätte gern in die betretenen Gesichter seiner westlichen Günstlinge geschaut, wenn Netanjahu bei dieser Gelegenheit erwähnt hätte, daß auch die Halbinsel Krim über viele Jahrhunderte zum russischen Reich gehört hat.

Luxemburgs Außenminister Jean Asselblom war immerhin so mutig, daß er im Dezember vergangenen Jahres vorschlug, die EU müsse einen Staat Palästina an der Seite Israels anerkennen. Seine Initiative scheiterte an ...? Richtig! An Deutschland. Kürzlich wagte sich Josep Borrell ans offene Fenster. Als hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik erklärte er:

„Wir fordern Israel mit Nachdruck auf, von jeder einseitigen Entscheidung abzusehen, die zu einer Annexion von besetzten palästinensischen Gebieten führen würde und die

völkerrechtswidrig wäre. Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten werden keine Änderungen der vor 1967 bestehenden Grenzen anerkennen, die nicht zwischen Israel und den Palästinensern vereinbart worden sind.“

Herr Borrell weiß nur zu gut, daß der Wert seiner Worte so wenig nachhaltig sein wird, wie die sonntäglichen Kirchenpredigten. Die EU verhängte Wirtschaftssanktionen gegen Rußland und die Krim, nachdem sich eine absolute Mehrheit der Bevölkerung auf der Halbinsel bei einem Referendum im März 2014 gegen einen Verbleib in der Ukraine und für eine Wiedereingliederung in die Russische Föderation entschieden hatte – die palästinensische Bevölkerung dagegen wird selbstverständlich nicht gefragt, ob sie für oder gegen die israelischen Pläne ist.

Unmutsäußerungen mögen in den kommenden Wochen innerhalb der EU mehr oder weniger salbungsvoll vorgetragen werden. Außenminister Maas will selbstredend von Sanktionen gegen Israel nichts wissen und setzt auf private Gespräche. Bei seinem Besuch in Israel am 10. Juni bot er seinen Gesprächspartnern und den Kameras lediglich seine „besorgte“ Gesichtsmaske. Die Doppelmoral schreit zum Himmel. Ob in der Haltung zu Israel/Palästina oder zur Krim – in beiden Fällen wird wieder einmal deutlich, daß der „Westen“ das Völkerrecht als Werkzeug mißbraucht, um seinen imperialen Herrschaftsanspruch moralisch zu tarnen.

Hans Schoenefeldt

Unser langjähriger „RotFuchs“-Autor

Helmuth Hellige

aus Berlin, der am 6. Juli 98 Jahre alt wurde, gehört zum RF-Urgestein und ist den Lesern vor allem aus seinen Beiträgen in der Reihe „Aus Helmuths Anekdotenkiste“ in Erinnerung. Bei der Gewinnung von Abonnenten für unsere Zeitschrift ist er vielen ein Vorbild. Der Vorstand, lieber Helmuth, gratuliert Dir von ganzem Herzen und dankt Dir für Dein unermüdliches „RotFuchs“-Engagement. Alles Liebe und Gute für Dich!

Eine neue Waffenart

Kampfdrohnen – Mittel staatsterroristischer Kriegführung

In der Tagesschau vom 11. Mai 2020 berichtete Korrespondent Kai Küster aus Washington. Er listete Argumente für und gegen Drohneinsätze aus Sicht der Bundeswehr auf und faßte damit eine Debatte zusammen, die mit der Beschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr geführt wurde. Vom Verteidigungs- und Haushaltsausschuß des Bundestages wurde die Beschaffung der israelischen Kampfdrohne Heron TP bereits am 13. Juni 2018 beschlossen.

Pakistan, Anfang März 2011

Spinwam, 180 km südlich von Peshawar gelegen, ist ein kleiner Ort in Nord-Waziristan, Pakistan, der nur etwas mehr als 20 Kilometer von der afghanischen Grenze entfernt ist. Die Gegend ist, gerade Ausgangs des Winters, unzugänglich, weil gebirgig. Schroffe Berghänge wechseln sich mit tiefen, teils fruchtbaren Tälern ab. Die dort lebenden Menschen sind auf beiden Seiten der Grenze in der Mehrheit Paschtunen. Daß die Trennlinie mitten durch ihr Siedlungsgebiet verläuft, haben sie dem kolonialen Erbe der Briten zu verdanken, die bis 1948 den indischen Subkontinent unter ihrer „Verwaltung“ hatten. Den Menschen, die hier siedeln, ist die Grenze egal, für sie ist das ihr Gebiet. Die pakistanischen Behörden wissen das, halten sich aus den „Stammesgebieten“ heraus und beschränken sich auf Präsenz in größeren Orten. Weil das so ist, agieren in dieser „unregierten“ Zone vielfach zwielichtige Gestalten. Während der sowjetischen Truppenpräsenz in Afghanistan von 1979 bis 1989 wurden über die Bergpfade von der CIA herangeschaffte Waffen und Munition mit Hilfe des pakistanischen Geheimdienstes ISI (Inter-Services Intelligence) unter Einbeziehung der Bevölkerung, die sich damit eine Einnahmequelle erschloß, nach Afghanistan zu den „Bojewiki“ (so nannten sie die sowjetischen Soldaten) gebracht. Heute führen die USA und ihre Verbündeten in Afghanistan einen Krieg, den sie „Kampf gegen den Terror“ nennen. Und wieder wird das Gebiet als Nachschubzone genutzt. Diesmal sind es die Koranschüler, die Taliban, die ihre auch verwandtschaftlichen Bindungen zu paschtunischen Stämmen nutzen, um Waziristan als Nachschub- und Ruhezone halten zu können.

In Spinwam saßen mehr als drei Dutzend Menschen beisammen, redeten, und aßen und tranken zusammen. Frauen kümmernten sich um das Essen und Kinder liefen umher. Wenn man vor der Tür in den Himmel gelauscht hätte, wäre vielleicht ein leise sirrendes Geräusch aufgefallen, wie von einem kleinen Motor eines Sportflugzeuges. Es kam von einem US-Flugzeugtriebwerk, nur trieb es kein Motorflugzeug an, sondern eine Kampfdrohne mit dem bezeichnenden Namen „Reaper“, zu Deutsch, Sensemann. Die Kampfdrohne schoß kurz

hintereinander fünf „Hellfire“-Raketen ab, die dort ihrem Namen Ehre machten und ein „Höllenneuer“ entfachten, in dem mehr als 20 Menschen, Männer, Frauen und Kinder starben. Im Nachhinein hieß es, man habe „Aufständische“, „Terroristen“ eliminiert.

Israel war Pionier

Im Juni desselben Jahres wurden mit Kampfdrohnen „Terroristen-Anführer“ erstmals in Somalia getötet. Der Drohnenkrieg in Pakistan und Afghanistan war da bereits im siebten Jahr. Pioniere im gezielten Töten von Gegnern außerhalb der eigenen Landesgrenzen waren aber die Israelis. Sie waren nicht die ersten und einzigen, aber sie haben das System perfektioniert. Denken wir nur an die von der damaligen Ministerpräsidentin Golda Meir in Auftrag gegebenen Eliminierungen tatsächlich oder vermeintlich an Attentaten beteiligten Palästinenser und ihrer Helfer. Ami Ajalon (von 1996 bis 2000 Chef des israelischen Inlandsgeheimdienstes Shin Bet) formulierte die dahinterstehende Denkweise wie folgt: „Die zielgerichtete Vereitelung (von Anschlägen, U. J.) war ursprünglich dazu bestimmt, den Bürgern des Staates Israel Sicherheit zu vermitteln ... Wenn es jemanden gibt, ... von dem wir wissen, daß er einen Anschlag verüben will, ... dann greifen wir ihn an, verletzen oder töten ihn sogar ... Nun, ich denke, daß es moralisch gerechtfertigt ist, operativ gerechtfertigt ist, in jedem Zusammenhang gerechtfertigt ist. Der Ausspruch: ‚Wenn der Feind versucht, dich zu töten, dann erhebe dich, um ihn zu töten‘, war vor Tausend Jahren richtig und ist es heute noch“. So tötete man in verschiedenen Ländern zuerst mit Pistolen und Bomben, später mit explodierenden Mobiltelefonen, weil diese ja auch von den Attentätern als Zünder benutzt wurden. Ende der 90er Jahre wurden in besetzten Gebieten auch Hubschrauber und Jagdbomber, die Lenkwaffen führten, eingesetzt. Schließlich verwendete der Shin Bet bewaffnete Drohnen, damit ging man auch Auseinandersetzungen mit dem Militär aus dem Weg. Aber niemals töteten die Geheimdienstler von sich aus. Die Liste der Todeskandidaten wurde immer von den obersten Verantwortlichen der Regierung bestätigt. Die CIA lernte von den israelischen Geheimdienstlern. Auch sie wollten gern Gegner töten, die dem US-Militär im Auslandseinsatz zu schaffen machten. Der Einsatz von Kampfdrohnen eröffnete völlig neue technische Möglichkeiten. Vor allem war die Gefahr, daß beauftragte Agenten mit „dem rauchenden Colt in der Hand“ erwischt werden, gering. Die modernen Kampfdrohnen können bewaffnet zehn bis zwanzig Stunden über den Einsatzgebieten fliegen und sind von unbewaffneten Aufklärungsapparaten kaum zu unterscheiden. Was die US-Geheimbehörde auch übernahm, war, daß

die „Todesliste“ von „ganz oben“ bestätigt werden mußte. Da machte auch Friedensnobelpreisträger und US-Präsident Barack Obama keine Ausnahme. So berichtete der ARD-Korrespondent Torsten Teichmann am 21. Januar aus Washington, daß unter Obama „... 542 Drohnen-Einsätze gegen mutmaßliche Terroristen bekannt (sind). Dabei kamen offenbar 3797 Menschen ums Leben, 324 von ihnen waren Zivilisten. Die Zahlen hatte der Politologe Micah Zenko in einer Notiz 2017 auf der Seite des Rats für Auswärtige Beziehungen veröffentlicht.“ Doch auch andere Länder nutzen Kampfdrohnen zur bewußten Tötung von Menschen, denen man meist Terrorvorwürfe macht. Oft genügt dafür ein Verdacht, der in Umlauf gebracht und mit Hilfe willfähriger Medien weiterverbreitet wird. So fliegt die Türkei seit 2018 fast täglich Angriffe auf vermutete Stellungen und Rückzugsorte der kurdischen Rebellen. Allein 2018 sollen dabei mehr als 400 Personen getötet worden sein. Die angegriffenen Ziele liegen dabei in den Kurdengebieten innerhalb, aber auch außerhalb türkischen Staatsgebietes. 2020 wurden Kampfdrohnen im Rahmen der „Operation Adlerklaue“ wiederum über den Kurdengebieten des Irak eingesetzt. Besonders stolz sind die türkischen Militärs darauf, daß es sich sowohl bei der Drohne als auch den eingesetzten Waffen um türkische Produkte handelt.

Unbemannte Flugapparate

Was sind jene Drohnen eigentlich und ist Drohne gleich Drohne? Wir alle kennen inzwischen eine Vielzahl von ferngelenkten, mehr oder weniger kleinen Fluggeräten, mit denen Leute herumspielen. Darüber hinaus gibt es aber auch eine Vielzahl von Geräten, die sich als überaus nützlich erwiesen haben: Für Kameraaufnahmen an unzugänglichen Stellen, die z. B. Naturfilmer nutzen oder zur Überwachung von Eisenbahnlinien, Rohrleitungen und Ähnlichem. Natürlich stieß das Militär sehr schnell darauf, daß es diese Technik auch nutzen könne. So verwenden Soldaten in einer Vielzahl von Armeen kleine und mittlere Drohnen zur taktischen und operativen Aufklärung in Kampfgebieten. Bereits Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts beschaffte die Bundeswehr eine Aufklärungsdrohne vom Hersteller Canadair CL 289 zur Gefechtsfeldaufklärung. Im Laufe der Jahre kamen eine Reihe von weiteren kleinen unbemannten Aufklärungsapparaten hinzu. Gegenwärtig verfügt die Bundeswehr über mehr als 600 solcher Geräte, die auch in Afghanistan, im Kosovo und wahrscheinlich auch in Mali zum Einsatz kamen und kommen. Ein ganz anderes Kaliber ferngelenkter Flugapparate entstand zum Ende der 90er Jahre. Ein erster, dann weltweit bekannt gewordener, ist der US-amerikanische „Global Hawk“. Die Militärs suchten nach einem

Luft Einsatzmittel, um ungestört, aber auch ungefährdet weltweit über fremden Ländern „schnüffeln“ zu können. Die USA hatten schon mit der allerdings bemannten U-2 Furore gemacht, bis am 1. Mai 1960 bei Swerdlowsk eine Rakete eine solche Maschine samt Pilot Gary Powers vom Himmel holte. So etwas mußte vermieden werden. Die neuen Fluggeräte waren nun genauso groß wie bemannte Flugzeuge. Sie konnten stundenlang in der Luft bleiben und riesige Entfernungen zurücklegen. Und sie konnten große Lasten tragen, schließlich wog das „Aufklärungsequipment“ doch einiges. Also lag der Gedanke nahe, diese Fluggeräte auch mit Waffen auszustatten. Die Kampfdrohnen entstanden in der Mitte des ersten Jahrzehnts der 2000er Jahre. Die US-Streitkräfte bewaffneten große unbemannte Fluggeräte mit Lenkbomben und Luft-Boden-Raketen. Sie können stundenlang in großen Höhen fliegen und die Ziele, die sie bekämpfen sollen, selbst mit aufklären, meist mit optischen- oder Infrarotkameras. Sie sind, obgleich teuer – die Stückpreise der leistungsfähigsten betragen mehrere Millionen Dollar – doch kostengünstiger als Jagdbomber herkömmlicher Art und die Ausbildung der „Drohnenpiloten“, wie die „Drohnenbomberpiloten“ genannt werden, geht schneller und ist billiger als die von Flugzeugbesatzungen. Kampfdrohnen sind praktisch eine neue Waffenart und nicht einfach nur der Ersatz bisheriger Kampfflugzeuge. Und sie sind Waffen in einer Grauzone.

Kampfdrohnen – Killermaschinen

Die Großdrohnenära der Bundeswehr begann 2010 in Afghanistan mit dem ersten Gefechtsstart einer IAI Heron 1 (Reiher). Die Bundeswehr hatte drei der israelischen Fluggeräte im Leasingverfahren beschafft. Die Maschinen sollten vor allem der Aufklärung rund um die Bundeswehrstützpunkte

entlang der Patrouillenwege und der Einsatzräume der eigenen Spezialkräfte dienen. Der Vertrag sollte über drei Jahre laufen und hatte einen Umfang von 110 Millionen Euro. Der eigentlich bis 2012 geltender Kontrakt wurde mehrmals verlängert und 2015 hatten die Herons dann schon 25 000 Flugstunden absolviert. Allerdings gab es auch drei Totalverluste in jener Zeit. Ein Gerät knallte beim Rollen auf dem Flugplatz Mazar-e-Sharif in ein Transportflugzeug „Transall“. In den Folgejahren gab es einen Absturz wegen Triebwerksausfall und eine dritte Drohne flog gegen einen Berg. Alle wurden, wie im Leasingvertrag vereinbart, durch neue vom Hersteller ersetzt. Die Aufklärungsmissionen der Heron 1 mit 8,5 Meter Länge, einer Flügelspannweite von 16,6 Metern und einem Einsatzgewicht von 1,15 Tonnen, wurden als recht erfolgreich bewertet. Was den Militärs fehlte, war die Möglichkeit, das Aufgeklärte auch zu bekämpfen. Sie hatten, wie man es im Militärjargon nennt, eine „Fähigkeitslücke“ erkannt. US-Amerikaner, Franzosen, die die „Reaper“ beschafft hatten, und andere hatten die „Lücke“ längst geschlossen. So wurde diskutiert, Lobbyarbeit geleistet, Artikel in die Presse lanciert und dann beschloß der Bundestag 2018 die Beschaffung der „Heron TP“, angeblich einer Weiterentwicklung der „Heron 1“, die, erst einmal, bis 2025 betrieben werden soll. Wie wenig „Heron 1“ mit der „Heron TP“ zu tun hat, zeigen schon die schieren Daten. „Heron TP“ ist 14 Meter lang, hat eine Spannweite von 26 Metern und eine maximale Startmasse von 4600 Kilogramm. Die Zuladung war von 250 auf 1000 Kilogramm vervierfacht worden.

So konnten diverse Abwurfaffen und Raketen mitgeführt werden. Damit wäre man endlich in der Lage, im Ausland gezielt gegen „Ziele“ vorzugehen. Daß es nicht ganz so einfach war, weil sich kritische Beobachter, Rechtsgelehrte sowie

Politiker gegen solche Einsätze aussprachen oder deren rechtliche Bedenklichkeit betonten, zeigte dann der Beschluß des Bundestages. Darin wird festgehalten, daß man die „Heron TP“ zwar beschafft, nicht aber die Waffen dafür. Das war Augenauswischerei, denn es reichen die Träger, die an die Kampfdrohne angebaut werden, um daran Waffen zu befestigen. Denn ein Teil der Luft-Boden-Waffen, die die Bundeswehr bereits besitzt, können dafür verwendet werden. Noch scheut man wohl davor zurück, sehr zum Ärger des Militärs, die in bewaffneten Kampfdrohnen einen Schutz ihrer Truppen sehen. Doch ist eine Kampfdrohne eine Waffe wie jede andere? Eindeutig nein! Der militärische Nutzen von Kampfdrohnen in regulären Kriegen ist sehr gering. Wollte die Bundeswehr an einem Krieg gegen ähnlich starke Armeen teilnehmen, müßte sie konstatieren, daß die „Durchdringungsfähigkeit“ bewaffneter Kampfdrohnen gegenüber herkömmlichen Jagdbombern sehr gering ist.

Das heißt Drohnen sind eine relativ leichte Beute für eine adäquate Flugkörperabwehr. Ihre wirkliche Stärke besteht im Einsatz gegen „aufständische Widersacher“, die in sogenannten asymmetrischen Kriegen bekämpft werden. Heute werden diese Widersacher, meist unhinterfragt, als Terroristen bezeichnet. Der Terror besteht allerdings oft nur darin, sich dem überaus wohlfeilen und angeblich totale Freiheit garantierenden bürgerlichen Staatsmodell zu verweigern. Manchmal allerdings auch nur darin, „uns den Zugang zu unseren Rohstoffen“, die in irgendeinem Staat der Welt liegen, zu verweigern. Damit sind Kampfdrohnen eindeutig selbst Terrorwaffen, die zur Tötung mißliebiger Zeitgenossen im Ausland eingesetzt werden und dabei Tausende Unbeteiligte mit ums Leben bringen.

Uli Jeschke

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Juli!

Zum 95. Geburtstag

Hans Schulz (Kraakow am See,
OT Alt-Sammit) am 12. Juli

Zum 93. Geburtstag

Karl-Heinz Götze (Augustusburg)
am 25. Juli
Heiner Ohlrich (Teterow) am 26. Juli

Zum 92. Geburtstag

Heinrich Markowski (Leipzig) am 15. Juli
Johannes Schäfer (Berlin) am 19. Juli
Ilse Graupner (Berlin) am 29. Juli

Zum 91. Geburtstag

Wolfgang Giensch (Neubrandenburg)
am 18. Juli

Zum 90. Geburtstag

Alfred Krommel (Lamstedt) am 16. Juli

Zum 85. Geburtstag

Karl-Heinz Helms (Berlin) am 3. Juli
Annemarie Schrader (Berlin) am 22. Juli
Lieselotte Heise (Heringen/Helme)
am 26. Juli
Alfred Mauch (Wismar) am 27. Juli
Manfred Theisinger (Bestensee)
am 31. Juli

Zum 80. Geburtstag

Rainer Paskowsky (Pinnow, OT
Godern) am 2. Juli
Rainer Uhlig (Chemnitz) am 4. Juli
Werner Billwitz (Leipzig) am 10. Juli

Werner Gromeier (Halberstadt)
am 22. Juli

Kurt Jannaschk (Ilseburg) am 31. Juli

Zum 75. Geburtstag

Helmut Kohlmann (Hagenow)
am 11. Juli
Gisela Weidauer (Wandlitz) am 28. Juli

Zum 70. Geburtstag

Michael Junghans (Rosenthal-Bieleetal)
am 27. Juli
Dietmar Löwa (Chemnitz) am 27. Juli

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Bringen die USA die Taliban wieder an die Macht?

Nach über einer Dekade geheimer und offizieller Verhandlungen einigten sich am 29. Februar die Vereinigten Staaten und die Taliban in Doha auf ein „Agreement for Bringing Peace to Afghanistan“. In diesem Zusammenhang gaben die US- und die afghanische Regierung am selben Tag eine gemeinsame Erklärung ab. Es handelt sich indes noch nicht um ein umfassendes Friedensabkommen, sondern lediglich um eine Art „Türöffner“ zum Einstieg in innerafghanische Verhandlungen. Damit ist ein erster Schritt zu einem möglichen Frieden in Afghanistan getan. Aber der Weg dahin wird noch lang und steinig sein. Als Barack Obama 2008 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde, signalisierten die Taliban ihre Bereitschaft, den Konflikt am Hindukusch politisch lösen zu wollen. Doch seine Ankündigung, das CIA-Konzentrationslager Guantanamo auf Kuba zu schließen und aus diesem Grund ab sofort keine Gefangenen mehr zu machen, hatte zur Folge, daß die moderaten und verhandlungsbereiten Taliban-Funktionäre nun per Drohneinsatz physisch eliminiert wurden. Allein 2013 töteten US-Streitkräfte mehr als 8 000 von ihnen.

Zu unterstreichen ist, daß freie, demokratische und streng kontrollierte, von unten nach oben durchgeführte Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung (Loya Jirga) die Rettung des geschändeten afghanischen Volkes wären. Wenn das nicht zustande kommen sollte, wäre nur ein Volksaufstand die Alternative.

Will man nun das Abkommen zwischen der US-Administration und den Taliban in seiner Bedeutung einordnen, fällt einem der römische Dichter Horaz ein, dem das Zitat zugeschrieben wird: „Der Berg kreiße und gebe an Mäuschen.“ Das Dokument wurde von Mullah Abdul Ghani Baradar, dem Leiter der Taliban-Delegation, sowie dem US-Sonderbeauftragten Zalmay Khalilzad, einem gebürtigen Afghanen, unterzeichnet. US-Präsident Donald Trump, der die Taliban „große Kämpfer“ nannte, schickte seinen Außenminister Mike Pompeo zur Unterzeichnungszereemonie. Der Taliban-Verhandlungsführer Abbas Stanikzai hob stolz hervor: „Es gibt keinen Zweifel daran, daß wir den Krieg gewonnen haben.“ Die islamistischen Taliban-Kämpfer sehen sich als die einzige jihadistische Bewegung, die der Supermacht die Stirn geboten und sie zum Abzug gezwungen hat.

Pakistan gilt als Hauptunterstützer der Taliban. Daher ist auch ein Erfolg des Abkommens davon abhängig, wie sich die Verhältnisse zwischen den pakistanischen und afghanischen Administrationen gestalten. US-Außenminister Pompeo hat im Vorfeld der letzten Runde der Verhandlungen „viel Aufwand betrieben, um die pakistanische Führung für das Abkommen zu gewinnen. Ihre Unterstützung ist jedoch weiterhin fraglich.“

Nach 19 Jahren Krieg, 1 968 toten US-amerikanischen Soldaten und zwei Billionen US-Dollar, die Washington im Krieg gegen Afghanistan verpulvert hat, haben die US-Amerikaner „sich nach Jahren voller Mißerfolge dazu verpflichtet, ihre Truppen aus dem Land abzuziehen. Angesichts ihrer vollmundigen Ankündigungen im

Jahre 2001 kommt dies einer Flucht gleich. Die USA erlebten in Afghanistan ein Mini-Vietnam.“ Die Tinte auf dem Papier war noch nicht trocken, als sich prompt der afghanische Präsident Ashraf Ghani am 1. März zu Wort meldete und eine der wichtigsten Komponenten der Vereinbarung ablehnte. Danach sollten bis zum 10. März 5 000 gefangene Taliban-Kämpfer freigelassen werden. Es gäbe „keine Verpflichtung“, betonte Ghani. „Die Vereinigten Staaten vermittelten. Vermitteln heißt nicht, Entscheidungen zu treffen.“ Die Taliban-Gefangenen sind ein wichtiges strategisches Faustpfand für die Kabuler Administration, die sie als Teil der innerafghanischen Verhandlungen ansieht und nicht als Vorbedingung für die Verhandlung akzeptiert. Die Entscheidung über die Freilassung der Taliban-Kämpfer stehe nicht den USA, sondern seiner Regierung zu, hob Ghani hervor. Im Gegenzug müßten 1 000 gefangengenommene Regierungskämpfer freigelassen werden. Als Reaktion auf Ghanis Äußerung kündigte der Taliban-Sprecher, Sabiullah Mudschahid, an, daß die Kampfhandlungen bis zu einer innerafghanischen Einigung fortgeführt würden. Durch zwei Anschläge der Taliban in Nordafghanistan wurden mindestens 20 Sicherheitskräfte getötet, 16 Mitglieder der nationalen Sicherheitskräfte kamen bei einem Angriff auf die Militärbasis in der Stadt Kundus ums Leben. Bei einem weiteren wurden vier Polizisten getötet und einer verletzt. „Die Taliban wollen jetzt noch einmal militärische Stärke demonstrieren“, stellte der deutsche Kommandeur für Nordafghanistan, Brigadegeneral Jürgen Brötz, fest. Sie wollten die Kabuler Administration in die Knie zwingen. Nach Angabe der nationalen Sicherheitsbehörde in Kabul haben die Taliban bis zum 26. April insgesamt 2 804 Operationen durchgeführt. Daraufhin lenkte Ashraf Ghani ein und bot die Freilassung von 1 500 Taliban-Kämpfern an. Aber dies wurde von den Taliban umgehend zurückgewiesen, indem ihr politischer Sprecher Suhail Shaheen betonte, daß „5 000 Gefangene als vertrauensbildende Maßnahme freigelassen werden sollten, und das sollte vor innerafghanischen Gesprächen sein“. Die Taliban bestehen also darauf, daß gemäß dem Abkommen mit den USA noch vor Beginn der innerafghanischen Verhandlungen die Gefangenen freigelassen werden müssen.

Sie verlangen die Freilassung von namentlich genannten fünfzehn ihrer Funktionsträger. Ansonsten würde es keine Verhandlungen mit der Kabuler Administration geben. Bis Mitte April haben die Taliban insgesamt 60 und die Regierung ihrerseits 361 Gefangenen freigelassen. Man ist geneigt zu fragen, ob denn nun alles für die Katz gewesen sei. Der US-Vertreter und die Taliban haben zwölf Jahre geheimer und zwei Jahre offizielle Gespräche in Katar geführt, um Bedingungen für eine politische Lösung des längsten Krieges der US-Geschichte auszuhandeln.

Trump möchte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: zum einen sein Wahlversprechen, die US-Einheiten aus Afghanistan abzuziehen, realisieren und die bevorstehenden Wahlen am 3. November gewinnen. Zum anderen die Taliban in die kolonial-ähnlichen Strukturen

am Hindukusch integrieren und durch Vergabe von ein paar Posten neutralisieren.

Er bemängelte, daß in dem seit Ende 2001 währenden Krieg hohe Kosten für die US-Truppen, für den amerikanischen Steuerzahler und für das afghanische Volk verursacht worden seien. Dieser Krieg hat nach offiziellen Angaben in den Hochphasen (2002 bis 2014) jede Woche 1,5 Milliarden US-Dollar gekostet. Im Wahlkampf versprach er dem amerikanischen Volk, damit zu beginnen, „unsere Truppen nach Hause zu bringen und zu versuchen, diesen Krieg zu beenden“. Kann man dem launischen US-Präsidenten glauben? Würden es die US-Strategen zulassen, die Truppen aus Afghanistan abzuziehen, zumal NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg auf der letzten Tagung der Verteidigungsminister am 14. Februar die VR China als Gegner – im Kommuniké diplomatisch als Herausforderung für den Westen verbrämt – eingestuft hat?

Afghanistan hat ganz im Norden eine gemeinsame Grenze mit China. Genau dort befindet sich ein NATO-Stützpunkt. Das Land am Hindukusch ist ein unsinkbarer Flugzeugträger der USA und der NATO. Auch Barack Obama hatte den Abzug der US-Armee versprochen. Doch er reduzierte lediglich die Kampftruppen und afghanisierte somit den Krieg. Seitdem kämpfen überwiegend Afghanen, unter welchen Namen auch immer, gegen Afghanen.

Das Abkommen ist also lediglich „ein Deal der Versprechungen“, auf dessen Grundlage noch weitere Maßnahmen verhandelt werden sollen. „Wir stehen erst am Anfang“, sagte Mike Pompeo. Die beabsichtigten innerafghanischen Friedensverhandlungen, sollte es überhaupt dazu kommen, würden „harte Arbeit und Opfer von allen Seiten“ erfordern, bemerkte er. Nach der Umsetzung des Abkommens würden die ausländischen Truppen bis Ende April 2021 vollständig abgezogen werden. „Sollten schlimme Dinge passieren, werden wir zurückkehren“, drohte der US-Präsident. Die USA könnten den Krieg in Afghanistan gewinnen, dazu müßten sie aber „eine Million Leute töten“.

Die Kernforderung der Taliban wäre erfüllt, wenn der Abzug der ausländischen „Invasoren“ tatsächlich erfolgen würde. Taliban-Chef Hibatullah Akhundzada nannte das Abkommen einen „großen Sieg“ seiner Bewegung. Er meinte, daß es „zum Ende der Besatzung“ Afghanistans führen werde. Die Taliban verpflichten sich unter anderem dazu, daß von Afghanistan keine Terrorbedrohung gegen die USA und ihre Verbündeten mehr ausgehe. Das ist nichts anderes als ein Alibi-Argument, denn von Afghanistan ist nie eine Terrorgefahr für die USA und ihre Verbündeten ausgegangen.

Ein weiterer Bestandteil des Abkommens ist die Festlegung, daß die Taliban Verhandlungen mit der Kabuler Administration führen sollen. Das wären dann die eigentlichen Friedensgespräche. Bisher hatten sie sich geweigert, direkt mit der Kabuler Führung zu verhandeln, weil sie die Regierung für eine Marionette der USA halten. Die Unterredungen sollen der Vereinbarung zufolge zu einem dauerhaften Waffenstillstand und einem politischen Fahrplan für die Zukunft Afghanistans führen. Würde

es tatsächlich dazu kommen, besteht die reale Möglichkeit, daß es zu einer erneuten Spaltung der Bewegung der Taliban kommen könnte. Die Spaltergruppe würde sich dann der in Afghanistan operierenden DAESCH „Islamischer Staat“ (IS) anschließen und zu dessen Stärkung beitragen. Dann wäre das Land am Hindukusch vom Regen in die Traufe gekommen.

Die USA sichern zu, die Zahl ihrer Soldaten binnen 135 Tagen von rund 13 000 auf 8 600 zu verringern. Die Stärke der internationalen Truppen soll proportional sinken. Nur fünf von sechzehn großen und zwölf kleinere US-Militär-Basen müßten demnach in diesem Zeitraum geschlossen werden. Sollte das Abkommen halten, würden innerhalb von 14 Monaten – also bis Ende April 2021 – alle ausländischen Truppen abziehen. In der gemeinsamen Erklärung Washingtons und Kabuls vom 29. Februar heißt es dazu einschränkend: „Gemäß der gemeinsamen Einschätzung und Entscheidung der USA und Afghanistans“ sowie „in Abhängigkeit von der Erfüllung ihrer im Abkommen mit den USA übernommenen Verpflichtungen durch die Taliban“. In einer Erläuterung des US State Departments zu dem Doha-Abkommen wird hervorgehoben, der Abzug der US-Truppen sei „Conditions based“ (bedingt) und „wird davon

abhängen, wie gut die Taliban sich an ihre Verpflichtungen halten“. Beurteilt wurden die Erklärungen noch von keiner internationalen Instanz, sondern ausschließlich von der US-Administration in Absprache mit der Kabuler Führung. Es wäre ein Wunder, wenn Trump wirklich die Absicht hätte, seine Truppen aus dem längsten Krieg in der Geschichte der Vereinigten Staaten herauszuholen. Außerdem können sich die USA sich auf das 2012 abgeschlossene „Strategic Partnership Agreement“ berufen, das ihnen erlaubt, bis 2024 Truppen in Afghanistan zu stationieren. Darüber hinaus gibt es ein geheimes Abkommen von 2002 zwischen der Kabuler Administration unter Hamid Karzai und Wahington, wonach die US-Einheiten für 99 Jahre in Afghanistan bleiben dürfen. Es gibt also viele Imponderabilien, wodurch die ganze Geschichte ad absurdum geführt werden könnte.

Nach langer Wartezeit haben sich auf dem Gelände des Präsidentenpalastes in Kabul die politischen Rivalen Ashraf Ghani und Abdullah Abdullah am 9. März in getrennten Zeremonien zum Präsidenten Afghanistans erklärt. Der US-Sondergesandte Khalilzad hatte nur an der Vereidigung Ghanis teilgenommen, damit wurde signalisiert, daß die US-Administration ihn im

Machtkampf gegen Abdullah stützen wird. Inzwischen hat der Streit eine neue Stufe erreicht. Zwei Tage nach seinem Amtsantritt hat Präsident Ghani am 11. März seinen Regierungsgeschäftsführer und Wahlrivalen Abdullah Abdullah abgesetzt. Das Büro des Regierungsgeschäftsführers existiere nicht mehr in der Struktur der afghanischen Regierung, verkündete ein Sprecher Ghanis. Abdullah erklärte daraufhin auf seiner offiziellen Facebook-Seite, daß Ghani nicht länger Präsident sei und seine Dekrete keine Gültigkeit mehr hätten.

Wie inzwischen bekannt wurde, einigten sich Ghani und Abdulla am 17. Mai, das Land künftig gemeinsam zu regieren. Dies ist jedoch nur aufgrund des massiven Drucks der USA zustande gekommen. Für die Taliban ändert das nichts daran, daß sie aus der zwischen den beiden Kontrahenten ausgetragenen Auseinandersetzung für die beabsichtigten innerafghanischen Gespräche, mit denen eine politische Lösung des Konflikts erreicht werden soll, einen strategischen Pluspunkt für sich verbuchen können. Über einen so zerstrittenen Haufen können sie sich nur freuen. Den Verhandlungen mit einer derartigen Kabuler Administration können die Taliban ganz entspannt entgegensehen.

Dr. Matin Baraki

Kolumbien: Weil du arm bist, mußt du früher sterben ...

Endlich, der erlösende Anruf. Seit drei Wochen wartet sie auf einen Mammographie-Termin. Am Abend, 18 Uhr, im Hospital Luis Ablanque de la Plata del Jorge von Buenaventura ist es soweit. Die Schmerzen in der Brust sind mittlerweile unerträglich. Das Ergebnis erschreckend. Drei Knoten, der Arzt rät zur sofortigen Operation. Sie soll im Wartezimmer Platz nehmen, bis ein Bett frei wird. Nach zwölf Stunden kommt der Arzt und sagt, daß kein Bett zur Verfügung stehe und auch keine Genehmigung zur Operation von der Krankenversicherung vorliege. Sie solle nach Hause gehen. Er stellt für sie Medikamente zusammen, die sie zehn Tage zu nehmen hat, danach solle sie sich wieder vorstellen. Die Medizin muß sie aber selbst bezahlen. Die Klinik ist noch nicht einmal in der Lage, Schmerzmittel zu geben. Die Frau hat keine Arbeit, kein Einkommen. Alleinstehend mit drei Kindern, die zu versorgen sind, weiß sie früh nicht, was die Kinder am Abend zu essen bekommen sollen. Frühstück und Mittagessen sind sowieso unbekannt. Die Medikamente kosten umgerechnet 350 Euro. Die Frau wartet weitere vier Stunden. Der Arzt informiert sie dann, daß er nach Hause geht. Ein anderer Kollege würde sich weiter um sie kümmern. Nach weiteren vier Stunden hält sie das Rezept in der Hand, 24 Stunden hat sie in der Klinik verbracht ohne nennenswerte Hilfe. Das ist in Kolumbien kein Einzelfall. So geht es Millionen von Kranken in diesem Land.

Dabei garantiert die kolumbianische Verfassung jedem Bürger den Schutz seines Besitzstandes, seiner Gesundheit und seiner körperlichen Unversehrtheit. Dies beinhaltet, daß jeder Landesbürger das Recht auf Gesundheit hat, d. h., daß ihm die notwendigen Medikamente

und Behandlungen bezahlt werden und jeder in jedem Krankenhaus aufgenommen und behandelt werden muß. In Kolumbien gibt es, wie auch in Deutschland, ein Krankenkassensystem (EPS) mit 4,5 Millionen Versicherten, in dem jeder Werktätige automatisch versichert ist – mit dem Unterschied, daß es in Kolumbien privatwirtschaftlich organisiert ist. Derzeit erzielen die Kassen einen Gewinn von über 3,5 Millionen Euro jährlich! Arbeitslose, Indigene und „Arbeitnehmer“ ohne offiziellen Arbeitsvertrag können sich staatlich über das „Sistema de Identificación de Potenciales Beneficiarios de Programas Sociales“ (Sisbén) versichern.

„Sisbén“ ist ein System zur Identifikation von Zuschußempfängern. Es unterteilt Menschen nach ihrem sozialen Status in sechs Klassen, wobei zur Klasse I Obdachlose und Menschen in extremer Armut gehören und zur Klasse VI jene mit dem höchsten Grad an Wohlstand. Der größte Anteil der Subventionsleistungen konzentriert sich auf die Klassen I und II. Die betrügerische Verteilung und Nutzung von „Sisbén“-ID-Karten mit Zugang zu Subventionen für niedrige Klassen sind derzeit eines der Hauptprobleme des Gesundheitssystems. Regionalpolitiker benutzen solche Karten im Austausch für Wahlstimmen an Menschen, die darauf keinen gesetzlichen Anspruch haben. Darunter leiden oftmals echte Anspruchsberechtigte, die auf die Subventionen angewiesen sind.

Im weiteren kommt erschwerend hinzu, daß die Krankenversicherungen privat sind und somit gewinnorientiert. Da werden sehr schnell Leistungen gestrichen, die den Kranken zwar zustehen, die aber kaum eingeklagt werden. Besitzlose haben keine Lobby und sind rechtlos. Oft ist es so, daß es enorme Unsicherheiten gibt,

was die Krankenkassen zu zahlen haben und was nicht. Um hier Klarheit zu schaffen, wurde die „tutela“ eingeführt. Ein Rechtsmittel, das es ermöglicht, vor Gericht die notwendige, von der Krankenkasse abgelehnte Hilfe einzuklagen. Auch hier klaffen Theorie und Praxis weit auseinander, denn nur langsam verbreitet sich das Wissen über die „tutela“. Viele Kolumbianer wissen bis heute nicht, was ihnen genau zusteht und wie sie es einklagen können. Den Schritt zum Gericht zu wagen, dort vorzusprechen bzw. ein Schreiben aufzusetzen, schreckt viele Menschen ab. Vom Tag der Einklage darf der Prozeß der „tutela“ maximal eine Woche in Anspruch nehmen. Die Krankenkassen scheinen mit der Mentalität ihrer Landsleute zu rechnen und lehnen erst einmal so viele Leistungen wie nur möglich ab. Es ist für sie günstiger, zunächst alles abzulehnen und dann im Notfall, wenn der Patient seine Rechte per „tutela“ bekommt, das Bewilligte nachzuzahlen. In der Regel kommt es aber nicht dazu. Wer kein Geld hat und wer die Korruption bei den Behörden kennt, traut sich nicht, etwas zu unternehmen.

Doch die Regierung zeigt mit dem Finger auf Kuba und diffamiert dessen Staatsform als unsozial. Interessant ist nur, daß in Kuba kein Kranker abgewiesen wird. Seine Präsidenten lassen sich ihre Wahl nicht über Drogengeld finanzieren und lassen sich nicht mit Millionen von Dollar und Diamanten bestechen. In Kuba gab es in den letzten Jahrzehnten auch keine Massaker, so wie in Kolumbien. Das Hochkommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen (OHCHR) in Kolumbien spricht von 36 Massakern 2019 mit 133 ermordeten Menschen.

Peter Blöth
Sindelsdorf

Pandemie und Putschvorbereitung

Brasilien: Die Krise des Gesundheitswesens und der Gesellschaft

Liebe Genossen, ich schreibe Euch angesichts einer sehr schwierigen Situation hier in Brasilien. Es gibt verschiedene Probleme, die von der Covid-19-Pandemie herühren, und sowohl wirtschaftliche wie politische Bereiche betreffen. Am 28. Mai 2020 hatten wir in Brasilien mehr als 400 000 Fälle von Covid-19 und mehr als 25 000 Menschen sind an dieser Krankheit gestorben (am 27. Juli wurden 2,4 Millionen Menschen mit Covid-19-Infektionen gezählt, gestorben waren 87 618 – RF). Es gibt pro Tag mehr als 1000 Tote. Hinzu kommt, daß nach Ansicht mehrerer Forscher diese Zahlen weit unter den tatsächlichen liegen. Wahrscheinlich werden nur die Menschen auf das Virus getestet, die ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen oder Krankenhäuser aufsuchen. Brasilien gehört zu den Ländern in der Welt, in denen am wenigsten getestet wird. Wichtig ist außerdem zu wissen, daß die Kurve der Fallzahlen – anders als in europäischen Ländern – weiterhin steigt. Große Schuld tragen die Bundesregierung und besonders Jair Bolsonaro. Seit Beginn der Pandemie nahm er eine brutal antiwissenschaftliche Position ein. Er trat nicht nur gegen die allgemeine Wahrung von Abstand („social isolation“) ein, sondern ermunterte sogar zu Feiern mit großen Menschenmengen und nahm an solchen teil – bis er selbst positiv auf das Virus getestet wurde. (Am 25. Juli verkündete Bolsonaro, er sei wieder negativ getestet worden – RF)

Wiederholt behauptete er, die Antwort auf das Virus sei die „vertikale Isolation“ (Einschränkungen nur für Hochrisikogruppen – RF), die langfristig eine Herdenimmunisierung schaffen werde. Das heißt, daß sich das Virus nach und nach in der Bevölkerung ausbreiten solle, bis deren Mehrheit infiziert ist. Sobald das geschehe, sei jeder Überlebende immunisiert. Bolsonaro trug dies stets aggressiv vor. Der Hauptgrund für den Rücktritt seines Gesundheitsministers war aber genau dessen Verteidigung der „sozialen Isolation“ im Gegensatz zu Bolsonaros Ansatz. Dieser Rücktritt kam zu dem eines anderen Gesundheitsministers hinzu, der nicht einmal einen Monat im Amt gewesen war. In diesem Fall drehte sich die Auseinandersetzung um den weitverbreiteten Gebrauch von Hydroxychloroquin, den dieser Minister nicht akzeptieren wollte. Laut brasilianischen Medienberichten folgt Bolsonaros Verteidigung von Hydroxychloroquin nicht nur der Empfehlung des US-Präsidenten, es geht auch um wirtschaftliche Fragen. Zu Beginn der Pandemie zwang Bolsonaro nämlich die Armee, in ihren Fabriken und Laboratorien große Mengen Hydroxychloroquin herzustellen. Das meiste davon wurde in Lagerräume gebracht, nachdem ernste Zweifel am Gebrauch der Arznei bei der Behandlung von Covid-19 offenbar wurden. In diesen und anderen Fällen verhielt sich Bolsonaro rabiat bis zur Tötlichkeit. Das hat bei ihm System. Er mußte seinerzeit die Armee nach der Anklage, terroristische Akte zu planen, verlassen; er

unterstützt öffentlich Folter und ehrt Folterer; er hält diskriminierende Reden gegen Frauen, Schwarze und Homosexuelle; er verteidigt militärische Interventionen und die Errichtung einer Diktatur; er verfolgt jeden, der ihn kritisiert, besonders wenn es sich um Linke handelt. Obwohl all das nicht neu ist, wird sein Verhalten immer gereizter. Selbst ein Teil der Rechten und der Bürgerlichen, die zur Armee gehören, werden mittlerweile als Feinde behandelt. Die Situation ist so ernst, daß Journalisten und Mitglieder von Mediennetzwerken (auch wenn sie den Kapitalismus verteidigen) verfolgt und verletzt werden. Dasselbe gilt für Leute aus anderen Regierungseinrichtungen, Mitglieder des Parlaments und der Justiz. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise verstärkt dieses Problem, weil sie noch mehr Druck auf die Präsidentschaft erzeugt. Diese antwortet mehr und mehr auf autoritäre Art und Weise. Zwischen wirtschaftlicher und sozialer Unterstützung gibt es ein extremes Ungleichgewicht. Zunächst sollte es ein monatliches Einkommen für jede Person, die es benötigt, von 200 Real (etwa 38 US-Dollar) für drei Monate geben. Nach heftiger Kritik und unter Druck wurde die Summe auf 600 Real (etwa 115 US-Dollar) erhöht. Andererseits stellte die Regierung in einem einzigen Wirtschaftspaket 1,2 Billionen Real (etwa 231 Milliarden US-Dollar) für Banken bereit. Diese Bevorzugung des Finanzkapitals befördert die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit in Brasilien weiter.

Bolsonaros Reden über die Folgen der Krise haben vor allem das Ziel, die eigene Verantwortung abzuwälzen. Nach seiner Auffassung tragen jene Leute, welche die „soziale Isolation“ verteidigen, die Hauptschuld an den Problemen. Die Regierungen von Bundesstaaten, die unter dem Druck der Bevölkerung, von Wissenschaftlern und Gesundheitseinrichtungen die „soziale Isolation“ durchsetzen, seien nach seiner Ansicht verantwortlich für das, was in Brasilien geschehe. Inzwischen ist spürbar, daß die Zustimmung und Unterstützung für seine Regierung stark abnimmt. Der wichtigste Fall in diesem Zusammenhang war jüngst der Rücktritt des Justizministers Sérgio Moro. Er war ein enger Verbündeter Bolsonaros und wurde als Verantwortlicher für die Inhaftierung des früheren Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva bekannt. Moro trat zurück, als Bolsonaro sich bei der Bundespolizei einmischte und einen guten Freund an deren Spitze setzte. Der Oberste Gerichtshof verhinderte jedoch die Berufung und deutete an, sie könne mehrere laufende Ermittlungen beeinflussen, insbesondere solche, die Bolsonaro und dessen Familie betrafen. In jedem Fall verlor Bolsonaro mit Moros Rücktritt einen Teil seiner rechten Unterstützer und ihrer Gruppierungen. Jedenfalls ermittelt die Justiz in weiteren Fällen, an denen die Familie Bolsonaros beteiligt ist. Die bekanntesten sind zum einen der Verdacht auf Unterschlagung von Staatsgeld und zum anderen der auf Bildung einer kriminellen Vereinigung, um andere zu bedrohen und

Lügen zu verbreiten. Im letzteren Fall, dem des „Haßbüros“, handelt es sich um eine Organisation, die seit den vergangenen Wahlen für die Schaffung und Verbreitung von Falschnachrichten verantwortlich ist. In den brasilianischen Medien wurde umfangreich über darüber berichtet, weil in Häusern von Leuten, die eng mit Bolsonaro verbunden sind, Hausdurchsuchungen stattfanden. Diese Nachrichten waren wie eine Ankündigung, daß polizeiliche Ermittler an der Türschwelle der Präsidentschaft auftauchen können. Angesichts dieser Situation verhielt sich Bolsonaro ausgesprochen aggressiv. Die bei ihm üblichen Kritiken und Beschimpfungen gegen Journalisten und einzelne Presseorgane wurden nun auf andere Gruppen ausgeweitet, insbesondere auf Parlamentarier und Richter. Bolsonaro nahm wiederholt an politischen Demonstrationen teil, die für die Schließung des Parlaments und der Rechtsprechung sowie für die Errichtung einer Diktatur in Brasilien eintraten. Es gibt sogar organisierte Gruppen, die sich vor den Gebäuden solcher Einrichtungen aufhalten, und erklären, daß sie auf den Befehl des Präsidenten warten, in den Krieg zu ziehen. Das alles geschieht öffentlich und diese Leute posieren bewaffnet in „sozialen Medien“. Neben diesen extrem rechten Organisationen, die Milizcharakter haben, existieren in der Unterstützerbasis Bolsonaros andere Hauptgruppen. Am sichtbarsten sind dabei jene, die den Interessen des US-Imperialismus und des Finanzkapitals folgen; ein Teil der brasilianischen Armee; einige religiöse Gruppen; und kürzlich das „big centre“ („centrão“ – „Zentrale“). Kürzlich vergab die Bundesregierung – mit dem Ziel, die eigene Basis im Parlament auszuweiten und ein Abberufungsverfahren zu verhindern – verschiedene Posten an Mitglieder dieses „centrão“, das sich aus Parteien zusammensetzt, die als Werkzeuge und für die direkte Durchsetzung von Interessen nützlich sind.

Allerdings kann die Stärke dieser Gruppen nicht genau angegeben werden. Bolsonaro stützt sich jedenfalls auf sie und nutzt den Kontext der Pandemie, um mit Gewalt vorwärtszugehen. Jüngst wurde das Video einer Beratung des Präsidenten mit Ministern veröffentlicht. Es enthält neben zahlreichen Beleidigungen aggressive Redebeiträge, in denen u. a. die intensivere Zerstörung der Umwelt, die Privatisierung staatlicher Betriebe und die Verhaftung von Regierungskritikern sowie Angriffe auf sie gefordert wurden. Höhepunkt für die brasilianischen Medien war eine Rede Eduardo Bolsonaros, eines Präsidentsohns, in der dieser erklärte, die Frage sei nicht länger, ob es in Brasilien einen Bruch mit der Demokratie geben werde oder nicht, sondern zu wissen, wann der in die Tat umgesetzt werde.

Prof. Henrique Wellen
Brasília

(aus dem Englischen übersetzt
von Arnold Schölzel)

Eine einmalige Strategie

Die FSLN und ihre Regierung präsentierten vor kurzem ihr Weißbuch „Nicaragua zur Pandemie des Covid-19: Eine einzigartige Strategie“, das eine Analyse der öffentlichen Politik und eine Vorstellung über das die Bedingungen des Landes berücksichtigende Gesundheitsmodell Nicaraguas beinhaltet. Dieses Modell beruht auf einem vorbeugenden Konzept für die Bevölkerung und Gemeinschaften.

Sie geben damit eine gebührende Antwort auf die Hetze und die Lügen, die von der rechten Opposition und deren Medien verbreitet und mit Freude von den Regierungen und den Medien der USA und Europas aufgenommen werden. So behauptet „La Prensa“, daß die Regierung die Fallzahlen unterschlägt, so gut wie keine Tests durchführt und sich wenig um die Gesundheit der Nicaraguaner sorge. Der Unternehmerverband COSEP ruft die Bevölkerung auf, zu Hause zu bleiben, nicht arbeiten und zur Schule zu gehen. Er fordert Milliarden schwere Subventionen, Aussetzungen von Steuer- und Kreditrückzahlungen, kostenlose Nutzung von Elektroenergie und Telekommunikation für drei Monate. In seiner Rede zum 1. Mai sagte Comandante Daniel Ortega: „Die Reichen wollen, daß wir ihnen Geld geben, damit ‚ersetzt wird, was sie verloren hätten‘... Es ist absurd, von uns Geld zu fordern, wie das in den entwickelten Ländern üblich ist. Dort werden ganz still und leise Milliarden Euro in Programme für die Reichen gesteckt, nicht für die Armen. Dort wird die Geld-Druckmaschinen angeworfen.“

Das Weißbuch beinhaltet außerdem genau beschriebene Details der Maßnahmen, die Nicaragua gegen die Corona-Pandemie verfolgt.

Erstens verstärkte die Regierung von 2007 bis heute das Gesundheitssystem.

Es wird dargestellt, daß Nicaragua heute eine bessere Position hat als in den 16 neoliberalen Jahren. Es hat eine bessere Infrastruktur des modernisierten Gesundheitswesens. Es wurden 18 neue Krankenhäuser gebaut. Im Gesundheitssystem ist mehr gut ausgebildetes Personal beschäftigt. 2020 gibt es 36 649 Mitarbeiter und 6 045 Ärzte im Vergleich zu 2006 mit 22 083 Mitarbeitern und 2 715 Ärzten. Die Regierung setzte nach dem Vorbild Kubas die Programme „Alle mit Stimme“ zur Betreuung behinderter Menschen, „Liebe für die Kleinsten“ und „Operation Milagro“, nach einem gemeinsamen Plan Kubas und Venezuelas, um Augenkrankheiten zu heilen, in Gang. Schließlich investierte der Staat 2020 aus dem Haushalt 468,6 Millionen US-Dollar in das Gesundheitsmodell der Familien und Gemeinschaften. 2006 waren es nur 111,9 Millionen.

Zweitens bereitete die Regierung das Land seit Januar 2020 auf die Corona-Pandemie vor.

Als das Covid-19 in Wuhan, China, aufkam, gab das Gesundheitsministerium (Minsa) am 21. Januar 2020 eine Pressekonferenz, um die Bevölkerung vor der Gefahr zu

warnen und Präventionsmaßnahmen bekanntzugeben. Das geschah also fast zwei Monate vor dem Bekanntwerden des ersten Falls in Nicaragua am 18. März 2020. Nachdem die Weltgesundheitsorganisation am 30. Januar 2020 Covid-19 zum Gesundheitsnotstand von internationaler Bedeutung erklärt hatte, setzte Nicaragua eine interinstitutionelle Kommission ein.

Am 9. Februar 2020 gab Minsa ein „Protokoll der Vorbeugung und Erwidern auf die Gefahr des Corona-Virus (Covid-19) in Nicaragua“ bekannt, um die Aufsicht und die Früherkennung der verdächtigen und bestätigten Fälle abzusichern. Es wurden vorbeugende Maßnahmen eingeleitet, um die Übertragung des Virus einzuschränken. Außerdem stellte Minsa einen ständigen Kommunikationsplan auf, der sich an die Bevölkerung richtete. Die Regierung beschloß Aktionen zur Schulung und zur Grenzkontrolle. Grundlage dafür bildeten immer die Protokolle der Weltgesundheitsorganisation und der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation. Das Protokoll bestimmte auch 19 Krankenhäuser, die für Covid-19 einzurichten waren. Außerdem wurden die Einrichtungen der Primärbehandlung für Atmungsorgane vorbereitet, das Personal der öffentlichen und privaten Kliniken ausgebildet und die Schutzausrüstungen beschafft. Nicaragua richtete auch eine Kapazität für die Kontaktüberwachung ein.

Drittens organisierte die Regierung das Zusammenwirken der in Angriff genommenen Aktionen.

Laut Protokoll bestätigte Minsa in Nicaragua 470 verdächtige Personen oder Personen, die Kontakt zu bestätigten Fällen im Land hatten und veranlaßte, daß sie verantwortungsvoll und sorgfältig behandelt und überwacht werden. Die Verantwortlichen betreuten und überwachten 21 Tage lang mehr als 42 000 internationale Reisende mit Corona-Verdacht. Die Überwachung schloß die tägliche Kontrolle des Personals der Gesundheitsstützpunkte oder -zentren ein, die den Aufenthaltsorten der Betroffenen am nächsten waren.

98 224 Brigadisten zogen von Haus zu Haus, um mehr als 4,6 Millionen Schulungsbesuche in einem Land mit 6,2 Millionen Einwohnern durchzuführen. Die sandinistischen Medien organisierten eine intensive Informationskampagne über die Präventivmaßnahmen, der Aufklärung über die Symptome und das Handeln gegenüber der Krankheit. Ein dafür geschaffenes Nationales Informationszentrum gibt über eine Telefonlinie kostenlos Auskunft, Antworten auf Fragen und Ratschläge. Außerdem gab und gibt es ein Desinfektionsprogramm der öffentlichen und genossenschaftlichen Verkehrsmittel (Autobusse und Taxis), der Märkte, Verwaltungsgebäude und Bildungsstätten aller Ebenen (Vorschule, erste und zweite Stufe, öffentliche Universitäten). Das Bildungsministerium und der Nationalrat der Universitäten paßten in Koordination mit dem Gesundheitsministerium ihre Einrichtungen

an, verfaßten Vorbeugungsprotokolle und glichen ihre Studienprogramme an. Darin eingeschlossen sind Gespräche über die Gesundheitsvorsorge und die Ermutigung zum gesunden Verhalten für alle Studenten.

Das Weißbuch gibt darüber Auskunft, daß Nicaragua, das zweitärmste Land Lateinamerikas und der Karibik, auf die Pandemie vorbereitet war. Es war so vorbereitet, wie es auf Naturkatastrophen wie Hurrikans und Dürren oder Erdbeben und Vulkanausbrüche vorbereitet ist. Nicaragua ist hauptsächlich aus Gründen seines eigenen Handlungsmodells im Gesundheitswesen, das vorwiegend vorbeugenden Charakter trägt und das auf der aktiven Teilnahme der Familie und der Gemeinschaft basiert, gut vorbereitet. Das Land ist aber auch deshalb gut vorbereitet, weil es einen großen Teil seiner begrenzten wirtschaftlichen Ressourcen in den Aufbau neuer Gesundheitseinrichtungen und in die Modernisierung der bereits bestehenden Einrichtungen investierte. Es investierte in das zahlenmäßige Wachstum und in die kontinuierliche Verbesserung des medizinischen und fachlichen Personals sowie seiner gleichmäßigen Verteilung auf das gesamte Land.

Zu den Maßnahmen der Regierung gehört die Koordinierung mit den regionalen Instanzen von SICA und mit den Brudernationen. Nicaragua sieht seine Überzeugung im Erfolg seiner Gesundheitspolitik bestätigt. Sie basiert auf der Verteidigung der Gesundheit und des Lebens der Familien und Gemeinschaften mit deren aktiver Teilnahme an der Vorbeugung gegen Krankheiten, Epidemien und Nichtepidemien. Sie basiert aber auch auf den Schutz der örtlichen und nationalen Familien- und Gemeinschaftswirtschaft. Sie hat es ermöglicht und wird es auch weiterhin ermöglichen, daß neue Erfolge im Kampf gegen die Armut und für die Humanentwicklung des Landes erreicht werden. Und das in den widrigen Zeiten der Wirtschaftskrise und des Klimawandels, noch dazu in den Zeiten von Covid-19.

Wolfgang Herrmann

Dreesch

gestützt auf „La Voz del Sandinismo“

Am 23. Juli beging

Andreas Barth

seinen 70. Geburtstag. Dazu gratuliert Dir, lieber Andreas, der Vorstand und bedankt sich für Dein langjähriges Wirken in der Regionalgruppe Dresden, deren Vorsitzender Du seit 2016 bist. Wir würdigen Dein stetes Bemühen um den Schulterschuß mit linken Parteien, antifaschistischen Vereinen und dem Dresdner Friedensbündnis. Kraft und Gesundheit für Dich!

Mali am Scheideweg

Mali auf dem Weg Somalias, Sudans oder Irans? Droht eine Abspaltung der Nordprovinzen zu einem Staat „Azawad“? Oder gewinnt die Volkserhebung weitere Kraft, zwingt Präsident Ibrahim Abubakar Keita (IBK) zum Rücktritt und installiert eine Übergangs-Regierung und findet in neuen Verhandlungen mit dem oppositionellen Norden einen Weg zur Befriedung? Oder setzt sich Imam Mahmoud Dicko an die Spitze des Protestes zur Gründung eines islamistischen Staates? Oder putscht das Militär wie schon 2012? General Dehiru Dembele, seit Mai 2019 Verteidigungsminister, kommt aus ihren Reihen. Oder strebt der Präsident mit der illegalen Auflösung des Verfassungsgerichts eine diktatorische Regierung auf breiterer Basis an? Das Land steht am Scheideweg. So oder

Führer der heterogenen Bewegung M5-RFP am 10. und 11. Juli, darunter Issa Kaou Djim und Clement Bembele, wird den Widerstand nicht mehr unterdrücken können. Sie wurden am 13. Juli freigelassen.

Imam Mahmoud Dicko rief zur Ruhe auf. Die Bewegung wird ihren zivilen Widerstand weiterführen und ins Land tragen, so einer der beiden neuen Sprecher auf RTFrance am 14. Juli. Sie riefen dazu auf, auf allen Kreisverkehren in der Hauptstadt und in den Regionalhauptstädten Barrikaden zu bauen. Auf einer Pressekonferenz am 15. Juli beharrte die Bewegung M5 auf den Rücktritt von IBK. Sie riefen dazu auf, 17. Juli In Gedenken an die Todesopfer „kollektive Gebete“ abzuhalten. Sie fordern eine unabhängige internationale Untersuchung des Blutbads und eine Über-

denn IBK bliebe ausgeklammert. Trotzdem zeigt sich Imam Dicko optimistisch. Es wird sich zeigen, ob M5 in der Lage sein wird, den Druck des zivilen Ungehorsams zu steigern. Das Hauptproblem für eine Übergangsregierung – und hier käme Imam Mahmoud Dicko eine gewichtige Rolle zu – ist die Revision des Abkommens mit dem islamischen Norden Malis, das 2015 in Algier geschlossen wurde. Dazu wird mit allen islamischen, auch den islamistischen Gruppen zu reden sein, auch wenn dies einen Bruch mit der Politik Frankreichs bedeutet. Jedenfalls mahnte der frühere französische Botschafter in Mali, Nicolas Normand, in „Le Monde Afrique“ vom 9. Juli die Revision des Abkommens dringend an. Die versprochenen Milliardeninvestitionen aus dem Staatshaushalt in die soziale Infrastruktur des Nordens blieben aus. Die Einrichtung einer öffentlichen Verwaltung scheiterte, allein der Gouverneur bezog seine Villa in Kidal. Der größte Fehler war nach Nicolas Normand, 2013 den Norden nicht zu entwaffnen. Der Widerspruch zwischen den noblen Tuaregs Ifoghas und den Stämmen der Imghads, die sich auf die Seite der Regierung in Bamako gestellt hatten, blieb im Abkommen ungelöst. Die vorgesehene Entwaffnungskampagne 2015, die eigentlich bevorzugt Stammesangehörige in den öffentlichen Dienst des Landes bringen sollte, förderte paradoxerweise im Namen der Selbstverteidigung die Milizbildung der Stämme. Nicolas Normand spricht von „Syndicalisme de la kalashnikov“, vom „Syndikalismus der Kalaschnikow“.

Den islamistischen Gruppen stehen 12 000 UN-Blauhelme, 5 100 französische „Barkhane“-Truppen, und 5 000 G5-Sahel-Truppen der afrikanischen Nachbarstaaten Malis gegenüber und befördern die Risse im Staatswesen. Es ist eine Herkulesaufgabe, Frieden zu stiften und die geographische Souveränität des Landes zu bewahren. Frankreich scheint auf Plan B, auf die Abtrennung eines Staates „Azawad“, gut vorbereitet zu sein. Für den nach Protesten im Dezember 2019 zum Rücktritt gezwungenen französischen Minusma-Vertreter in Kidal war das schon eine de-facto-Realität. Ist doch seit 2011 die Lage der Bodenschätze bekannt: Die Direction Nationale de la Géologie et des Mines von Mali hatte 2011 die prospektierten Bodenschätze veröffentlicht, was das offizielle ökonomische Desinteresse Frankreichs Lügen straft.

Georges Hallermayer
Schwerte-Sarreguemines



Bamako – Protest gegen Präsident Keita

so, es kann so nicht weitergehen wie bisher. Die seit 2018 überfälligen, wegen Terror verschobenen Parlamentswahlen wurden im März und April trotz Corona, Terror und Binnenflüchtlinge und trotz Entführung des Oppositionsführers Soumaila Cissé durchgeführt. Zwei Drittel der Wahlberechtigten blieben fern. Das zu erwartende Ergebnis, die Mehrheit für die Koalition des Präsidenten, führte zu den ersten Protesten. Der populäre Imam Mahmoud Dicko, lange Jahre loyal zu IBK, forderte diesen zum Rücktritt auf. Die zivilgesellschaftliche Opposition fand sich mit ihm in dem „5-juin-Rassemblement des Forces Patriotiques“ (M5-RFP), zusammen, zu der auch bürgerliche Politiker stießen wie die frühere Ministerin Sy Kadiatou Sow oder Modibo Sidibe, der frühere Premierminister. Die Proteste kulminierten am 10. Juli in einer dritten Massendemonstration: Barrikaden auf den Straßen der Hauptstadt Bamako, der Sitz der Nationalversammlung und des nationalen TV-Senders zeitweilig besetzt, die Villa des Präsidentensohnes verwüstet, was 11 Tote und über hundert Verletzte forderte. Die Bewegung M5-RFP hat sich bereits ein 10-Punkte-Programm gegeben, mit dem Aufruf zu „friedlichem zivilen Ungehorsam“ und den Forderungen nach Rücktritt von IBK, Auflösung des Parlaments und Bildung einer Übergangsregierung an der Spitze. Die Verhaftungen von einem halben Dutzend der

stellung der Schuldigen an den Internationalen Gerichtshof. Ein erster Erfolg: Der Sohn des Präsidenten IBK, Karim Keita, hat sich aus der Schußlinie gezogen und seinen einflußreichen Schlüsselposten als Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Verteidigung, Sicherheit und Zivilschutz, den er seit 2014 ausübte, „aus Liebe zu Mali“ aufgegeben. Ob das den Präsidenten-Clan unberührt läßt, ist offen.

Die vier Fernsehansprachen des Präsidenten IBK an die Nation im Juni und Juli verstärkten nur die Proteste. Sein Angebot, eine „Regierung der Öffnung“, der „Nationalen Union“ zu bilden, führte zu keiner Beruhigung, die zivilgesellschaftlichen Gruppen melden sich wie im Sudan zu Wort. Die De-facto-Auflösung des Verfassungsgerichts befeuerte den Verdacht des Wahlbetrugs zusätzlich. Das Gericht hatte angesichts der Proteste in 30 Wahlkreisen das Ergebnis aufgehoben, neun Richter sind bereits zurückgetreten, einer schied durch Tod aus. Der in eine Verfassungsreform münden sollende „Soziale Dialog“ ist ausgesetzt. Ob die Delegation der Westafrikanischen Gemeinschaft (CEDEAO) und der Afrikanischen Union, von der US-Botschaft begrüßt, als Mediator funktionieren kann? Bewegt doch der Slogan „IBK degage“ („IBK hau ab“) das Land. Nach vier Gesprächen zwischen CEDEAO und M5 zeigt sich die Bewegung unzufrieden mit dem Vorschlag einer „vereinten Regierung“,

Wir gratulieren

Rosel Müller

aus Berlin, die am 27. Juli 85 Jahre alt wurde. Wir danken Dir, liebe Rosel, für Dein mehr als 10jähriges Mitwirken im Versandkollektiv und wünschen Dir vor allem Gesundheit für die kommenden Jahre.

Die Spur des Kapitalismus

Kapitalismus wird im bürgerlichen Sinn als eine „Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bezeichnet, deren treibende Kraft das Gewinnstreben Einzelner ist“. (Duden) Eine nähere Charakterisierung dieser Gesellschaftsordnung wird jedoch vermieden. Die marxistische Ideologie hingegen bleibt nicht bei der Benennung irgendwelcher Bestrebungstendenzen stehen, sondern geht vom Grundcharakter der Gesellschaft aus und definiert den Kapitalismus „als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln und in dem individuellen Streben nach Gewinn (Profit) beruht“. Sie setzt das Vorhandensein von Kapital sowie den persönlichen Zugang und die Verfügung über das Kapital voraus.

Um den extremen Gegensatz in dieser Gesellschaft zu verschleiern, wurden etwa Mitte des 19. Jahrhunderts in deutschen Einzelstaaten Formen des Wahlrechts eingeführt, die Ausdruck der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie sein sollten. Der eigentliche Zweck dieses Vorgehens bestand aber darin, dem Volk eine Mitwirkung an der Machtausübung im Staat und gewissermaßen ein Mitentscheidungsrecht vorzugaukeln.

Wenn die Wirtschaft die entscheidende Sphäre der gesamten Gesellschaft darstellt, so hätte sie doch vor allem auch den bedeutenden Bestandteil dieser „Demokratieausübung“ darstellen müssen. Eine solche Demokratie, die nur in bestimmten Bereichen der Gesellschaft wie etwa der Verwaltung, Bildung, Kultur usw. „praktiziert“ werden darf, aber zu dem entscheidenden Bereich, der privaten Wirtschaft, keinen Zugang hat, verfügt auch nicht über die tatsächliche Machtposition der Gesellschaft. In diesem Gegensatz zeigt sich der Grundwiderspruch der kapitalistischen Systeme unserer Zeit. Hier herrscht primär das private egoistische Gewinn- und Profitstreben. Soziale und materielle Bedürfnisse und Interessen der Gesellschaft finden nur in dem Maße Beachtung, wie sie für die Aufrechterhaltung dieses Wirtschaftssystems notwendig sind und als Binnenmarkt eine Rolle spielen. Absoluter Vorrang für Produktions-, Handels- oder Geschäftsentscheidungen hat in diesem Kalkül nur das Geld, der zu erwartende und angestrebte private Gewinn. Selbst einzelne soziale Korrekturen sind nur dann möglich, wenn man sie in langwierigen Auseinandersetzungen, Streiks oder Demonstrationen erkämpft hat. Es ist daher absurd zu erwarten, daß in einem solchen System jemals gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse und Interessen im Vordergrund stehen würden. Auch der durch Kapitalverbindungen gebundene Staat handelt weithin systemabhängig. Insofern muß es schon befremdlich wirken, wenn er sich selbst im gesundheitlichen und sozialen Bereich seinen Bürgern gegenüber aus der Verantwortung stiehlt, diese Bereiche immer mehr in private Hände legt und sie damit

gewinn- und profitorientiert betreiben läßt. Die Entwicklung während der Corona-Pandemie macht deutlich, daß die Mehrheit der kapitalistischen Staaten in unverantwortlichem Maße die Finanzierung und Ausrüstung ihres Gesundheits- und Sozialwesens vernachlässigt hatten. Völlig befremdlich wirkte die bereits 2004 abgegebene Erklärung der damaligen Gesundheits- und Sozialministerin, Ulla Schmidt, die meinte, daß es ihr während ihrer Amtszeit „gelingen“ sei, einen höheren Millionenbetrag im Gesundheitswesen „einzusparen“. Eine solche Erklärung verwunderte insofern, als die Einsparung nicht etwa durch eine vorsorgende Gesundheitspflege der Bürger, sondern offensichtlich durch die „Einsparung“ an Mitteln, Personal und Gerätschaften erfolgte, was auch in der BRD entsprechende Folgen haben mußte.

Selbst in den führenden kapitalistischen Staaten hat die Kluft zwischen Arm und Reich Ausmaße angenommen wie nie in den Jahrzehnten zuvor. Die Zahl der Wohnungslosen, jener Bürger, die aus allen Statistiken herausfallen, die unter Brücken, in Bauruinen oder unter behelfsmäßig gefertigten Überdachungen leben, werden nirgends gezählt und bestenfalls abgeschrieben, wenn sie an „Suppenküchen“ erscheinen.

Nach aktuellen Verlautbarungen verweist die Vermögensumverteilung der Welt etwa auf folgendes Bild: 10 % der Weltbevölkerung sollen über einen Vermögensanteil von 90 % verfügen. Und 90 % der Bevölkerung haben sich zu ihrer Lebenserhaltung die restlichen 10 % des Weltvermögens zu teilen. Das läßt auf Spannungen und Verarmungen weiter Teile der Weltbevölkerung schließen. Hier ballt sich eine Kraft, die allein durch ihre Masse aufbegehren und einen Anteil zu ihrer Lebenserhaltung einfordern wird. Wenn die Menschen heute ausbrechen aus ihrem Elend und in der Welt nach lebenswerten Möglichkeiten suchen, um sich und ihre Kinder überhaupt am Leben zu erhalten, so ist auch das eine Erscheinungsform dieses weltumspannenden kapitalistischen Systems.

Man sollte nicht die Illusion hegen, daß der Flüchtlingsstrom aus den ärmeren Ländern jemals versiegen wird. Solange sich die eigentlichen gesellschaftlichen Ursachen und Hintergründe nicht ändern, wird dieser zu einer ständigen gesellschaftlichen Erscheinung unserer Zeit werden. Das wird solange geschehen, wie keine geeigneten Maßnahmen zur Überwindung der eigentlichen Ursachen unternommen und die Ressourcen an Bodenschätzen abhängiger Staaten ungehindert ausgeplündert und ihr Elend forciert wird.

Solange horrend Summen an Gewinnen aus den fremden Ressourcen in jene Länder fließen, deren Antrieb eigene Gewinn- und Profitmaximierung ist, wird das Problem nicht gelöst, sondern zu einer sich bereits anbahnenden Katastrophe auswachsen.

Ob und unter welchen Bedingungen der Kapitalismus in seinem heutigen höchsten Stadium, dem Imperialismus, ohne die Ausplünderung und Unterjochung anderer Völker überhaupt lebensfähig ist, müßte sich erst erweisen.

Depressive Stimmungen und Ängste verfinstern selbst jungen Menschen den Blick in ihre Zukunft und lassen sie weltweit auf die Straße gehen, um von uns, den Älteren, Verantwortung für ihre Zukunft einzufordern. Die beängstigenden klimatischen Entwicklungen, die wachsende Existenzunsicherheit und die Gegensätze zwischen arm und reich und den imperialistischen und abhängigen Staaten der Welt sind die Folge und die jahrhundertalte Spur der Herrschaft des Kapitals, deren Unterbindung die Jugend der Welt nachdrücklich fordert. Sie verbinden ihre Forderungen zur Eindämmung der sich abzeichnenden bedrohlichen Erscheinungen unmißverständlich mit den eigentlichen gesellschaftlichen Ursachen, wie kaum eine andere Bewegung. Im internationalen Rahmen äußert sich der Kapitalismus in der Schaffung von Abhängigkeitsverhältnissen, mit seinen drangsaliierenden Ansprüchen, der Ausplünderung der Ressourcen fremder Völker und militärstrategischen Forderungen, die vielfach mit militärischer Gewalt erpreßt und durchgesetzt werden.

Darin liegt die Grundursache der vielfältigsten Probleme unserer Zeit. Kapitalismus in seiner heutigen Entwicklungsstufe muß daher mit seinen vielfältigen Verflechtungen vor allem global verstanden und als Ganzes beurteilt werden. Er stellt sich dar sowohl in den ärmsten afrikanischen Hütten, den schnell anwachsenden Ärmsten unter den Brücken der reichen kapitalistischen Staaten, als auch in den Palästen der Reichen, ihren Bankhäusern und Konzernen.

Wir sollten und dürfen nicht jenen die Lösung der Probleme überlassen, die uns in diese Situation gebracht haben und uns in den Abgrund blicken lassen. Gesellschaftliche Interessen und Bedürfnisse können nur auf der Basis des „vergesellschafteten Eigentums“ und der gesellschaftlichen Mitentscheidung im Bereich der Wirtschaft und nicht mit dem „Gewinn- und Profitstreben Einzelner“ betrieben und erfüllt werden.

Wir sollten das heutige Geschehen in der Welt, die sich extrem öffnende Schere zwischen Arm und Reich, die Verelendung breiter Volksmassen, den nicht versiegenden Strom von Flüchtlingen in der Welt, die Häufung klimatischer Katastrophen und auch die gesellschaftlichen Ursachen der weltweiten Corona-Pandemie als eine Chance sehen, endlich richtige gesellschaftliche Schlüsse zu ziehen und umzudenken.

Es ist höchste Zeit!

Protest gegen Rassismus – in den USA und weltweit



Gianna Floyd, Tochter des Ermordeten



Überall in den USA: „Schluß mit der weißen Vorherrschaft“



In Seattle gehen seit dem 29. Mai ununterbrochen Demonstranten auf die Straße



Berlin-Alexanderplatz, 6. Juni: Das sind nach Meinung der Polizei etwa 15 000 Demonstranten



Weiterhin Polizeigewalt in Minneapolis



... und in Dallas, Texas



Detroit im Tränengas



Minneapolis nach der Ermordung von George Floyd am 25. Mai



New York, 6. Juni



„Schwarze Leben zählen“, Washington, 7. Juni

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Wieviel Geschichte braucht der Mensch?

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen. **RF**

22. Juli 1976

Manch einer stellt sich vielleicht die Frage: Brauchen wir überhaupt Geschichtskennntnisse? Geschichte beschäftigt sich doch mit der Vergangenheit. Man erfährt, wie die Menschen früher lebten und kämpften. Museen berichten darüber und Bücher, Geschichtskarten und Bilder. Aber ist das alles so wichtig für uns? Ist das nicht eher eine Belastung und eigentlich überflüssig?

Nein, Geschichtskennntnisse sind nicht überflüssig, sie sind dringend notwendig. Die Beschäftigung mit der Geschichte betreiben wir nicht um der Geschichte selbst willen. Geschichtsschreibung ist kein Besuch bei

Damals, vor 450 Jahren, erlitten die Bauern und Plebejer eine Niederlage. Doch in all den folgenden Jahrhunderten bis in unsere Zeit erinnerten die revolutionären Kämpfer immer wieder an den Aufstand der Bauern um Thomas Müntzer und die anderen legendären Bauernführer, von denen die Geschichte berichtete. Die Taten dieser Revolutionäre lebten in Liedern und in Sprüchen, wurden in Erzählungen verbreitet und gaben immer wieder Mut und Kraft im Kampf der Proletarier gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Jede Tat hat ihre Geschichte, aus der sie wurde. Jede Bewegung hat eine Vergangenheit, aus der sie emporwuchs. Im Programm der SED heißt es deshalb: „Die Sozialistische Ein-

heitspartei Deutschlands ging aus dem mehr als hundertjährigen Kampf der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gegen feudale Reaktion und kapitalistische Ausbeutung, gegen Imperialismus und Militarismus, Faschismus und imperialistischen Krieg hervor. Sie verkörpert die revolutionären Traditionen des Bundes der Kommunisten und der revolutionären deutschen Sozialdemokratie. Sie setzt das Werk der Kommunistischen Partei Deutschlands

fort und erfüllt das Vermächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer. Sie ist die Erbin alles Progressiven in der Geschichte des deutschen Volkes.“¹

Der Mensch braucht also die Geschichte, er braucht sie ganz notwendig. Sie ist ihm nicht nur Bild des Früheren, hält ihn nicht nur an zur Ehrfurcht vor den Taten der Vorfahren. Sie ist vor allem Kraftquell für neue Taten. Sie mögen jetzt vielleicht fragen, inwiefern denn zurückliegende Ereignisse in der Geschichte, und manchmal weit zurückliegende, Kraftquell für unsere Gegenwart sein können. Ist es vielleicht nicht doch nur der moralische Anreiz, der aus der Geschichte erwächst? Können wir tatsächlich aus dem, was vor 100 Jahren oder vor mehreren 100 Jahren passierte, heute noch gültige Lehren ziehen? Selbstverständlich können wir das! Und wir müssen es sogar! Lehren vermitteln natürlich vor allen Dingen die Höhepunkte der gesellschaftlichen Entwicklung, die Höhepunkte politischen Klassenkampfes, und unter ihnen wieder in erster Linie die Revolutionen.

Nehmen wir nur ein Beispiel heraus: die Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland. Dieses Ereignis liegt nun fast 60 Jahre [inzwischen bereits über 100 Jahre; RF] zurück. Es geschah unter ganz anderen gesellschaftlichen Bedingungen als den heutigen, wurde von anderen Menschen vollzogen. Immer aber ist die revolutionäre Arbeiterbewegung seit der Novemberrevolution in ihrer politischen Entwicklung auf dieses Ereignis zurückgekommen.

Warum eigentlich?

Die Novemberrevolution war der erste Versuch der deutschen Arbeiterklasse nach der Oktoberrevolution, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu stürzen und die sozialistische Gesellschaft zu errichten.

Wie bekannt, erlitt die Arbeiterklasse damals eine blutige Niederlage. Also ergaben sich ganz wichtige Fragen an die Zukunft. Was hat das Proletariat damals richtig gemacht, und welche Fragen konnte es noch nicht gültig beantworten? Was hat gefehlt, um den Sieg der Arbeiterklasse sicherzustellen? Die richtigen Antworten auf diese Fragen und noch andere ermöglichten es uns Heutigen, den Weg seit 1945 erfolgreich zu beschreiten und das zu erreichen, was damals, vor fast sechs Jahrzehnten, noch nicht gelang.

So gibt uns der Blick in die Geschichte nicht nur das Beispiel des Heroismus der Revolutionäre im Kampf für ihre eigene Sache. Dieser Blick vermittelt uns gründliche und tiefgreifende Lehren für den Kampf der Partei, den Kampf der Klasse und für unsere eigenen Aufgaben. Diese Lehren gehören zu unserem Bewußtsein, unserem Geschichtsbewußtsein. Solche Beispiele sind Legion. Es soll nur auf die folgenden hingewiesen werden:

- der Sieg der Arbeiterklasse über den Kapp-Putsch 1920 und die daraus resultierende große Lehre von der einheitlichen Kraft der Arbeiterklasse;
 - die Niederlage der Arbeiterklasse 1932/33 und die daraus resultierende große Lehre vom Verhängnis der Spaltung der Arbeiterklasse;
 - das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ 1943/44 und die daraus resultierende große Lehre von der breiten antifaschistischen Front gegen Imperialismus und Faschismus unter Führung der Arbeiterklasse.
- Das sind Lehren, die alle dazu beigetragen haben, die revolutionären Aufgaben in unserem Lande nach der Befreiung richtig lösen zu können. Geschichtsbewußtsein, eben das Bewußtsein vom eigenen Standort in der geschichtlichen



Damals siegte die Arbeiterklasse- Kapp-Putsch (1920)

Toten. Die Kenntnis über die zurückliegende Entwicklung im Leben des einzelnen, im Leben ganzer Völker und Nationen, im Leben der menschlichen Gesellschaft hat immer Bedeutung für die Gegenwart, für gegenwärtiges und auch für zukünftiges Handeln. Geschichte ist das Gedächtnis der Völker, ihr Wissensspeicher und ihr Erfahrungsschatz.

Als sich beispielsweise vor 450 Jahren im Bauernkrieg die Bauern und Plebejer zum Kampf gegen feudale Unterdrückung und territoriale Zersplitterung erhoben, da erinnerten ihre Führer an die Tatsache, daß es schon einmal im Leben der Menschen eine Zeit gegeben hatte, in der niemand einen anderen ausbeuten konnte. Sie kleideten diese geschichtliche Erfahrung in die programmatische Zeile: „Als Adam grub und Eva spann, wo war denn da der Edelmann?“ Und sie kämpften für die Beseitigung der Ausbeutung, sich auch auf geschichtliches Wissen stützend. Das revolutionäre Programm Thomas Müntzers forderte die Gleichheit der Menschen und ein allgemeines Recht für alle.

Entwicklung, ist untrennbarer Bestandteil des Weltbildes eines jeden Menschen. Ja, mehr noch, der Charakter dieses Weltbildes, sein Inhalt werden entscheidend vom Geschichtsbewußtsein bestimmt. Schon in einer ihrer ersten Schriften, in der „Heiligen Familie“, schrieben Karl Marx und Friedrich Engels im Jahre 1845: „Die Geschichte tut nichts, sie besitzt keinen ungeheuren Reichtum“, sie „kämpft keine Kämpfe!“ Es ist vielmehr der Mensch, der wirkliche, lebendige Mensch, der das alles tut, besitzt und kämpft; es ist nicht etwa die ‚Geschichte‘, die den Menschen zum Mittel braucht, um ihre ... Zwecke durchzuarbeiten, sondern sie ist nichts als die Tätigkeit des seine Zwecke verfolgenden Menschen.“²

Über 40 Jahre später griff Friedrich Engels in seiner berühmten Arbeit „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“ diesen Gedanken wieder auf: „Die Menschen machen ihre Geschichte, wie diese auch immer ausfalle, indem jeder seine eignen, bewußt gewollten Zwecke verfolgt, und die Resultate dieser vielen in verschiedenen Richtungen agierenden Willen und ihrer mannigfachen Einwirkungen auf die Außenwelt ist eben die Geschichte.“³ Welche Zwecke aber der wirkliche, lebendige Mensch verfolgt und wie er sie verfolgt, in welche Richtung sein Wille agiert, das eben wird in hohem Maße durch sein Geschichtsbewußtsein, durch sein Bild von der Geschichte bestimmt, davon, wieviel Geschichte er besitzt! Das Geschichtsbewußtsein ist eine mächtige Kraft. Es kann die Menschen zu großen Taten für Frieden und sozialen Fortschritt, für nationale Befreiung und Sozialismus beflügeln; es kann sie aber auch blind machen, gegen ihre eigenen Interessen handeln lassen, dem Rückschritt unterordnen. Vom Wahrheitsgehalt des Geschichtsbildes, von seinem Klassencharakter ist das abhängig.

Die Klassiker des Marxismus-Leninismus und die revolutionären Arbeiterparteien in allen Ländern haben deshalb immer größtes Gewicht auf ein wissenschaftliches Geschichtsbild gelegt. Ein solches geschlossenes Bild von den großen geschichtlichen Zusammenhängen gehört zur Weltanschauung der Arbeiterklasse. Richtige Geschichtskennntnisse befähigen das Volk, seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

Der Blick in die Geschichte um der Gegenwart und der Zukunft willen ist besonders für die Bürger der sozialistischen Staaten wichtig. Der Sozialismus kann – im Gegensatz zu allen früheren Gesellschaftsformationen – nur durch das bewußte und planmäßige Handeln des Volkes geschaffen und entwickelt werden. Bewußtes und planmäßiges Handeln ergibt sich aus der Einsicht in den gesetzmäßigen Gang der gesellschaftlichen Entwicklung, dem Kern wirklicher Freiheit. Freies und sachgemäßes Entscheiden zum Wohle des Sozialismus setzt ein wissenschaftliches Geschichtsbild als Teil des wissenschaftlichen Weltbildes, der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, voraus. Leidenschaftliches und schöpferisches Mitwirken am gemeinsamen sozialistischen Werk bedingt geschichtliches Wissen. Das gilt erst recht für die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Sie stellt Anforderungen an das



Bodenreform in der Sowjetische Besetzten Zone- Ein neuer Abschnitt der Geschichte

Bewußtsein und damit an das Geschichtsbewußtsein wie kein Entwicklungsabschnitt unserer Gesellschaft zuvor.

Gründliches Wissen um die geschichtlichen Wurzeln unserer Gegenwart öffnet erst den Blick für die historische Größe unserer Aufgabe. Der Sinn des Sozialismus eröffnet sich nur demjenigen tief und dauerhaft, der auch die Geschichte kennt, ihre Erfahrungen deuten kann und ihre Lehren beherzigt, der in der Lage ist, in Übereinstimmung mit den Gesetzmäßigkeiten der geschichtlichen Entwicklung zu handeln. Das gilt besonders für die Zeit seit der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus, seit 1945, dem Eintritt in den neuen Abschnitt des revolutionären Weltprozesses. Das Geschichtsbild der Arbeiterklasse, das Geschichtsbild des Marxismus-Leninismus, vermittelt diese Erfahrungen und Lehren. Erich Honecker schrieb in seinem Artikel „Auf sicherem Kurs“ (April 1976), daß in den vergangenen drei Jahrzehnten unser Volk unter Führung der SED den mit dem Sieg der Sowjetunion über den Faschismus eröffneten Weg in eine neue Zukunft erfolgreich beschritten hat. In einem einheitlichen revolutionären Prozeß, in erbitterter Auseinandersetzung mit der imperialistischen Reaktion und ihren Helfershelfern gelang es ihm, unter Führung der Arbeiterklasse die antifaschistisch-demokratische Umwälzung zu verwirklichen und die sozialistische Revolution zum Siege zu führen. Das Dasein der Menschen in unserem Lande wurde von Grund auf verändert. Unser sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern wuchs auf dem festen Fundament der engsten Verbundenheit mit der Sowjetunion und als unlösbarer Bestandteil der Gemeinschaft der Bruderländer. „Jetzt können wir uns das Ziel stellen, weiterhin die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten und so grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus zu schaffen.“⁴

Das ist der springende Punkt: Weil wir die dreißig vergangenen Jahre erfolgreich gestalteteten, weil wir das geschichtliche Wissen um sie besitzen, können wir sicher in die Zukunft schauen. Oder anders ausgedrückt: Die exakte Analyse der letzten dreißig Jahre, das Studium der vorausseilenden Entwicklung in der Sowjetunion und die Erfahrungen unserer anderen sozialistischen Bruderländer – das und noch vieles andere mehr ermöglicht

uns, die neue Arbeit genau zu planen. Lenin formulierte das so: „Die klassenbewußten Arbeiter blicken, während sie ihre Bewegung voranführen, ständig auf den von der Arbeiterbewegung zurückgelegten Weg und denken stets von neuem darüber nach, ob dieser Weg der richtige ist und ob man etwas besser machen kann.“⁵ Wir wissen nicht zuletzt aus der Geschichte, daß unser Weg der richtige ist. Und wir mühen uns, ihn immer besser zu bahnen. Das aber ergibt sich nicht zuletzt aus dem Geschichtsbewußtsein.

Fragen wir also wieder: Wieviel Geschichte braucht der Mensch? Die Antwort soll lauten: Jeder braucht soviel Geschichte, daß er aus dem zurückgelegten Weg seines Volkes und seiner Klasse die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung erkennen kann, die Wirksamkeit seines gegenwärtigen Handelns und die zukünftigen Aufgaben richtig zu bestimmen in der Lage ist. Jeder Mensch braucht soviel Geschichtskennntnisse auch über seine Nachbarvölker, daß er den Platz seines Volkes und auch seinen eigenen Klassenstandpunkt richtig bestimmen kann, daß sein solidarisches Handeln und sein internationalistisches Verantwortungsbewußtsein sich auf diese Kenntnis gründet. Jeder Mensch braucht soviel Geschichte, daß er aus dieser Kenntnis heraus zwischen Freund und Feind unterscheiden kann, daß er weiß, wie und warum er jenem hilft und diesen bekämpft. Jeder Mensch braucht soviel Geschichte, daß er revolutionäre Traditionen in sein Ringen um den Fortschritt aufnehmen, bewahren und fortentwickeln kann.

So ist die Geschichte eine ewig lebendige Wissenschaft. Indem sie sich mit der Vergangenheit beschäftigt, dient sie dem Leben und der Zukunft.

Anmerkungen

- 1) Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Dietz-Verlag, Berlin 1976, S. 5
- 2) Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 2, Dietz-Verlag, Berlin 1957, S. 98
- 3) Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 21, Dietz-Verlag, Berlin 1962, S. 297
- 4) Einheit, 1976, Heft 4, S. 407
- 5) W. I. Lenin, Werke, Bd. 20, Dietz-Verlag, Berlin 1961, S. 293

Nachbetrachtung zum Tag der Befreiung

Dies ist die Aussage einer jüdischen Bürgerin. Und sie ist nachvollziehbar: „Die Deutschen wurden 1945 nicht vom Faschismus befreit, sondern er wurde ihnen weggenommen.“ Die faschistische Ideologie hatte sich nach der Machtübergabe 1933 schnell und ohne breiten Widerstand in den Köpfen der Deutschen verankert. Der das Alltagsleben zunehmend bestimmende Haß auf alles jüdische Leben und die Heilsversprechen der Nazi-Führung versetzten die Menschen in einen nicht zu zügelnden faschistischen Taumel, der mit dem Ja auf die demagogisch unterfütterte Frage Goebbels' im Sportpalast – „Wollt ihr den totalen Krieg?“ – seinen Höhepunkt fand.

Und dennoch: Viele Menschen näherten sich, belehrt durch die im Verlauf des Kriegsgeschehens erlittenen Leiden denjenigen an, die von Anfang an im Widerstand gestanden haben und sogar auch denjenigen, die – ohne selbst aktiv eingreifen zu können – über zwölf Jahre hinweg den Mut bewiesen haben, sich zu ihrer antifaschistischen Gesinnung zu bekennen. Viele derjenigen aber, die bis zur letzten Stunde an den Endsieg glaubten, die den Krieg überlebt haben und in der Zeit danach Schlimmes erleben mußten, sind noch immer schwer – mitunter auch gar nicht – zu neuen Einsichten fähig. Um zum Punkt zu kommen: Was mich an der ganzen Debatte um das Pro und Contra „Befreiung“ nervt, ist, daß tragische und schmerzliche Erinnerungen (Stichwort: Vergewaltigung), die niemand infrage stellt, immer wieder mit emotionalem Pathos instrumentalisiert werden, um die herausragenden Verdienste, welche die Rote Armee bei der Niederringung des Faschismus erworben hat, in ein Zwielflicht zu stellen. „Befreiung“ wurde somit einerseits auf individuelle Schicksale heruntergebrochen und andererseits als Hebel benutzt, um die Menschen gegen den unmittelbar nach dem 8. Mai reanimierten

Feind namens Bolschewismus in Stellung zu bringen – eine große Herausforderung angesichts der Popularität, welche die siegreiche Sowjetunion weltweit genoß. Die Kalkulation ging auf – es war ein Meisterwerk der politischen Psychologie, das sich im Kalten Krieg bewährt hat und das auch heute im Zeichen der Russophobie gute Dienste leistet.

Deshalb muß der Begriff „Befreiung“ als politische Kategorie in den Rahmen der Klassenauseinandersetzung gestellt werden. Es geht letzten Endes um die Frage nach der sozialökonomischen Orientierung von Gesellschaften.

Nach dem 8. Mai 1945 galt es zu wählen zwischen einer Restauration des kapitalorientierten Profitsystems und einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung bzw. einer sozialistischen Demokratie. Deshalb ist es unumgänglich, sich mit den um Deutungshoheit bemühten revisionistischen Politikern und Historikern – also all jenen, die einen Systemwechsel für ein Projekt des Teufels halten – auseinanderzusetzen. Kurzum: Die Diskurse rings um den Begriff „Befreiung“ wären ohne den von den USA und Großbritannien initiierten kalten Krieg, der zur Spaltung Deutschlands führte, ganz anders verlaufen. Erinnert sei an die Sätze, die Konrad Adenauer 1952 dem „Rheinischen Merkur“ zu Protokoll gegeben hat: „Vergessen Sie nie, daß ich der einzige Regierungschef bin, der die Einheit Europas der Einheit seines Vaterlandes vorzieht.“ Und dann fügte er hinzu: „Was östlich von Werra und Elbe liegt, sind Deutschlands unerlöste Provinzen. Daher heißt die Aufgabe nicht Wiedervereinigung, sondern Befreiung. Das Wort Wiedervereinigung soll endlich verschwinden. Die Parole heißt Befreiung.“

Was der erste Bundeskanzler unter „Befreiung“ verstand, war der Wunsch, den deutschen Imperialismus von seinen ihm 1945 angelegten Fesseln zu befreien und sich als

Großmacht – diesmal nicht allein, sondern im Kielwasser der Weltmacht USA – Respekt in einem transatlantischen Bündnis zu verschaffen. Mit dem Satz „Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb“ posierte Adenauer als Realpolitiker. Das Ziel geriet aber in Reichweite, als 1989 die östlich von Elbe und Werra liegenden „Provinzen“ heim ins Reich geholt, also „befreit“ wurden, das Volkseigentum zertrümmert wurde und die von ihrem Arbeitsplatz „Befreiten“ ins Elend gestoßen wurden.

Der sogenannte demokratische Neuanfang unter der Dominanz Adenauers und seines Vertrauten Hans Globke verlief gänzlich ohne konsequente Distanzierung vom Faschismus. Statt Antifaschismus wurde der Antikommunismus zur Staatsräson erklärt, in den Schulen und Universitäten gelehrt und von Kanzeln gepredigt.

Der nächste Krieg würde ein atomarer Krieg sein, so die Autorin eines Leserbriefs kürzlich an die „junge Welt“. Richtig! Müßen wir befürchten, daß sich die derzeitige deutsche Regierung in ihrem Streben nach atomarer Teilhabe dann nicht die Gelegenheit entgehen läßt, das von ihr regierte Gebiet in ein atomares Schlachtfeld verwandeln zu lassen, also an einem nuklearen Inferno teilnehmen zu dürfen? Ja, das müßen wir befürchten. Außenminister Heiko Maas bejubelte die seinerzeitige Aufnahme der BRD in die NATO mit den Worten: „Das Bündnis ist nach wie vor die Lebensversicherung Europas.“ Wie groß seine Chancen sind, sich diese Lebensversicherung „am Tag danach“ als Kellerassel oder Schabe auszahlen zu lassen, sei dahingestellt. Auf jeden Fall wäre dies mit Worten des gegenwärtigen NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg, „der ultimative Ausdruck unserer Solidarität“. Er hätte sagen müßen: „... Ausdruck unserer nordatlantischen Solidargemeinschaft, die den Tod, sprich Nuklearkrieg, nicht fürchtet.“ **Hans Schoenefeldt**

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats August!

Zum 96. Geburtstag

Günter Scholz (Berlin) am 10. August
Dr. Willi Paubel (Hoppegarten, OT Hönow)
am 30. August

Zum 95. Geburtstag

Walter Scheinpflug (Bitterfeld/Wolfen)
am 6. August

Zum 93. Geburtstag

Helmut Fleischhauer (Buchholz i. d.
Nordheide) am 18. August

Zum 92. Geburtstag

Harry Machals (Rostock) am 26. August

Zum 91. Geburtstag

Sonja Moldt (Berlin) am 5. August
Brigitte Wackernagel (Berlin) am 21. August

Zum 90. Geburtstag

Eberhard Czichon (Berlin) am 8. August
Gebhard Rosenau (Dresden, OT Weißig)
am 27. August

Zum 85. Geburtstag

Dr. Kurt Plache (Berlin) am 9. August (Manfred Fischer (Berlin) am 11. August
Wilfried Franke (Berlin) am 23. August
Gerda Krahnert (Jena) am 28. August
Lothar Neumann (Dresden) am 31. August

Zum 80. Geburtstag

Reinhold Lang (Wandlitz, OT Klosterfelde)
am 3. August
Klaus Hammermüller (Königs Wusterhausen)
am 7. August
Hubert Fiebig (Stralsund) am 14. August
Otto Ziemer (Güstrow) am 17. August

Helmut Unger (Neustadt/ Sachsen)

am 20. August

Rolf Schmidt (Berlin) am 21. August
Gerhard Fuchs (Eggersdorf/Petershagen)

am 22. August

Horst Hommel (Berlin) am 22. August

Zum 75. Geburtstag

Bernd Vogler (Derenburg) am 5. August
Jürgen Bartnik (Suhl) am 17. August

Zum 65. Geburtstag

Uta Gohlke (Jena) am 5. August
Manfred Pohl (Sonneberg) am 26. August
Michael Schroedl (Veitshochheimer)
am 27. August

Zum 60. Geburtstag

Jörg Lippmann (Niedergörsdorf)
am 22. August

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Grundstein gelegt

Vor 100 Jahren wurde die Kommunistische Partei Großbritanniens gegründet

Das Jahr 2020 bietet viele Anlässe für Gedenktage verschiedenster Art und entsprechend auch verschiedenster Interpretation. Im Zentrum steht sicherlich der 75. Jahrestag des Sieges über den Faschismus, der dem Wunsch des deutschen Imperialismus nach Weltherrschaft mittels „Lebensraum im Osten“ als Fortführung der Suche nach dem „Platz an der Sonne“ ein Ende setzte. Einer der Staaten der siegreichen Anti-Hitler-Koalition war Großbritannien. Das sogenannte Mutterland des Kapitalismus war selbst ein Hort des Imperialismus und der Unterdrückung der Völker sowie der eigenen Arbeiterklasse, während es andererseits Teil der antifaschistischen Koalition und ebenso Heimat einer der traditionsreichsten Arbeiterbewegungen der Welt war und ist. Deshalb ist es sehr interessant, aus heutiger Sicht an den 100. Jahrestag der Gründung der Communist Party of Great Britain (Kommunistische Partei Großbritanniens, KPGB) zu erinnern. Am 31. Juli und 1. August 1920 fand in London der Gründungsparteitag der KPGB statt.

Auf ihm vereinigten sich linke revolutionäre Gruppen und Parteien Großbritanniens wie die 1911 gegründete British Socialist Party (Britische Sozialistische Partei) oder die seit 1903 existierende Socialist Labour Party (Sozialistische Arbeiterpartei) mit Teilen der revolutionären Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung zur politischen Partei der Arbeiterklasse Großbritanniens. Interessant ist dabei der Umstand, daß es sich somit bei der Gründung der KPGB nicht um die Abspaltung von einer bestehenden Arbeiterpartei handelte, sondern um eine Weiterentwicklung politischer Aktivitäten der fortschrittlichsten Teile der Arbeiterklasse. Die Partei entstand gewissermaßen aus der Bewegung der britischen Arbeiterbewegung gegen Krieg, Imperialismus und Ausbeutung heraus, und dies in einem Land, in dem sich früher als andernorts mit der Entwicklung des Kapitalismus die Arbeiterbewegung entwickelt hatte. Andererseits war mit der Labour Party (Arbeiterpartei) erst 1900 eine eigenständige politische Arbeiterpartei gegründet worden.

Die mit dem Einsetzen der industriellen Revolution im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert entstandene britische Arbeiterbewegung konzentrierte sich zunächst auf die individuelle Gegenwehr gegen die Auswirkungen der technischen Entwicklung unter verschärften Bedingungen der Ausbeutung (Maschinenstürmerei, Ludditenbewegung) und bildete erst im Laufe des 19. Jahrhunderts mittels verschiedener Arbeitergesellschaften (1836 in London, 1837 in Leeds gegründet) erste Organisationen. Demokratische Ziele und Forderungen der Arbeiterbewegung verband als erstes die Chartistenbewegung, welche in Form der „National Charter Association“ nach

Friedrich Engels die „erste Arbeiterpartei unserer Zeit“ wurde. Ihren Namen hatte sie aus der 1837 vorgelegten People's Charta (Volkscharta, Verfassungsvorschlag mit Forderung nach einem allgemeinen und geheimen Wahlrecht) erhalten.

Aus den radikalsten Elementen dieser Bewegung entwickelten sich schließlich um die Mitte des 19. Jahrhunderts auch entschiedenere Organisationen, aber die Masse der britischen Arbeiterschaft wurde durch das Aufkommen der Arbeiteraristokratie und die Fixierung auf berufsständisch organisierte Gewerkschaften sowie rein ökonomische Auseinandersetzungen jedoch von diesen isoliert. So wurden die Interessen der Arbeiterklasse im Parlament durch ein so genanntes Bündnis von „Lib-Lab-Abgeordneten“ vertreten. Dies waren über Listen der Liberalen Partei (1868–74, 1880–86 und 1892–94 in Regierungsverantwortung) gewählte Abgeordnete aus den Reihen der britischen Arbeiterklasse, die eher einflußlos blieben und letztlich den Liberalen Stimmen aus den Reihen der Arbeiterschaft sichern sollten.

Auch die abseits der klassenübergreifenden Zusammenarbeit und ökonomisch orientierten Forderungen agierenden Gesellschaften der radikaleren Arbeiterschaft konnten bis zum Ende des 19. Jahrhunderts nur wenig Massenpotential entwickeln. Doch die aus ihren Reihen hervorkommenden politischen Ideen und vor allem Kader sollten bis hin zur Gründung der KPGB 1920 wirken.

Die 1900 gegründete Labour Party änderte zwar ihren opportunistisch und reformistisch orientierten Kurs nicht, organisierte jedoch bis 1919 etwa 3,5 Millionen britische Arbeiter in ihren Reihen. Bis dahin konnten die meisten Gewerkschaften und politischen Organisationen nur eine Mitgliedschaft meist im fünf- oder höchstens sechststelligen Bereich aufweisen konnten.

Diese breitere politische Aktivierung der Arbeiterschaft und die Entwicklung des Imperialismus hin zu immer mehr Ausbeutung und Unterdrückung, sowohl vor als auch besonders während des Ersten Weltkriegs, sorgte dafür, daß sich seit etwa 1915/1916 über demokratische und ökonomische Themen hinausgehende Forderungen entwickeln konnten (z. B. gerechte Entlohnung, Beibehaltung und Verbesserung des Lebensstandards statt dessen Absenkung, staatliche Kontrolle bis hin zur Verstaatlichung der Großindustrie, Vergesellschaftung der aus diesen Bereichen entstandenen Gewinne).

Ebenso entstanden neue Formen des Kampfes wie etwa die sogenannte Bewegung der Shop Stewards. Diese waren von den bisherigen Gewerkschaften unabhängig in jedem Betrieb bzw. auch einer Abteilung gewählte Arbeiterdeputierte. Mit dem Ende des

Krieges 1918 änderte sich diese Bewegung nicht, im Gegenteil die Arbeiterbewegung nahm unter dem Eindruck der Folgen des Krieges an Stärke und Einfluß zu. Selbst innerhalb der britischen Armee kam es 1919 noch zu Aufständen mit der Forderung nach einer Demobilisierung, als diese zur Intervention gegen die junge Sowjetmacht aufbrechen sollte.

Die Vereinigung der konsequentesten Kräfte dieser Entwicklung stellt die Gründung der KPGB 1920 dar. Sie nahm im Gegensatz zur Labour Party oder den meisten Gewerkschaften die Forderungen der streikenden Arbeiterschaft und der rebellierenden Soldaten auf. So forderte sie als einzige Partei die Vergesellschaftung weiter Teile der Wirtschaft und damit die Entmachtung der bisher herrschenden Kreise, konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensstandards der gesamten Bevölkerung sowie ein Ende aller kriegerischen Maßnahmen nach innen und außen.

Der Gründung voraus gingen mehrere Verhandlungen und Konferenzen zur Vereinigung der zersplitterten sozialistischen Kräfte des britischen Proletariats. Bereits im Mai 1919 wurde eine Konferenz verschiedener Parteien und Gesellschaften mit dem Ziel der Gründung einer Kommunistischen Partei in London abgehalten. Teilnehmer wie die British Socialist Party, die Socialist Labour Party oder die South Wales Socialist Society (Sozialistische Gesellschaft von Südwales) begrüßten dabei einhellig die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die Gründung der III. Internationale.

Zu einer Einigung konnte es auf dieser Konferenz jedoch noch nicht kommen, da sich die Teilnehmer nicht über das Verhältnis zur Labour Party sowie die Stellung zum Parlamentarismus einigen konnten. Über diese Fragen kam es schließlich sogar zum Bruch in der Socialist Labour Party und es gründete sich im Frühjahr 1920 aus den revolutionären Kräften dieser Partei die Communist Party Unity Group (Gruppe für die Einheit der Kommunistischen Partei). Vor allem das konstruktive Miteinander der beteiligten Parteien und Wladimir Iljitsch Lenins, der sich an den Debatten aus der Ferne beteiligte, bewirkte eine Auflösung der Differenzen und führte zur Gründung der KPGB 1920.

Sie hatte nach ihrer Gründung noch mit ideologischen und organisatorischen Problemen zu kämpfen, mit der Gründung war jedoch der Grundstein zur Einheit der kommunistischen Bewegung in Großbritannien gelegt.

Kommunisten und Sozialisten der Bundesrepublik sollten sich vor allem Letzteres vergegenwärtigen und ihre Schlüsse für die Gegenwart ziehen.

Silvio Michallek
Berlin

„Neue Geschichtspolitik“

Prof. Dr. Zbigniew Wiktor zur Geschichte und Gegenwart der Konterrevolution in Polen

In seiner jüngsten Studie zur Konterrevolution in Polen hält Zbigniew Wiktor fest, wie die regierenden extremen Rechten versuchen, die Erinnerung an die polnische revolutionäre Arbeiterbewegung und die Befreiung durch die Rote Armee zu tilgen.

Überall im Land wird in respektlos aggressiver Weise versucht, das Andenken der sich um die Befreiung Polens und der Errichtung der Volksmacht verdient gemachten Menschen vergessen zu machen. Darüber hinaus wird alles unternommen, die Jugend durch falsche Vorbilder gegenüber Linken und gegenüber Rußland zu beeinflussen.

Der Autor widmet sich vor allem den sogenannten verstoßenen Soldaten. Hierbei handelte es sich um bewaffnete Konterrevolutionäre, die von 1944 bis 1963 gegen die angebliche sowjetische Okkupation Polens kämpften und die nun in den Genuß ihrer angeblich zustehenden Rechte kommen sollen. Zbigniew Wiktor macht klar, daß ein „Verstoßener“ allein nach logischen Gesichtspunkten derartige Rechte nicht in Anspruch nehmen kann: Wer verstoßen ist, hat keine Rechte mehr. Auch die Bezeichnung „Soldaten“ ist irreführend. Seit Januar 1945 unterlag die größte bürgerliche Widerstandsbewegung „Heimatarmee“ (AK) der Selbstauflösung. Eine reguläre Armee war sie ohnehin nicht, sondern ein Netz von Widerstandsgruppen und Partisanenabteilungen, die jedoch straff militärisch organisiert waren. Neben der AK gab es noch Untergrundabteilungen der Bauernpartei und der polnischen Faschisten, aber auch der Sozialisten und Kommunisten.

Reste der aufgelösten AK und sämtliche faschistischen Nationalen Streitkräfte (NSZ) kämpften dann als „Unabhängigkeitsuntergrund“ gegen eine angebliche sowjetische Okkupation und sehnten den Ausbruch des Dritten Weltkrieges herbei. In einem ihrer „populären Lieder“ hieß es: „Eine Atombombe und wir kehren bald nach Lwów zurück, noch eine oder zwei, dann sind wir auch in Wilno wieder dabei ...“ Und das in einem Land, über das zweimal der Krieg hinwegfegte und das sechs Millionen Opfer zu beklagen hatte.

Ihr Terror richtete sich aber erstaunlicherweise fast nur gegen Polen, auch Litauer und Belorussen, kaum gegen Sowjetsoldaten. Ihr Kampf war politisch anachronistisch und auch rechtlich nicht legitimiert: Volkspolen war unabhängig, international als solches auch vom Westen diplomatisch anerkannt. Der Londoner Exilregierung wurde dieser Status entzogen. Nur der Vatikan, das faschistische Spanien, Portugal und einige mittelamerikanische Diktaturen hielten den „Londonern“ noch die Treue.

Das neue souveräne Polen besaß mit seiner Volksarmee, den Truppen des Innenministeriums und Helfern der Miliz ein erdrückendes Übergewicht, das unter teilweise bürgerkriegsähnlichen Zuständen die konterrevolutionären Banden zerschlug oder

zur Aufgabe zwang. Ab 1948 vegetierten diese Antikommunisten mehr als kriminelle Banden, die von der Bevölkerung nicht mehr unterstützt wurden. Gekämpft wurde auch nicht bis 1963. Dort widersetzte sich nur ein seit Jahren versteckter Untergrundkämpfer seiner Festnahme, der dabei getötet wurde. Die letzten dieser kriminellen Banden hat man 1952 unter reger Mithilfe der Bevölkerung gefaßt.

Über Jahrzehnte war das selbst für gestandene Antikommunisten kein Thema, denn immerhin hatten sie militärisch, politisch und moralisch verloren. Die meisten Polen sprachen von Banden.

Nach der Konterrevolution änderte sich das, langsam, behutsam und schrittweise. Immerhin brauchten die polnischen Rechten 22 Jahre (2011), bis ihr Präsident Bronisław Komorowski den 1. März mit einmütiger Billigung aller Parlamentsfraktionen als Gedenktag verkünden konnte. Daß dafür auch die Linken votierten, die vor über 50 Jahren die meisten Opfer durch diese Fanatiker zu beklagen hatten, zeigt, wie weit eine reformistisch umgestaltete kommunistische Partei moralisch verkommen kann.

Komorowski ist übrigens ein beredtes Beispiel dafür, wie Vertreter der ehemals herrschenden Klassen die politischen Integrationsbemühungen der Volksmacht mißbraucht haben: Der litauische Staat hatte die 2 000 Hektar Grundbesitz seiner Familie enteignet. In Volkspolen konnte der leibhaftige Graf in Warschau Geschichtswissenschaft studieren, später in einer renommierten auf sozialistischer Linie liegenden katholischen Tageszeitung sein Talent ausprobieren, bis er sich antikommunistischen Kräften anschloß. Sein Beispiel zeigt, welche klassenmäßigen Kräfte hinter der „neuen Geschichtspolitik“ stehen.

Zu den „Verstoßenen“ wurden nun alle Bewaffneten gezählt, die gegen die Volksmacht gekämpft hatten. Dazu gehört auch die NSZ, deren faschistische Kommandeure 40 % aller heute glorifizierten Untergrundführer stellten. Von der NSZ und ihren Verbrechen hatte sich lange Zeit auch die Mehrheit der polnischen Antikommunisten distanziert. Mit diesem Dammbreach wird jedes Verbrechen legitimiert, das die NSZ und deren Anhang verübt hatte. Dazu gehört nicht nur der systematische Mord an Linken, sondern auch „ethnische Säuberungen“. Litauische Dörfer wurden niedergebrannt, ihre Einwohner ermordet, Angehörige der belorussischen Minderheit bei lebendigen Leibe verbrannt, Überlebende des Holocaust gejagt und umgebracht.

Am Widerstandskampf gegen die Nazis hatten sie kaum teilgenommen, dafür bekämpften sie um so mehr linksgerichtete Partisanen und sich verbergende Juden. Der Lohn für diese Kollaboration mit den Deutschen bestand darin, daß ihrem größten Verband in Westdeutschland eine Bleibe gewährt

wurde. Während der heutige Ministerpräsident Kränze zu ihren Ehren niederlegt, werden die Gedenkstätten und Bezeichnungen für deren Opfer per Gesetz geschleift. Die polnischen Faschisten besaßen auch keine Skrupel, sich gegen ihre Landsleute mit den ukrainischen Faschisten (UPA) zu verbünden. Jene hatten erst unlängst in der Ukraine hunderttausende Polen massakriert und sich aus Furcht vor den Sowjetorganen auf polnisches Territorium zurückgezogen. Die UPA-Nachfolger geben heute in der Ukraine maßgeblich den Ton an und beeinflussen wesentlich die offizielle Regierungspolitik. Deren bewaffnete Kräfte kämpfen in der Ostukraine gegen russische Antifaschisten.

Die anderen antikommunistischen Untergrundkämpfer gingen auch nicht viel anders mit ihren Opfern um. Die Grausamkeiten einiger dieser Banditen waren so ungeheuerlich, daß sich heute viele der überlebenden „Verstoßenen“ im Gegensatz zu den Regierenden davon distanzieren. So z. B. als Präsident Kaczyński für den Banditen Kuraś, der nachweislich Juden und schwangere Frauen aufhängen ließ, ein Denkmal einweihte.

Hinter der regierungsoffiziellen Geschichtverfälschung und Massenmanipulation steht die polnisch Gauck-Behörde, das Institut Nationaler Erinnerung (IPN), mit einem Millionenetat und weitreichenden strafrechtlichen Befugnissen. Das IPN gibt zentral die Richtung der „Geschichtspolitik“ vor, hat so andere Forschungszentren wie Universitäten und historische Institute zurückgedrängt und einflußlos gemacht.

Diese direkte, kaum verhüllte Geschichtsrevision sind nicht zuletzt auch durch demographische Veränderung möglich geworden. Die meisten aktiven Verteidiger Volkspolens sind inzwischen verstorben. Die immer schwächer werdende Linke verzichtete darauf, hierzu einen Gegenpol zu bilden. Die überwiegende Mehrheit der heutigen Polen, auch bedingt durch die ungewöhnlich hohen Zuwachsraten seit den 60er Jahren, erlebte Volkspolen als eine krisengeschüttelte und in ihrer Wahrnehmung niedergehende Gesellschaft. Besonderer Adressat antikommunistischer Beeinflussung ist die Jugend. Nach 1989 wurde die gesamte Geschichtsvermittlung sukzessive auf eine rechtsbürgerliche Sicht umgestellt und ist seither fester Bestandteil der Lehrprogramme. Das erfolgte bereits bei den Vorgängern der extremen Rechten (PiS). Unter der PiS wurde das System perfektioniert mit dem Ziel, vornehmlich die Jugend auf eine neue und bisher nie dagewesene politische Staatsformation, die sogenannte IV. Republik, einzuschwören und gängige Mythen zu schaffen.

Der Jugend werden neue militärische Vorbilder verschrieben. Das ist aber nicht so einfach. Die Glorifizierung Marschall Piłsudskis und seine antisowjetischen Feldzüge greifen inzwischen nicht mehr, auch deshalb, weil der Marschall später zur UdSSR eine sachliche

und auf gute Nachbarschaft ausgerichtete Politik betrieben hatte, von der die heutigen Machthaber weit entfernt sind.

Die heldenhaften Leistungen des polnischen Volkes während des Zweiten Weltkrieges werden nicht mehr vermittelt, da sie sich gegen die deutschen Faschisten gerichtet und hierbei die von Kommunisten geführte Polnische Volksarmee die militärischen Hauptanstrengungen vollbracht hatte. Lediglich der Warschauer Aufstand wird hierfür wieder bemüht, seine Rolle im Zweiten Weltkrieg unzulässig überhöht, seine gegen die UdSSR gewandte Stoßrichtung bewußt hervorgehoben und sein Scheitern den Sowjets angelastet.

Um das Tun der Konterrevolutionäre nicht als einen Kampf einer Minderheit gegen die Vertreter des werktätigen Volkes erscheinen zu lassen, wurde die Legende von der sowjetischen Okkupation erfunden, die angeblich von 1944 bis 1989 herrschte. Der Terror gegen die Linke konnte so entgegen aller Tatsachen als Unabhängigkeitsuntergrund dargestellt werden.

Der reaktionäre Widerstand gegen die Linken umfaßte bis 1947 etwa 100 000 Personen. In den bewaffneten Abteilungen waren 20 bis 30 000 zumeist junge, schlecht gebildete Leute aus den rückständigsten Gebieten Polens, die dem Einfluß des reaktionären Klerus verhaftet waren. Statt in den Reihen der Volksarmee an der Befreiung Polens teilzunehmen, wie die Mehrzahl der gegen die Nazis kämpfenden Polen, zogen sie es vor, militärische Ehren

und gesellschaftliche Anerkennung aus der sicheren Position des Hinterhaltes durch Terror gegen die Linken zu gewinnen.

Die bis zu 20 000 Untergrundkämpfer der verschiedensten Organisationen vermieden Auseinandersetzungen mit regulären polnischen Einheiten, terrorisierten dafür als kleine Gruppen die wehrlose Landbevölkerung und Funktionäre einer breit verstandenen Linken (Kommunisten, Sozialisten, linke Bauernpolitiker, linke Intellektuelle, bekennende Atheisten, Angehörige der orthodoxen Kirche), die genug hatten vom Krieg, in Frieden leben wollten, sich absolut nicht nach den Vorkriegsverhältnissen mit der Herrschaft der gnädigen Herren, der Bourgeoisie und ihrer ausländischen Auftraggeber zurücksehnten. Diese „Kämpfer“ griffen kleinere Einheiten und Milizposten an, töteten Landvermesser, Bürgermeister und Kommunalpolitiker, freiwillige Milizhelfer sowie Sowjetsoldaten, die wegen der Uniformierung und Bewaffnung dieser Banditen von regulären polnischen Armeemitgliedern nicht unterschieden werden konnten.

In den neuen polnischen Westgebieten hingegen kamen sie kaum zum Zuge, ermordeten aber in Jawor den ersten polnischen Bürgermeister, wofür ihnen heute offiziell gedankt wird.

In Polen wurden nach zahlreichen Umbenennungen von Straßen, Plätzen und Institutionen die Denkmäler von 500 polnischen Linken und anderer Patrioten entfernt.

Anschließend benannte man sie nach gefallenen oder regulär verurteilten reaktionären Untergrundkämpfern. So auch in Niederschlesien, für dessen Befreiung und Anschluß an Polen die Rote Armee mit 100 000 Gefallenen und Verwundeten bezahlte und die Polnische Volksarmee ein Fünftel ihrer Soldaten verlor. Für Polen fielen insgesamt fast 700 000 Rotarmisten.

Der heute so glorifizierte „standhafte, ungebrochene unerschütterliche Widerstand“ ist eine brüchige Legende. Bis Ende 1947 stellten sich 100 000 der Männer den staatlichen Behörden. Nur etwa 2 000 kämpften weiter und gaben bis 1952 auf. 8 000 von ihnen fielen im Knapf gegen das eigene Volk.

Die Verluste der Verteidiger der Volksmacht waren ungleich höher: 12 000 Angehörige der Polnischen Volksarmee, der Bürgermiliz (Volkspolizei), der freiwilligen Milizhelfer, des Inneren Sicherheitskorps und der Staatsicherheit, 10 000 unbewaffnete Zivilisten, zumeist Linke, bis zu 2 000 Juden sowie 1 000 Sowjetsoldaten.

Viele der bewaffneten Volksmachtfeinde nahmen später eine positive Entwicklung, wurden Wissenschaftler, Ingenieure, sogar Staatsfunktionäre und erwarben sich allgemeine Anerkennung. Nicht wenige von ihnen distanzieren sich heute von der ungerechtfertigten Glorifizierung des politischen Terrors und fordern eine sachliche Beurteilung der komplizierten Verhältnisse jener Jahre.

Übersetzt und bearbeitet von

Dr. Bernhard Majorow

1. Juli 1990: Ein Schandvertrag tritt in Kraft

Am 17. Mai 1990 fand in Washington ein festliches Abendessen statt. Präsident Bush Senior und Kanzler Kohl samt ihrer Mannschaften feierten sich. Der eine hatte gerade der deutschen „Einheit“ seinen Segen gegeben und der andere versprochen, daß die NATO-Mitgliedschaft kein Preis sei, den er für die deutsche Einheit zahlen würde.

Sofort nach der Rückkehr, am Vormittag des 18. Mai, verabschiedete das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Am Nachmittag wurde der Vertrag im Palais Schaumburg von den Finanzministern Waigel und Romberg im Beisein von Kanzler Kohl und Ministerpräsident de Maizière unterschrieben. Es herrschte festliche Stimmung bei Sekt und Kaviar. Der Vertrag enthielt drei Teile: den Übergang der DDR in das Währungsgebiet der BRD, die Privatisierung und die Übertragung westdeutscher sozialpolitischer Strukturen auf die DDR. Dazu gehörte ein Protokoll über Leitsätze, die regeln sollten, wie dem Vertrag entgegenstehende Gesetze der DDR zu kassieren und die „Freiheit der Privatwirtschaft“ zur Norm zu machen seien. Es waren gerade einmal zwei Monate vergangen, um die „frei gewählte“ Regierung de Maizière außer Gefecht zu setzen. Über Jahrzehnte ging dem Vertrag eine „Anschlußplanung“ voraus. Bereits unmittelbar nach der Gründung der DDR am 7. Oktober

1949 begann der Kampf gegen sie und für ihre Vereinnahmung. 1952 entstand in der BRD der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands. In diesem Gremium arbeiteten Leute, die der annexions- und kriegswirtschaftlichen Maschinerie der NS-Diktatur zur Verfügung gestanden hatten. Aber auch abtrünnige „Forscher“ aus der noch jungen DDR fanden dort ihren Platz. Der Beirat lieferte die Sofortmaßnahmen für den „Tag X“. Nach dem 17. Juni 1953 erhielten die Rahmenplanungen den Charakter von Maßnahmen für einen reibungslosen Transformationsprozeß. Man ging von der Planung des „Tag X“ zur Planung der „Übergangszeit nach der Wiedervereinigung“ über. In den 70er Jahren stellte die Entspannungsperiode den Forschungsbeirat vor neue Probleme. Das ursprünglich aggressive Konzept mußte eins des „Wandels durch Annäherung“ werden.

Dem Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 fehlt das im Maßnahmenpaket des Forschungsbeirates enthaltene Treuhandgesetz. Warum wohl? Am 1. März 1990 hatte die DDR-Regierung die Gründung einer Treuhandanstalt beschlossen. Scheinheilig überließ man ihr den letzten Versuch, die Kombinate und VEB-Betriebe zu „retten“.

Der Vertrag trat am 1. Juli 1990 in Kraft. Neues Zahlungsmittel auf dem Territorium der DDR wurde die D-Mark. In wenigen Wochen

mußten die Betriebe, Genossenschaften und Einrichtungen Bilanzen erarbeiten. Ich habe erlebt, wie Heerscharen von Steuerberatern, Volkswirten und Händlern aus den alten Bundesländern die Betriebe aufsuchten, um bei der „Umstellung zu helfen“. Einige machten sich seßhaft, um das Protektorat DDR zu verwalten. Als die Währungsunion geschafft war, blieb die Wirtschafts- und Sozialunion auf der Strecke. Die vereinbarte Bilanz für das DDR-Vermögen fiel aus. Die Treuhandanstalt wurde belagert und der Erhalt der DDR-Kombinate und Betriebe als unliebsame Konkurrenz verhindert. Was auf dem Ostkreuzzug Profit versprach, blieb erhalten. Man wickelte ab, was das Zeug hielt. Die Umstellung der DDR-Wirtschaft von zwei DDR-Mark auf eine D-Mark entzog ihr im Verlauf des dritten Quartals 1990 die Existenzgrundlage. Die Heroen der Marktwirtschaft stürzten sich aufs Anschlußgebiet, fegten heimische Produkte und Dienstleistungen vom Markt. Die dem Geldumtausch entsprungene Finanzströme, flossen umgehend in die alten Bundesländer zurück.

Gegen den Vertrag gab es keinen nennenswerten Widerstand. Zwar warnten SPD-Politiker vor den Folgen überstürzten Handelns, sie haben aber ihre Warnungen ganz schnell wieder vergessen.

Wolfgang Hermann
Dreesch

Gedenken an Sonja

Zum 20. Todestag Ruth Werners am 7. Juli 2020

In diesem Jahr begehen wir den 75. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus und gedenken der Kommunistin, Kundschafterin und Schriftstellerin Ruth Werner zu deren 20. Todestag. Beides ist eng miteinander verbunden. Sie war eine Frau mit vielen Namen, bürgerlich Ursula Kuczynski, Ursula Hamburger und Ursula Beurton. Ihr Deckname war Sonja und als erfolgreiche Schriftstellerin trug sie das Pseudonym Ruth Werner. Am 15. Mai 1907 in Berlin als Ursula Kuczynski geboren, stammt sie aus einer wohlhabenden jüdischen Familie. Über den Kommunistischen Jugendverband Deutschlands trat sie 1926 der Kommunistischen Partei Deutschlands bei und arbeitete publizistisch. Bereits in frühen Jahren erfuhr sie einschneidende Konsequenzen für ihr Engagement. Wegen politischer Tätigkeit wurde sie aus dem Ullstein-Verlag entlassen. Das schüchterte die junge lebenslustige Frau jedoch nicht ein.

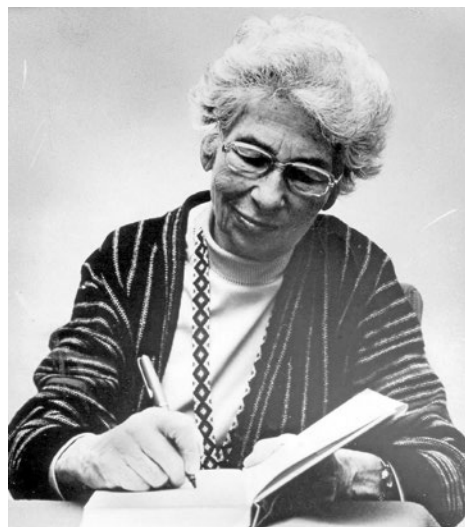
Im Jahr 1930 siedelte sie mit ihrem ersten Mann, dem Architekten Rudolf Hamburger, nach Shanghai über. Hier sollten sich ihre politischen Aktivitäten grundlegend verändern – sie wurden konspirativ. In Shanghai lernte Ursula Hamburger den legendären Dr. Richard Sorge kennen. Er hatte von der Bereitschaft der werdenden Mutter erfahren, die Arbeit der chinesischen Genossen zu unterstützen. Sorge legte ihr nah, die Sache noch einmal zu überdenken. Sie hielt dazu später fest: „Es kränkte mich, gefragt zu werden, ob ich auch unter Gefahr bereit sei, mitzuarbeiten und internationale Solidarität zu üben.“

Zur nachrichtentechnischen Ausbildung weilte Sonja 1933 ohne ihren Sohn in Moskau. Hier erlernte sie unter Anleitung der sowjetischen Militäraufklärung (военная разведка) und seines militärischen Nachrichtendienstes GRU (Главное разведывательное управление – ГРУ, Главное разведывательное управление, deutsch: Hauptverwaltung Aufklärung) morsen sowie den Bau von Sendern und Empfängern. Ebenso erlernte sie die russische Sprache und wurde politisch geschult. In den Jahren 1934 und 1935 erfolgte ihr Einsatz im Auftrag der GRU in der Mandschurei sowie in Polen, wo in Warschau 1936 ihre Tochter geboren wurde. Danach ging es weiter nach Danzig und im Jahr 1938 ging sie für die GRU in die Schweiz. Über diese Zeit schrieb sie: „Unsere Arbeit in der Schweiz war gegen Nazideutschland gerichtet. (...) Das Heuen beim Bauern war meine ‚Tagesarbeit‘. Zweimal wöchentlich funkte ich nachts. (...) Militärische Informationen standen mir damals nicht zur Verfügung, aber auch politische waren für die Zentrale von Bedeutung.“

In den Jahren 1940/41 gab es gravierende Veränderungen in Sonjas Leben. Nach der Scheidung von Rudolf Hamburger im Jahr 1939 folgte die Eheschließung mit dem englischen Kommunisten Len Beurton, der in den Reihen der Internationalen Brigaden in Spanien gekämpft hatte. Beide wechselten, im Auftrag der GRU, nach Großbritannien. Hier gelang es

Sonja 1942 einen englischen Luftwaffenoffizier mit fortschrittlichen politischen Ansichten zu werben. Seine Motive beschreibt sie wie folgt: „Er interessierte sich für internationale Politik und unterhielt sich eifrig mit mir. Ich spürte seine Achtung vor der Sowjetunion und seinen Ärger darüber, wie wenig England das Versprechen hielt, die Sowjetunion mit einer zweiten Front aktiv im Kampf gegen Hitler zu unterstützen.“

Der Offizier hatte Zugang zu bedeutsamen rüstungstechnischen Informationen. Über Sonja gelangten diese nach Moskau.



Ruth Werner

Die nachrichtendienstlich bedeutsamste Verbindung regte Sonjas Bruder, Jürgen Kuczynski, Ende 1942 an. Es handelte sich dabei um den deutschen Physiker Klaus Fuchs. Nachdem die Zentrale in Moskau ihre Zustimmung erteilt hatte, fungierte Sonja für Klaus Fuchs als Resident, Kurier und Funker. Ihre Treffen mit dem Physiker führte sie unauffällig und klug durch. Inhaltlich lieferte Klaus Fuchs hochbrisantes Material. Dazu hielt Sonja mit der ihr eigenen Bescheidenheit fest: „Obwohl mir ohne zu wissen, dass es sich im Endziel um die Atombombe handelte, die Bedeutung meines Materials klar war, blieb mein Anteil gering. Ich war nur der technische Übermittler und möchte nicht, daß dies später einmal hochgespielt wird.“

Die von Klaus Fuchs gelieferten Informationen und Dokumentationen und die erfolgreiche Weiterleitung durch Sonja nach Moskau trugen mit dazu bei, daß die Sowjetunion bereits 1949 das US-Kernwaffenmonopol brechen konnte. Im Jahr 1943 wurde das dritte Kind Sonjas in Oxford geboren. Es ist bemerkenswert und verdient höchste Anerkennung, daß eine dreifache Mutter als Kundschafterin für die Rote Armee kämpfte. In einer Zeit, als viele Deutsche andere Länder gewissenlos überfielen oder bei Verbrechen einfach wegsahen, stand Sonja aktiv auf der anderen Seite – ohne Netz und doppelten Boden.

Im Zuge der Enttarnung von Klaus Fuchs und der drohenden Festnahme bereitete Sonja im

großer Eile die Abreise vor und verließ England mit Zustimmung der GRU. Sie fand mit ihrer Familie 1950 eine Heimat im Ostteil Berlins und schied nach zwanzigjähriger Tätigkeit freiwillig aus der sowjetischen Militäraufklärung aus. Sonja ist aufgrund ihrer erfolgreichen Tätigkeit 1937 und 1969 mit dem Rotbannerorden, dem höchsten militärischen Orden der Sowjetunion, ausgezeichnet worden. Einen militärischen Dienstgrad besaß sie ebenfalls. Dazu hat sie notiert: „In China war ich Hauptmann gewesen, nun war ich Major. Ich weiß, daß ich ein paar Jahre später noch zweimal einen höheren Rang erhielt, ich nehme an, Oberst, aber offiziell ist mir das, soweit ich mich besinne, nicht mitgeteilt worden. Es war mir auch egal. (...) Trotz meiner Uninteressiertheit an Rang und Regeln war ich stolz darauf, Soldat der Roten Armee zu sein.“

In der DDR war Ursula Beurton zunächst im Amt für Information und dann bis 1955 in der Kammer für Außenhandel tätig, ehe sie 1956 mit ihrer Tätigkeit als freischaffende Schriftstellerin unter dem Pseudonym Ruth Werner begann. Auch hier war sie erfolgreich mit Büchern wie „Olga Benario“ oder „Der Gong des Porzellanhändlers“.

Über ihre Tätigkeit an der unsichtbaren Front schwieg sie zunächst eisern. Markus Wolf erinnert sich: „Das Ansinnen, die Erfahrungen ihres Kundschafterlebens aufzuschreiben und meinem Dienst zugänglich zu machen, stieß bei ihr zunächst auf wenig Gegenliebe. Die Schweigepflicht und die von Moskau zu erwartende Ablehnung waren ihre gewichtigsten Argumente. (...) Wie ich sie schließlich nach mehreren Gesprächen doch noch überredet habe, Sonjas Rapport zu beginnen, vermag ich nicht zu sagen.“

Im Jahr 1977 erschien „Sonjas Rapport“. Das Buch wurde der Allgemeinheit zugänglich gemacht und erwies sich als großer Erfolg. Die grundsätzliche Zustimmung aus Moskau war allerdings mit der Einschränkung verbunden, daß alle Passagen, die die Zusammenarbeit mit Klaus Fuchs betreffen, unterbleiben. Eine vollständige Ausgabe von „Sonjas Rapport“ erschien in Deutschland erst 2008.

Ruth Werner steht in einer Reihe mit erfolgreichen Kundschaftern wie Richard Sorge, Max Christiansen-Clausen, Leopold Trepper, Sándor Radó oder Ilse Stöbe. Sie war zeitlebens ein politisch denkender und handelnder von Humanismus geprägter bescheidener Mensch, der sich auch um die Zukunft Gedanken machte: „Für zukünftige Generationen will ich immer noch soziale Gerechtigkeit, Zugang für jeden zu einer guten Bildung, und vor allem will ich, daß nirgendwo jemand hungert und dass Frieden ist auf der Welt. So tief wie immer verachte und hasse ich die Arroganz der Reichen, die Macht des Geldes. Ich hasse Rassismus und Faschismus.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Henry Nitschke
Berlin

Leistungsstark und umweltschonend

Die Binnenschifffahrt in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR

Am 20. Februar veröffentlichte der Journalist Matthias Krauß im „Neuen Deutschland“ einen Beitrag unter der Überschrift „Was die DDR mit den umweltpolitischen Idealen von Greta Thunberg zu tun hat“. Ohne kritische Fragen auszusparen, kommt er zu der Auffassung, viele und keineswegs unwichtige Dinge im Bereich Ressourcenschutz, Ökologie und Wiederverwendung hätten in der DDR sehr gut funktioniert. Er schrieb: „Getreu ihrer Strategie mehr Transport auf dem Wasser und auf der Schiene betrug der Anteil des Eisenbahntransports am gesamten Gütertransport mindestens das Dreifache des heutigen Werts ... Auch was den umweltschonenden Wirtschaftstransport auf dem Wasser angeht, lag die DDR weit vorn. Sie verfügte in den 80er Jahren über eine moderne Schubprahmflotte, ein dichtes Netz von Flußhäfen, ein System, mit dem 15 bis 20 Prozent des Industrietransports auf dem Wasser – also deutlich umweltfreundlicher – bewältigt wurde. Heute sind es zwei bis drei Prozent – wenn überhaupt. Die Schubprahmen wurden nach der Wende verkauft oder verschrottet.“

Ich möchte folgendes hinzufügen:

Bereits Anfang Juni 1945 wurde die Deutsche Binnenreederei unter der Bezeichnung Generaldirektion Schifffahrt gegründet. Unmittelbar nach Kriegsende war allerdings kein Binnenschiffsverkehr möglich, da die Wasserwege durch Trümmer gesprengter Brücken, anderer Wasserbauwerke und versenkter Fahrzeuge unpassierbar waren. Erst allmählich wurden diese Trümmer beseitigt und zugleich mit der Hebung und Reparatur der gesunkenen oder kriegsbeschädigten Schiffe begonnen. Dann wurden die einsatzfähigen Schiffe in großer Zahl als Reparationsleistung beschlagnahmt und in die Sowjetunion gebracht.

Die Generaldirektion Schifffahrt wurde gemäß Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) in die am 1. August 1945 gebildete Deutsche Zentralverwaltung für Verkehr in der Sowjetischen Besatzungszone eingegliedert. Bereits im August 1945 waren Oder, Oder-Spree-Kanal und die Oder-Havel-Wasserstraße wieder auf voller Länge schiffbar. In einem Schreiben vom 14. August 1945 an die SMAD bat die Deutsche Zentralverwaltung für Verkehr um die Übergabe von einsatzfähigen Schiffen. Der Transport auf Binnenschiffen wurde von der SMAD nach folgenden Dringlichkeitsstufen zugesichert: Für die im Auftrag der sowjetischen Besatzungsbehörde auszuführende Beförderungen, für die Sicherung der Versorgung insbesondere der Bevölkerung Berlins.

Am 31. Oktober 1945 standen der Generaldirektion Schifffahrt 61 Dampf- und neun Motorschlepper einsatzbereit zur Verfügung. Daneben waren weitere 105 nicht einsatzbereite Schlepper (ohne eigenen Antrieb) übergeben worden, die zum Teil noch auf Grund lagen. Die ersten Gütertransporte fanden örtlich begrenzt statt. Allmählich kam der allgemeine Güterverkehr aber in Gang. So wurden im

Oktober 1945 bereits 88 000 Tonnen Güter, vor allem Gemüse und Kartoffeln, transportiert. In der Arbeitsgemeinschaft Binnenschifffahrt waren alle Binnenschiffahrtsbetriebe sowie Makler und Befrachter, die auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone tätig waren, unabhängig von ihrer Größe, zusammengeschlossen. Die Mitgliedschaft war obligatorisch. Die Geschäftsführungsorgane der



Berlin, Mühlendamm Schleuse im Mai 1989

Arbeitsgemeinschaft Binnenschifffahrt waren unmittelbar der Generaldirektion Schifffahrt unterstellt, und diese steuerte, entsprechend den sowjetischen Befehlen, die Binnenschiffstransporte. Insbesondere wies sie den einzelnen Schiffen ihre jeweiligen Frachten zu.

Es gab sehr bald Bestrebungen zur weiteren Verstaatlichung vor allem der Reedereien, Umschlagbetriebe und Werften. Die Enteignung vollzog sich in den Ländern der Sowjetischen Besatzungszone auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens und des Befehls Nr. 124 des Obersten Chefs der SMAD.

Am 1. Oktober 1949 wurde die Deutsche Schifffahrts- und Umschlagsbetriebszentrale (DSU) gegründet. Sie übernahm die Brandenburgische Schifffahrts- und Umschlagbetriebe und weitere 15 Betriebe, überwiegend Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB). Der größte Teil der Unternehmen lag in Mecklenburg. Zur DSU gehörten nicht nur die Schifffahrtsbetriebe, sondern auch die Hafen- und Umschlagbetriebe sowie die Werften. Am 1. Januar 1957 entstand der VEB Deutsche Binnenreederei (seit 1970 VEB Binnenreederei) mit Sitz in Berlin und Betriebsteilen in Berlin, Magdeburg und Stralsund. Bereits im Januar 1964 fand die nächste strukturelle Veränderung in der DDR-Binnenschifffahrt statt. Werften und Hafenbetriebe wurden aus dem VEB Binnenreederei ausgegründet. Als koordinierendes Organ wurde eine neu installierte Direktion der Binnenschifffahrt gebildet. Erst zu diesem Zeitpunkt erhielt die Deutsche Binnenreederei den Charakter eines ausschließlichen Reedereiunternehmens, das in seiner Grundstruktur

bis zur Kombinatbildung am 1. Januar 1979 weitgehend erhalten blieb.

In der Zeit von 1957 bis 1989 hatte die Binnenreederei sowohl im technischen wie im technologischen Bereich beachtliche Leistungen aufzuweisen. Die größte Serie von Motorgüterschiffsneubauten lief in den Jahren 1960 bis 1963 auf den Werften Boizenburg, Roßlau und Oderberg mit 105 Motorgüterschiffen der Gustav-Koenigs-Variante vom Stapel. Das erste Schiff der neuen Serie war die „Oderberg“, die im April 1960 zum Einsatz kam. Am 15. Dezember 1960 lief die Serie in Roßlau mit dem gleichnamigen Schiff an. Am 22. Dezember desselben Jahres übernahm die Binnenreederei das erste Schiff der Werft Boizenburg, das ebenfalls den Namen dieser Stadt erhielt. Und im Dezember 1962 wurden bereits 78 dieser Schiffe gezählt.

Am 1. Januar 1979 entstand das Kombinat Binnenschifffahrt und Wasserstraßen. Die ehemalige Direktion der Binnenschifffahrt wurde zur Kombinatleitung.

Besonderer Wert wurde zu allen Zeiten der Binnenreederei auf ein gut ausgebildetes Personal gelegt. Am 1. September 1949 begannen die ersten 64 Lehrlinge in der Schifferberufsschule in Schmöckwitz-Grünwalde ihre Ausbildung. Mitte der 50er Jahre erfolgte der Neubau einer modernen Schule einschließlich Wohnheim für insgesamt 200 Lehrlinge. In beiden Schulen sind bis zur Wende etwa 3000 Binnenschiffer ausgebildet worden.

Im Jahre 1983 erfolgte die letzte wesentliche Strukturveränderung zu DDR-Zeiten. Der VEB Binnenreederei avancierte zum Stammbetrieb des Kombinates Binnenschifffahrt und Wasserstraßen, womit die Kombinatleitung umgebildet und in die Deutsche Binnenreederei integriert und das Kombinat selbst durch die Deutsche Binnenreederei geleitet wurde. Somit hatte die Deutsche Binnenreederei ein Unternehmen zu führen, das mehr als 10 000 Beschäftigte hatte. 1989 erreichte die Binnenreederei die höchste Transportleistung ihres Bestehens. Mit rund 1 200 Schiffen fuhr die Mitarbeiter des Kombinats über die Wasserstraßen Europas. Mit 620 000 Tonnen Transportkapazität und 3 000 Mitarbeitern war das Unternehmen Deutsche Binnenreederei zum Zeitpunkt der wirtschaftlichen Wiedervereinigung Deutschlands im Juli 1990 mit Abstand das größte Reedereiunternehmen Europas. In dieser Struktur kam der Betrieb in die Wende und löste sich während der Umbildung der Kombinatunternehmen auf. Er wurde in eine GmbH umgewandelt und der Treuhandanstalt unterstellt. Der mit der Umstellung auf die kapitalistische Marktwirtschaft verbundene allgemeine wirtschaftliche Niedergang auf dem Gebiet der DDR erfaßte auch die Binnenwerften. Es kam zu einem rapiden Rückgang der Transportleistungen auf rund sieben Millionen Tonnen 1992. In mehreren Entlassungswellen schrumpfte die Belegschaft auf 440 Mitarbeiter und 130 Lehrlinge.

Dr. Kurt Laser

GEDANKEN ZUR ZEIT

Die Kirche und die Menschenrechte

Der Vatikan, die letzte auf Erden noch existierende absolutistische Monarchie, ist der einzige Staat in der Welt, der bis heute die Charta der Menschenrechte nicht ratifiziert hat. Wie ist dies möglich? Nun, die Menschenrechte basieren allesamt auf dem Grundrecht der menschlichen Autonomie, und gerade dieses Recht auf Selbstbestimmung spricht die Kirche dem Menschen grundsätzlich ab. Sie kann auch gar nicht anders, denn sie predigt von Anfang bis Ende ihrer Lehre Theonomie oder Theokratie und verlangt von ihren Mitglie-

(die Tugend Adolf Eichmanns) in den Rang eines sittlichen Wertes erhoben.

Wer dies verinnerlicht, wird (je nach seinen konkreten Lebensumständen) oftmals in seinem Leben Gelegenheit haben, sich gehandkapt zu sehen: Er muß außerhalb einer kirchlich geschlossenen Ehe sexuell abstinenz leben, darf keine empfängnisverhütenden Mittel benutzen, muß also unerwünschte Schwangerschaften ertragen und gegebenenfalls ungewünschte Kinder großziehen, muß heterosexuell leben (denn „Homosexualität ist dem Herrn ein Greuel“), darf, wenn er nach kirchlicher Trauung geschieden ist, zu Lebzeiten seiner ersten Frau/ihres ersten Mannes sich nicht erneut kirchlich trauen lassen, darf, wenn er Priester ist, nicht heiraten, und, sollte er das Unglück haben, an einer unheilbaren Krankheit zu leiden, die in ihrer Endphase mit schier unerträglichen Schmerzen verbunden ist, darf er seinem Leben kein Ende bereiten, da der Suizid als schwere Sünde gilt, die ihn der Gnade Gottes berauben würde.

Wenn aber der Suizid und die Beihilfe zum Suizid nach weltlichem Rechtsverständnis ethisch gerechtfertigt und nach zur Zeit geltendem Recht erlaubt und straffrei sind, so geben doch die christlichen Mitglieder des Parlaments in der gesetzgebenden Versammlung keine Ruhe und werden sie nicht müde, die Forderung nach Selbstbestimmung in dieser Frage um Leben und Tod immer wieder moralisch zu diffamieren mit völlig irrationalen, aber emotionsbeladenen Slogans

wie, der Mensch dürfe sich nicht zum Herrn über Leben und Tod aufschwingen und dürfe das göttliche Geschenk des Lebens nicht zurückweisen, Gott werde schon wissen, was für den Menschen gut sei usw. usf. - all dies zwar ohne rationale Überzeugungskraft, aber mit so lautstarker und nachdrücklicher Penetranz vorgetragen, daß die als Helfer gefragten Ärzte so sehr verunsichert werden, daß sie, obwohl ihre Hilfe legal und straffrei wäre, oft lieber untätig bleiben. Während die in der christlichen Ideologie befangenen Gesetzgeber, die „Ethikkommissionen“ der politischen Parteien (ach, bestünden sie doch nur aus Ethikern statt aus Moralisten!) tagen und ihre eigenen irrationalen Ängste schüren, bleiben die leidvoll Betroffenen, die depressiven Patienten und die Schmerzpatienten, sich selbst überlassen. Diese beharren auf ihrem Recht eines selbstbestimmten Todes, nehmen sich, was man ihnen verweigert, und bedienen sich in ihrer Verzweiflung oft der äußersten Mittel, die ihnen am Ende vermeintlich oder tatsächlich geblieben sind: Otto Flake schnitt sich die Kehle durch, Jean Améry vergiftete sich mit Tabletten, Bruno Bettelheim zog sich eine Plastiktüte über den Kopf, und Udo Reiter erschoss sich auf der Terrasse seines Hauses.

P.S.: Dreimal fragte Julius Hackethal den Bischof von Aachen in einer Fernsehdiskussion, ob Gott „ein Sadist“ sei. Dreimal dieselbe Frage – und dreimal keine Antwort! Denn Johannes der Einfältige (wie der Bischof von Aachen genannt wurde) verschloß sich ins Schweigen. Beleidigt? Gekränkt? Dummlich verlegen? Oder verlegen dummlich? Vermutlich all dies zugleich und jedenfalls ratlos, so daß man angesichts dieser Orientierung, die die Kirche bietet, ausrufen möchte: „Ein Wegweiser, auf dem ein Fragezeichen steht! – Was für ein Wegweiser!!“

Theodor Weißenborn



Die Römische Kurie, früher Inquisition

dern in allen wichtigen Lebensfragen Unterwerfung unter „Gottes heiligen Willen“. Schon auf die erste Frage des Katechismus („Wozu sind wir auf Erden?“) lautet ihre Antwort: „Wir sind auf Erden, damit wir den Willen Gottes tun und dadurch in den Himmel kommen.“ Und in dem von Jesus gelehrt Vater-unser-Gebet heißt es: „Dein (also Gottes, TW) Wille geschehe wie im Himmel also auch auf Erden!“ Damit ist die Knechtschaft besiegelt und der Gehorsam

Konrad Wolf – Chronist des Jahrhunderts

Die Schauspielerinnen Renate Krößner, die Solo Sunny in dem gleichnamigen Film von Konrad Wolf aus dem Jahre 1979 verkörperte, ist am 25. Mai 2020 kurz nach ihrem 75. Geburtstag verstorben. Ihr Tod ist trauriger Anlaß, an das unvergängliche Filmschaffen von Konrad Wolf (1925–1982) zu erinnern. Antje Vollmer und Hans-Eckhardt Wenzel haben mit ihrem Buch „Konrad Wolf – Chronist im Jahrhundert der Extreme“ der Palette der instruktiven Texte über Konrad Wolf eine weitere hoch interessante, einfühlsam poetische Veröffentlichung hinzugefügt. Ihre Texte veranschaulichen: Der bedeutendste Filmregisseur der DDR, der Präsident der Akademie

der Künste seit 1965 war ein humanistisch hoch gebildeter, politisch engagierter und zugleich höchst sensibler Künstler.

„Er lebt in den Zwängen seiner Zeit, verstrickt in die biographischen Texturen eines Lebens, in dem das Dienen für eine gute Sache einen Lebenssinn definiert.“ So heißt es auf Seite 422 dieses Bandes. Das Leben und das Werk von Konrad Wolf – wahrlich ein Brennglas zum Erfassen des Wesentlichen des dramatischen 20. Jahrhunderts!

Die Autoren versuchen aus unterschiedlicher Sicht Gemeinsamkeiten im Dialog über historische Abläufe im Prisma des Lebens und

Schaffens des begnadeten deutschen Künstlers aufzuspüren. Die Filme von Konrad Wolf spiegeln auf ganz besondere Weise die Fragen und die Widersprüche der Jahrzehnte von den 30er bis in die 80er Jahre auf deutschem Boden. Sie veranschaulichen an Hand beeindruckender Einzelschicksale die Konflikte zwischen Ideal und Wirklichkeit, zwischen Kunst und Macht, zwischen Künstlern und Politikern.

„Sonnensucher“, „Der geteilte Himmel“, „Goya“, „Ich war neunzehn“ und nicht zuletzt „Solo Sunny“ – das waren und bleiben Meilensteine überragender sozialistischer Filmkunst. Die Filme des Konrad Wolf – das sind Kunstwerke

auf der Suche nach begehren Wegen zur Verwirklichung hoher Ideale. Vom Gebrauch werden, von Frieden, von erfüllter Arbeit, von Gerechtigkeit und Liebe.

Sie führen auch vor Augen, welche Bedeutung Liedern als eigenständiger Form der Erkenntnis in Konrad Wolfs Filmen zukommt. Das Lied aus dem Tschapajew-Film vom „Schwarzen Raben“ – das ist von Jugend an sein Lieblingslied; es begleitet ihn sein Leben lang. Es „taucht an entscheidender Stelle auf, da wo alle Sprache versagt, wo Poesie und Musik etwas auszudrücken vermögen, das anders nicht zu benennen ist.“ Das reicht bis zur Bezugnahme auf das Spanienlied von der „Jarama-Front“, gesungen von Ernst Busch in „Ich war Neunzehn“. Die Lieder in den Filmen des Konrad Wolf sind Lieder der Sehnsucht, des Kampfes

und des Strebens nach Glück. Und sie sind zugleich aber auch Lieder des Scheiterns und Klagens.

Konrad Wolf hat sich nicht gescheut, selbst politische Verantwortung zu übernehmen. Er war immer eingebunden in die Widersprüche und Streitigkeiten der realsozialistischen Ordnung. Er hat sich in der herausgehobenen Funktion des Akademiepräsidenten für das künstlerische Werk seiner Kollegen eingesetzt.

Beim Nachdenken über das Troika-Filmprojekt, über den Schluß für den geplanten Film über das Schicksal der drei Moskauer Jugendfreunde, drängten sich schwerwiegende Fragen auf: „Hat es sich gelohnt? Hat es einen Sinn gehabt, alles auf diese eine Hoffnung zu setzen?“ Was ist aus den Träumen und

Visionen der Jugend geworden? Was bleibt von den sozialistischen Utopien? Und eben auch die Frage: „Wie weiter?“

Der Text des Buches endet mit dem Verweis auf die Feststellung von Angel Wagenstein, des lebenslangen Freundes und Mitkämpfers von Konrad Wolf: „Ich bin kein Prophet in Sachen Sozialismus. Ich weiß nur, daß es keinen anderen Weg für die Menschheit gibt. Es gibt keinen anderen Ausweg.“

Gerwin Udke

Antje Vollmer, Hans-Eckhardt Wenzel: Konrad Wolf – Chronist im Jahrhundert der Extreme, Die Andere Bibliothek, GmbH & Co. KG, Berlin 2019, 465 Seiten. DVD-Box „Konrad Wolf – Alle Spielfilme 1955–1980“. (14 DVDs), www.spondo.de.

Auf den Spuren Carl von Ossietzky

Der Hamburger Cecilie-Dressler-Verlag gab 1978 in seiner Reihe „Aktuelle Biographien“ ein Buch über den Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky heraus. Im Vorwort schrieb Willy Brandt: „... daß auch in unseren Tagen wieder versucht wird, geistige Grundsätzlichkeit und radikales Denken mit Extremismus gleichzusetzen (und diesem den Stempel des Terrorismus aufzudrücken). Dem müssen wir uns entgegenstemmen, gerade weil wir die Denunziation als ersten Schritt zur Gängelung eines ganzen Volkes erfahren und durchlitten haben.“ So der ehemalige Kanzler, unter dessen Verantwortung 1972 der „Radikalerlaß“ beschlossen wurde. Hat Brandt 1972 nicht gewußt, worauf er sechs Jahre später so warnend hinweist?

1932, in einer anderen historischen Situation, hat sich Ossietzky mit beschwörenden Worten für ein demokratisches Bündnis eingesetzt, um den Faschisten den Weg zu verstellen: „Republikaner, Sozialisten und Kommunisten“ sagte Ossietzky damals, „in den großen Parteien organisierte und versprengte, lange werdet ihr nicht mehr die Chance haben, eure Entschlüsse in Freiheit zu fassen und nicht vor der Spitze der Bajonette! Die Zeit der isolierten Aktion geht zu Ende.“

Der vorliegende Band war besonders an Jugendliche adressiert – und er ist auch heute noch lesenswert. Was Hermann Vinke, damals im Hauptberuf Redakteur beim NDR, früher Lokalredakteur im moorigen Emsland, dort, wo die Emsland-KZs liegen, zusammengestellt hat, ist für den Schulunterricht besonders zu empfehlen. Mit ausführlichen Zitaten und teilweise neuem Bildmaterial wird der Lebensweg eines Menschen geschildert, der ein Held war, obwohl er nicht wie ein solcher aussah. 1936, nach Jahren der Folter durch die Nazis, schilderte ihn eine Delegation des Roten Kreuzes so: „... Ein zitterndes totenblasses Etwas, ein Wesen, das gefühllos zu sein schien, ein Auge verschwollen, die Zähne anscheinend

eingeschlagen, er schleppte ein gebrochenes, schlecht geheiltes Bein ...“ Der Autor ist kein Unbeteiligter, der mehr zufällig eine Biographie über Ossietzky geschrieben hätte.

Vinke erlebte an seiner eigenen Person, daß es Mächte gibt in diesem Land, die das Vermächtnis des Friedenskämpfers Ossietzky nicht verstanden haben, nicht verstehen wollen.

Viele Jahre, hierauf verweist Hermann Vinke im Nachwort der Biographie, führten Hochschullehrer und Studenten in Oldenburg den – schließlich erfolgreichen – Kampf darum, die örtliche Universität nach Carl von Ossietzky zu benennen.

Wer war dieser Carl von Ossietzky? Wer kennt ihn? Welcher Jugendliche weiß etwas von ihm, und wenn ja, was weiß er über ihn? Der Mann, um den es hier geht, war ein schlechter Schüler: Mathematik, Naturwissenschaften überhaupt, waren ihm ein Greuel. Früh verlor er beide Eltern, war Hilfsschreiber bei der Hamburger Justiz, finanzielle Sorgen gehörten zu seinem Alltag.

Man erlebt mit, wie sich ein Mensch entwickelt, wie er an Statur gewinnt, Erfahrungen sammelt, die zu Erkenntnissen führen. Da erprobt sich der junge Ossietzky mit Leserbriefen, später mit Leitartikeln. Ossietzky organisiert sich, wie viele in dieser Zeit, im Monistenbund, um die Lehre des Philosophen Haeckel. Mit dem Monistenbund bekämpft Ossietzky im ersten Weltkrieg den Antisemitismus und unterstützt die Friedensbewegung. Schon im wilhelminischen Obrigkeitsstaat brachte ihm seine scharfe Feder als Mitarbeiter der Zeitung „Das freie Volk“ eine Haftstrafe ein. 1920, nach dem Kapp-Putsch, schreibt Ossietzky: „Die Gefahr ist nicht geringer geworden, Kapp ist abgereist, seine anonymen Paladine sind geblieben.“ Er gehörte denn auch zu den Mitorganisatoren der Bewegung „Nie wieder Krieg!“ und unterstützte voll die Lösung des Reichskanzlers Wirth: „Der Feind steht rechts.“ Als Leiter der „Weltbühne“ war

Ossietzky im Laufe der Jahre zu einem unablässigen Warner vor dem aufkommenden Faschismus geworden. In ihm sahen Hitler und seine Gefolgsleute deshalb einen der gefährlichsten Widersacher. Die Nazis ahnten, wenn sie es schon nicht wußten: Dieser Mann ist nicht zu zerbrechen, physisch ja, aber nicht psychisch. Folgerichtig war Ossietzky einer der ersten, den die Nazis ins KZ schleppten.

Ossietzky war kein Kommunist. Er kritisierte die Kommunistische Partei teilweise heftig. Aber immer dann, wenn es keine Frage mehr war, daß Sozialdemokraten, Kommunisten, Unabhängige und Christen zusammenfinden mußten, bot sich Ossietzky mit Reden und Artikeln als Bindeglied an. Das passierte zum ersten Mal demonstrativ nach dem blutigen 1. Mai 1929, als der rechte Sozialdemokrat und Polizeipräsident von Berlin, Zörgiebel, 30 Menschen erschießen ließ und die KPD einen „Ausschuß zur öffentlichen Untersuchung der Mai-Vorgänge“ gründete, dem Bürger unterschiedlicher politischer Auffassungen angehörten. Ossietzky war ohne Zögern dabei. Für die Rechtspresse war Ossietzky damit Kommunist. 1932, kurz vor dem Staatsstreich der Nazis, warnte Ossietzky beschwörend vor der Zerstrittenheit des demokratischen Lagers. Es war die Zeit, in der die Sozialdemokraten aus „taktischen Gründen“ darauf verzichtet hatten, einen eigenen Kandidaten zur Wahl des Reichspräsidenten aufzustellen, statt dessen den reaktionären Hindenburg unterstützten. Für Ossietzky war es keine Frage, nun für den Kandidaten der Kommunisten, Ernst Thälmann, einzutreten. Das war Ossietzky! Warum wurde er kein Leitbild für die Jugend? Hermann Vinke hofft, daß sich möglichst viele die Frage stellen: „Wer war Carl von Ossietzky?“

Alexander Goeb
(DVZ / RF-Archiv)

Hermann Vinke: Carl von Ossietzky. Cecilie-Dressler-Verlag, Hamburg 1978. 176 Seiten

Ein literarischer Stern, der nie verlischt

Anna Seghers zum 57. Todestag am 1. Juni 2020

Anna Seghers, geboren am 19. November 1900, war eine hervorragende sozialistische Schriftstellerin. Besonders durch ihre meisterhaften Romane wurde sie in aller Welt bekannt. Sie studierte u. a. Geschichte und Kunstgeschichte. Frühzeitig wurde sie zu einer Kämpferin für die Interessen der Arbeiterklasse. 1928 trat sie der KPD bei. Wegen ihrer aufrechten Haltung wurde sie von den Faschisten verfolgt und mußte emigrieren. In Frankreich und später in Mexiko war sie schriftstellerisch und politisch tätig. Seit ihrer Rückkehr 1947 stand sie an der Spitze beim Aufbau einer sozialistischen

zeigen der Erzählband „Auf dem Wege zur amerikanischen Botschaft“ (1930) und der Roman „Die Gefährten“. Im Exil entstanden der Roman vom gescheiterten Aufstand des österreichischen Proletariats gegen das Dollfußregime „Der Weg durch den Februar“, der Bergarbeiterroman aus den Weimarer Krisen Jahren „Die Rettung“ und der weltbekannte Roman „Das siebte Kreuz“ (1942 englisch, 1946 deutsch; in den USA verfilmt), der die Barbarei der faschistischen Gewalthaber und den heroischen Widerstandskampf der KZ-Häftlinge und Antifaschisten in deutschen Städten und Dörfern schildert.

erhielt den Nationalpreis 1951 und 1959, den Lenin-Friedenspreis 1951, den Vaterländischer Verdienstorden 1954 und 1960, die Clara-Zetkin-Medaille 1954 und war Ehren doktor der Universität Jena 1959.

Mit der sogenannten Wende aufgekommene Kritik an ihrer persönlichen Haltung zum Prozeß gegen Walter Janka nahm sie nicht mehr persönlich Stellung. Warum blieb sie stumm, warum stellte sie sich nicht mit ihrer ganzen Courage hinter ihn? Sie hatte nicht Gelegenheit, darauf zu antworten, denn sie starb bereits am 1. Juni 1983. So war es ihr nicht vergönnt, wie Christa Wolf, die damalige Situation erklären und Antworten zu geben zu können. Die stille innere Abrechnung, wie sie mit ihrer Erzählung „Der gerechte Richter“ vorliegt, bietet dazu leider nur einen Ansatz. Walter Janka wurde rehabilitiert. Unverständlich indes erscheint aber ganz offensichtlich das Reagieren einiger Kreise der Öffentlichkeit, von Bibliotheken und Gerechtigkeitsaposteln, die nichts Eiligeres zu tun hatten, ihre Werke nach Veröffentlichung von Walter Jankas Buch „Schwierigkeiten mit der Wahrheit“ auszusetzen oder in die hintersten Reihen zu verbannen, ja, sie gar auf Müllhalden zu schaffen und neue Bücherverbrennungen zu inszenieren. Zum Glück schmälert das weder ihre Weltbedeutung noch die literarische Qualität. Auch Walter Janka hat eindeutig bekundet, „das Werk Anna Seghers ist für mich unantastbar“.

Gerade heute, wo Faschisten wieder ihr Haupt erheben, gibt ihr Werk Mut und Zuversicht und erinnert an solche Werke wie „Die Kraft der Schwachen“, die in ihrer Schwäche doch sich selbst, ihre Furcht und ihre Kleinmütigkeit bezwangen, wie im „Schilfrohr“ oder der „Agathe Schweigert“. Ihre Novellen sind tief beeindruckende Kleinodien der Literatur wie das „Obdach“ oder „Die Tochter des Delegierten“. Ihre Romane vermitteln weitreichende zeitgeschichtliche Zusammenhänge. Das gilt besonders für „Die Toten bleiben jung“ für die heutige Zeit.

Hier, wie in einer Reihe von Erzählungen („Der Mann uns sein Name“, „Das Duell“) werden die Erfahrungen der schweren Nachkriegsjahre und des antifaschistischen Umbruchs am Schicksal einfacher Menschen gestaltet, wird die Problematik der Zeit verdeutlicht und Orientierung gegeben.

Auch poetische Werke, wie „Das wirkliche Blau“, gehören zu ihrem Schaffen, machen die Vielschichtigkeit ihres Wirkens deutlich. Ihre Bücher sollten wieder in den vorderen Reihen der Bücherborde stehen.

Bei einer Veranstaltung im Berliner Theaterkombinat Hebbel am Ufer ist neulich ein junger, nun in Deutschland schreibender arabischer Autor aufgestanden und hat verkündet: „Alles, was ich zur Navigation in diesen Zeiten brauche, das habe ich von der Ost-Literatur gelernt.“

Heinz Pocher
Strausberg



Bundesarchiv, Bild 183-47813-0003
Foto: Quaschinsky, Hans-Günter | 21. Juni 1957

Berlin, 21. Juni 1957 Anna Seghers im Gespräch mit Lesern

Kultur. Sie war Präsidentin des Schriftstellerverbandes der DDR. Ihr Arbeits- und Lebensmittelpunkt war Schloß Wiepersdorf, damals Ferien- und Arbeitsstätte des Schriftstellerverbandes, heute Gästehaus der Regierung der BRD. Sie pflegte täglich eine durch Büsche uneinsichtige Nische im Schloßpark zum Schreiben aufzusuchen. Manchmal sah man sie morgens mit einem kleinen Klapptisch und einer überaus kleinen Schreibmaschine zu ihrem Arbeitsort gehen und sie schrieb und schrieb.

Ihre Werke spiegeln den revolutionären Befreiungskampf der Werktätigen vieler Länder wider; sie führt von der proletarischen Klassenposition aus die Tradition des kritischen bürgerlichen Gesellschaftsromans fort. Seghers erste Erzählung, „Der Aufstand der Fischer von St. Barbara“ (1928, Kleistpreis; auch verfilmt) zeigt trotz tragischen Ausgangs die für Seghers charakteristische optimistische Perspektive, ihre Überzeugung, daß die Werktätigen ihre Geschichte bestimmen, die sich von Stufe zu Stufe entwickelt. Internationale Solidarität des Proletariats im Kampf gegen Faschismus und Reaktion

„Die Rettung“ und „Das siebte Kreuz“ sind wohl ihre berühmtesten und weltweit verbreitetsten Werke. Ich habe sie mehrmals gelesen und später versucht, deren Gestaltung, Helden und Symbolgehalt auch meinen Kindern nahe zu bringen.

Von persönlichen Erlebnissen aus der Emigrationszeit berichten der Roman „Transit“ und die Meistererzählung „Der Ausflug der toten Mädchen“. Bereits in „Der Kopflohn, Roman aus einem Dorf im Spätsommer 1932“ hat Seghers die Tragödie der gespaltenen deutschen Arbeiterklasse gestaltet. Die verhängnisvolle deutsche Geschichte von 1918 bis 1945 wurde in ihren Ursachen und Folgen noch einmal Gegenstand einer groß angelegten Analyse im Roman „Die Toten bleiben jung“ (1949). Mit der jüngeren Vergangenheit setzt sich der stoff- und gestaltenreiche, vielschichtige Roman „Die Entscheidung“ auseinander, in dem die Nachkriegsproblematik Deutschlands, dessen Spaltung und die Grundlegung des Sozialismus in der DDR behandelt wird. Die „Anna“, wie sie von ihren Freunden respektvoll genannt wurde, war Gründungsmitglied der Deutschen Akademie der Künste,

MCCARTHYISMUS (TEIL 4 UND SCHLUSS)

Nach harten Kämpfen McCarthy gestoppt

Der Kampf gegen den McCarthyismus mußte auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Formen geführt werden. Die eine Form war die der Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Rechte, wie sie durch die Verfassung und das Gesetz über Bürgerrechte garantiert wurden. Die zweite war der Kampf gegen die hysterische Kommunistenfurcht, die jede Sphäre des öffentlichen Lebens durchdrungen hatte. Die schwierigste und höchstentwickelte Form des Kampfes war gegen die imperialistischen Ziele der Regierung, gegen ihren Traum von der Weltherrschaft gerichtet. Das verlangte zu zeigen, daß der McCarthyismus ein Werkzeug zur Errichtung dieser globalen Ziele war und daß, wenn er überwunden werden sollte, Antisowjetismus und Antikommunismus überwunden werden mußten.

Vielfach wurde dieser Aspekt von jenen nicht erkannt, die sich gegen spezifische Erscheinungen der Hexenjagd wandten. Die einzige organisierte Kraft im Lande, die diese Zusammenhänge klar erkannte, war die Kommunistische Partei, die auch die Hauptlast der Angriffe zu tragen hatte.

„Bei jedem Schritt auf ihrem Weg kämpfte die Kommunistische Partei gegen den Angriff der Reaktion“, schrieb Daniel Rubin, der Organisationssekretär der Partei 1969 in der September/Okttober-Ausgabe der „Political Affairs“. Er fuhr fort: „Ihr Kampf bereitete den Boden für den wachsenden Widerstand, der Ende 1954/1955 bewirkte, daß sich das Blatt wendete. Es wurden harte Schlachten ausgetragen, die fast alle von der Partei geführt oder begonnen wurden.“

Den Angriffen auf die Bürgerrechte wurden Demonstrationen vor den Gerichten, oft durch die Angeklagten selbst, Prozesse und Unterschriftenkampagnen entgegengesetzt. Um das Jahr 1952 herum hatten einige der großen Massenorganisationen erkannt, welche schweren Konsequenzen bei der Unterdrückung der Volksorganisation sich aus der Jagd auf die „Roten“ ergaben. Resolutionen gegen die verschiedenen Hexenjagd-Komitees, gegen das Smith-Gesetz, das McCarran-Gesetz und das Taft-Hartley-Gesetz wurden nicht nur durch Bürgerrechtsgruppen wie die amerikanische „Union für Bürgerrechte“, sondern auch durch den Gewerkschaftsverband CIO, durch den „Nationalverband für die Förderung der farbigen Bevölkerung“, den „Nationalen Studentenverband“ und durch die Organisation „Amerikaner für demokratische Aktion“ angenommen.

Zur selben Zeit wuchs innerhalb der afroamerikanischen Bevölkerung der Kampf um soziale, wirtschaftliche und politische Gleichheit. Im Jahre 1954, 91 Jahre nach der Abschaffung der Sklaverei durch die Emanzipations-Deklaration, mußte der Oberste Gerichtshof der USA die Aufhebung der Rassentrennung in den Schulen verfügen.

Parallel dazu verlief der Friedenskampf. Selbst auf dem Höhepunkt der Hexenjagd

war es nicht möglich, ihn völlig zum Erlöschen zu bringen. Im Jahre 1951, während der sogenannten „Polizeiaktion der USA im Koreakrieg“, versammelten sich in Chicago 5000 Menschen unter dem Banner des amerikanischen Friedenskreuzzugs, um eine Beendigung des Kriegs zu verlangen.

Die Zusammenhänge zwischen allen diesen Kämpfen wurden jedoch nur klar von der Kommunistischen Partei erkannt, die viele dieser Kämpfe initiierte und sich aktiv an ihnen beteiligte.



Universität von Alabama 1963 - Gouverneur Wallace will verhindern, daß sich schwarze Studenten einschreiben

Diese Kampagnen wurden oft von ihrem Ziel durch Diskussionen darüber abgelenkt, ob Kommunisten an ihnen teilnehmen dürften. In vielen Fällen, insbesondere innerhalb der Arbeiterbewegung, wurden sie gezwungen, ihren Beitrag illegal zu leisten.

Die internationale Entwicklung machte einen Strich durch die Träume vom „amerikanischen Jahrhundert“. Im Jahre 1949 überwand die Sowjetunion das Atommonopol der USA. Trotz des Marshallplans, der Truman-Doktrin, der NATO und der SEATO gewannen die Kräfte des Friedens und des Sozialismus in der Weltarena beständig an Boden. Die vielen Friedensinitiativen der Sowjetunion, ihre konsequente Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen, das Erstarken des sozialistischen Lagers – all dies trug dazu bei, unter der Bevölkerung der USA die großen Lügen über die Sowjetunion zu diskreditieren. Mit ihren eigenen Augen sahen sie die Veränderungen, die in der Welt stattfanden. Sogar auf dem eigenen Boden, im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York, konnte die UNO nicht länger als Werkzeug des US-Imperialismus gebraucht werden. Sie reflektierte zunehmend die Veränderungen, die sich im internationalen Kräfteverhältnis vollzogen hatten.

„Die Weltmeinung spielte eine große Rolle beim Abstoppen des McCarthy-Kurses, da

durch ihn der Anspruch der USA, der Verteidiger der Demokratie in der Welt zu sein, als hohl entlarvt wurde“, schrieb Rubin. „Als McCarthy sein Netz immer weiter ausdehnte und die Partei den Widerstand breiter Kreise immer wirksamer mobilisierte, wurde der McCarthyismus hinderlich bei der Durchsetzung der Hauptlinie der US-Politik.“

Die McCarthy-Zeit als solche endete in der zweiten Hälfte der 50er Jahre. Jedoch hat Rubin mit Recht geschrieben: „Es gelang der Partei nicht, eine vernichtende Gegenoffen-

sive zu organisieren, die imstande gewesen wäre, die Smith-Gesetze, das McCarran-Gesetz, das McCarran-Walter-Gesetz und das Taft-Hartley-Gesetz aus den Akten zu tilgen und eine Regierung an die Macht zu bringen, die Kurs auf Frieden und Demokratie genommen hätte.“

Zwar haben Entscheidungen des Verfassungsgerichtes einige der Teilbestimmungen dieser Gesetze als verfassungswidrig bezeichnet. Andere sind noch immer Gesetz und können jederzeit zur Anwendung kommen.

In der jüngsten Vergangenheit hat der Antisowjetismus einen neuen Aufschwung in den USA erlebt, und die Kommunistische Partei ist immer noch vielen diskriminierenden Bestimmungen ausgesetzt, wie sich auch zeigte, als sie vor den Präsidentschaftswahlen um das Recht kämpfen mußte, mit ihren Kandidaten auf dem Stimmzettel zu erscheinen.

Dennoch sind in den USA Fortschritte erreicht worden, und sie sind eng verbunden mit den Erfolgen in der internationalen Arena, die gegen den Widerstand des Imperialismus durchgesetzt werden konnten. Der Kampf gegen den McCarthyismus in den USA hat gezeigt, daß das Ringen um Demokratie und das Ringen um Frieden und gegen den Imperialismus unteilbar sind.

Margrit Pittman
Gestützt auf „UZ“

Eisen im Vers

Gedichte Ho Chi Minhs in einem neuen Band

In der in ihrer Qualität nur in der DDR möglichen „Weißen Reihe“ des Verlages Volk und Welt erschien 1975 das „Gefängnistagebuch“ Ho Chi Minhs (1890-1969), aus dem Chinesischen übertragen von Erhard und Helga Scherner. Im Mai haben der Lyriker und die Sinologin den Band neu herausgegeben, versehen mit dem Nachwort von 1975 und einer kurzen Ergänzung aus 2020. Anmerkungen erleichtern die Lektüre.

Der Gründer der KP Vietnams war 1941 nach Vietnam zurückgekehrt und wurde zum Kopf des Viet Minh, der bewaffneten Widerstandsorganisation gegen Japan und die vichy-französische Kolonialmacht, die mit Japan kollaborierte. Im Sommer 1942 begab er sich zu Fuß in das Gebiet Chinas, das von der Guomindang beherrscht wurde, um über ein Bündnis zu verhandeln. Am 28. August 1942 verhafteten ihn aber Geheimpolizisten der Guomindang-Regierung. Er wird der Spionage für Japan beschuldigt, durch verschiedene Gefängnisse geschleppt, erkrankt. Am 10. September 1943 endlich entlassen, kehrt er zu den Verbänden des Viet Minh zurück. Am 2. September 1945 ruft Ho Chi Minh in Hanoi die Unabhängigkeit von Frankreich aus und wird erster Premierminister der Demokratischen Republik Vietnam. Er ist ein Symbol des antikolonialen Befreiungskampfes im 20. Jahrhundert.

„Notate“ nennt Erhard Scherner die zumeist vierzeiligen Gedichte, die Ho Chi Minh im Gefängnis in ein Notizbuch einträgt, „widrigen äußeren Bedingungen abgetrotzt und ohne Dichterambition geschrieben“. Es sei „ursprüngliches, echtes Tagebuch“. Angesichts

der Strapazen, der Ungewissheit über das weitere Schicksal und der Bitternis, so Scherner, „nicht bei seinen Genossen im Krieg gegen den japanischen und deutschen Faschismus an der Front zu stehen“, habe der Gefangene „neue Einsichten und Emotionen, sein Mitempfinden für jeden Gefangenen, Trauer über verlorene Zeit und Zorn, seine Verzweiflung, Sehnsucht, die Freude eines glücklichen Augenblicks“ der Gefängnisclasse anvertraut: „Es ist das umfassende Geständnis eines Mannes, den nicht körperliche, nicht seelische Qual niederzwingt.“ Scherner vergleicht diese literarische Selbstbehauptung zu recht mit Julius Fuciks „Reportage unter dem Strang geschrieben“, Mussa Dshalils „Moabiter Heft“, aber auch mit Rosa Luxemburgs Gefängnisbriefen und den Gefängnisbüchern Antonio Gramscis..

Der Übersetzer weist darauf hin, daß sich Ho Chi Minh einer „äsoptischen Sprache“, wie Lenin es über überwachte revolutionäre Literatur gesagt habe, bedienen mußte. Er schreibt nicht von roten Fahnen, sondern vom „Banner der Gerechtigkeit“. Gerade dieser Zwang zu Konzentration und Verschlüsselung habe den Autor „zur Entdeckung neuer künstlerischer Möglichkeiten“ geführt. In vielen Gedichten sei „hinter der Aussage die Aussage, die andere, tiefer liegende Dimension aufzuspüren.“ Die Schwierigkeiten seien dabei nicht gering. Ho Chi Minh, der englische und französische Literatur im Original las, bewege sich in einer alten chinesischen Sprachkultur, in deren Tradition ein Vers oft „ein ganzes Geflecht von Emotionen“ mobilisiere. Die Form seiner Gedichte, die in Rhythmus, „Tonhöhe“, Vers- und Silbenzahl streng gegliedert seien, sei uralte.

Den neuen revolutionären Inhalt bringe er in das „klassische“ Gedicht ein, etwa in einem der bekanntesten, das die Überschrift trägt „Empfindungen beim Lesen der ‚Gedichte der tausend Poeten‘“, einer Lyrik-Anthologie aus dem 6. bis 13. Jahrhundert: „Wie die Natur sind alte Verse rein, / wie Berge, Wasser, Blumenduft, wie Schnee und Mond und Wind. / Im neuen Vers muß Eisen sein, / da auch wir Dichter in den Kampf gerufen sind.“

Den Genossen, die ihn für tot halten, schickt Ho Chi Minh nach der Freilassen folgende Verse: „Aus dem Gefängnis kommend, gehe ich in die Berge. / Wolken umfängen die wuchtigen Berge, Berge das Wolkenmeer, / ohne ein Stäubchen der Fluß, spiegelblank. / Da ich mich einsamen Schrittes zum Westgipfel kehr, / denk ich der Freunde im Süden mit Trauer und Dank.“

Seit 2012 gehört das Gefängnistagebuch Ho Chi Minhs, das erst spät bekannt und 1960 erstmals ins Vietnamesische übersetzt wurde, zum Nationalen Schatz der Volksrepublik Vietnam. Dank den Übersetzern, die ein großartiges Dokument revolutionärer Literatur neu herausgebracht haben. Sie schreiben zum Schluß: „Die solidarischen Rufe ‚Ho, Ho, Ho Chi Minh!‘ in den großen Städten sind verhallt. Vietnam lebt, hat die barbarischen Kriege Frankreichs und der USA bestanden. Unser Büchlein sei denen, die nach dem Menschen Ho Chi Minh fragen, in die Hand gegeben.“

Arnold Schölzel

Ho Chi Minh: Gefängnistagebuch. Herausgegeben und aus dem Chinesischen übertragen von Erhard und Helga Scherner. Heras-Verlag, Berlin 2020, 135 Seiten, 9,81 Euro

Wir werden sie nicht vergessen

Lidice, ein kleines Dorf in Mittelböhmen, wurde am 10. Juni 1942 von den Faschisten zerstört.

Es wurden 173 Männer erschossen, die Frauen und die meisten Kinder wurden in Konzentrationslager deportiert. Viele überlebten dies nicht.

Das erste Andenken an die Tragödie von Lidice auf dem Gebiet des früheren Dorfes war ein Denkmal, errichtet am 3. Juli 1945 von Soldaten der Roten Armee unter Oberst Pankov. Anfang der 50er Jahre wurde das erste Museum eröffnet. 1962 wurde im Rahmen des 20. Jahrestages der Tragödie von Lidice ein neues Museum, gebaut nach den Plänen des Architekten František Marek, feierlich eröffnet.

Die Bildhauerin Marie Uchytlová war von dem tragischen Verbrechen in Lidice sehr

betroffen. 1969 entschied sie, eine Bronze-Statue der Lidicer Kinder zu gestalten, die



als Denkmal aller Kinderopfer von Kriegen verstanden werden sollte.

Es brauchte zwei Jahrzehnte, 82 überlebensgroße Statuen von Kindern zu schaffen.

Der Rosengarten geht auf eine Initiative mit dem Namen „Lidice shall live“ unter ihrem Vorsitzenden Sir Barnett Stross, einem Mitglied des britischen Parlaments zurück.

Im Juni 1955 wurde der Garten als „Garten des Friedens und der Freundschaft“ gegründet. Sein Bau wurde dem Architekten František Marek anvertraut. Er arbeitete mit dem Experten Bohumil Kavka und einem Team weiterer Spezialisten zusammen. Bedřich Stefan und Karel Hladik bereicherten den Garten mit Statuen. 1961 wurde der Garten umgearbeitet und die Rosen, die von verschiedenen Ländern gestiftet worden waren, wurden im Zentrum gepflanzt.

Raimund Brete
Chemnitz

Das System des Faschismus

In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, dann kann man sicher sein, daß es auf diese Weise geplant war.

**Franklin Delano Roosevelt,
USA-Präsident von 1933 bis 1945**

Nach vier Jahren Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und der Kriegsgefangenschaft in den Lagern der US-Armee in Helfta und Bad Kreuznach kehrte ich, Kurt F. Neubert, Ende Juli 1945 in die Heimat, nach Volkstedt im Mansfelder Land, zurück. Über diese Zeit berichte ich in meinem Roman „Karl Hellauers Wandlung im Zweiten Weltkrieg“, verlegt bei epubli GmbH, Berlin, ISBN 978-3-7375-4684-3

Wie es begann: Am 30. Januar 1933 übergab Reichspräsident Paul von Hindenburg die Regierungsgeschäfte in Deutschland dem rassistische Ungeheuer Adolf Hitler. (Geschah das zufällig? Wer beschaffte dem Österreicher Adolf Hitler die deutsche Staatsbürgerschaft, damit er zum Reichskanzler erhoben werden konnte?) Ab diesem Datum begann in Deutschland ein erbarmungsloser Terror. Die staatliche Souveränität wurde völlig zerstört. An deren Stelle traten der Führer Adolf Hitler, die Großkonzerne, die Ministerialbürokratie wie die Partei mit ihren Institutionen. Unter dem Hakenkreuz der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) mit ihren Gliederungen wie der Schutzstaffel (SS), der Geheimen Staatspolizei (Gestapo), des Sicherheitsdienstes (SD) und der Sturmabteilung (SA) erfolgte eine skrupellose Verfolgung von Kommunisten, Juden, Sozialdemokraten, Friedenskämpfern, Roma, Sinti und Andersdenkenden mit allen Ungeheuerlichkeiten, die sich die angeblichen Herrenmenschen auszudenken vermochten.

Die NSDAP hatte sich bewußt diesen Namen zur Täuschung der Volksmassen zugelegt, denn sie war weder sozialistisch noch demokratisch oder mit den Arbeitern verbunden. Es handelte sich um eine größenwahnsinnige Bande von Volksverführern und Kriegsverbrechern.

Nach Karl Marx ist die moderne Staatsgewalt nur ein Ausschuß, der die gesellschaftlichen Geschäfte der gesamten Bourgeoisie-Klasse verwaltet. So waren Hitler ab dem 30. Januar 1933 und seine Regierung das ausführende Organ der herrschenden Klasse:

Kaum an der Macht sicherte die Hitlerregierung deren umfassende Interessen an Gewinnmaximierung bei der Kapitalverwertung. Als Inhaber des Gewaltmonopols verspritzten sie Haß in die Hirne der deutschen Bürger, damit sie für das Kapital schufteten und sich als Arbeiter, Bauern und Angestellte bereitfanden, in einen neuen Krieg zu ziehen. Kriege entstehen nicht durch menschliche Irrtümer, sondern durch gesellschaftliche Kräfte, die an ihm interessiert sind und ihn planen. Die Aufgabe der Regierung ist es, die Massen für den

Krieg zu mobilisieren. So lobte Adolf Hitler am 10. November 1938 die Chefredakteure der deutschen Medien, daß sie die deutsche Bevölkerung auf den Krieg eingestimmt hätten. Sie haben außenpolitische Vorgänge so dargestellt, erklärte er, daß des deutschen Volkes Stimme nach Gewalt schreit.

Die Kommunisten, die politischen Feinde des Kapitalismus, wurden nach der Machtübernahme Hitlers als erste verfolgt, gejagt, und wo aufgespürt, sofort in Haft genommen oder getötet. Es hatte sich herumgesprochen, daß die Kommunisten eine neue Gesellschaftsordnung im Interesse der Werktätigen anstrebten. Sie unterstützten

Es geht daher darum, Ursprünge, Charakter, Ziele und Methoden des deutschen Faschismus herauszuarbeiten und daraus Schlußfolgerungen für die Gegenwart zu ziehen. Die nazistische Kriegsmaschinerie, die einen imperialistischen Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Völker Europas und der Welt geführt hatte, wurde durch das Bündnis der alliierten Streitkräfte der Roten Armee, der USA und Großbritanniens nicht nur zum Stoppen gebracht, sondern sie erhielt eine vernichtende Niederlage. Am 8. Mai 1945, unterzeichneten die Oberbefehlshaber der Hitlerwehrmacht vor der Roten Armee in Berlin-Karlshorst die be-



Berlin-Pankow 1932 – Wahlkampfwagen der NSDAP

daher jede revolutionäre Bewegung gegen die faschistischen Zustände des „Dritten Reiches“.

Mit der Eröffnung des deutschen imperialistischen Krieges am 1. September 1939 gegen Polen begann ein Krieg von einer Grausamkeit, wie ihn die Menschheit noch nicht erlebt hatte. Es war der Beginn des größten Völkermordes der Geschichte. Die Verbrechen des deutschen Faschismus sind unleugbar, dennoch versuchen einige Historiker im Interesse der Herrschenden in der BRD die Henkergeschichte des Nazismus und ihre Gräueltaten umzuschreiben. Laut ihrer Geschichtsschreibung gab es nur einen Schuldigen für alle Verbrechen: Adolf Hitler. 60 Millionen Deutsche sollen bei dem Vernichtungswahnsinn nur Gehilfen gewesen sein. So wurde und wird versucht, das mörderische System des Faschismus aus dem Blickfeld zu rücken.

dingungslose Kapitulation Deutschlands. Die Befreiung der Völker vom Joch und den Schandtaten des deutschen Faschismus, war ein Sieg über die Barbarei. Damit wurde auch das deutsche Volk befreit. Die Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges trug, erbrachte den größten Blutzoll mit 27 Millionen Toten. Der deutsche Faschismus hatte Europa in eine blutgetränkte Erde und in einen Trümmerhaufen verwandelt. Mehr als 67 Millionen Tote hinterließ der Krieg, darunter 6 Millionen Juden. Der wichtigste Gedenktag für die Deutschen ist daher der 8. Mai 1945, der Tag der Befreiung vom Faschismus. Ohne den Sieg der Anti-Hitler-Koalition wäre Deutschland in die Barbarei versunken. Deutschland hat mit seiner Aggression gegen Polen die Sowjetunion und die anderen Völker ungeheure Schuld auf sich geladen.

Kurt Neubert
Zeuthen

Gojko Mitic zum 80. Geburtstag

Träume, als lebstest du ewig

Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluß vergiftet, der letzte Fisch gefangen, werdet Ihr feststellen, daß man Geld nicht essen kann!“ Diese Weisheit der Cree liest Gojko Mitic, zusammen mit anderen von ihm gesammelten indianischen Weisheiten der Stämme Nordamerikas, immer am Ende unserer Lesung aus dem Buch „In Gottes eigenem Land“. Seit Erscheinen des Romans 2011 wurde daraus ein Dialog mit dem Publikum über Krieg und Frieden, Religion und ein flammendes Bekenntnis zu Mutter Erde. Wenn Gojko Mitic den Häuptling Seattle zitiert: „Jeder Teil des Landes ist meinem Volk heilig!“, wird es in den deutschen Bibliotheken, Buchhandlungen und Kirchen still wie in einem Gottesdienst.

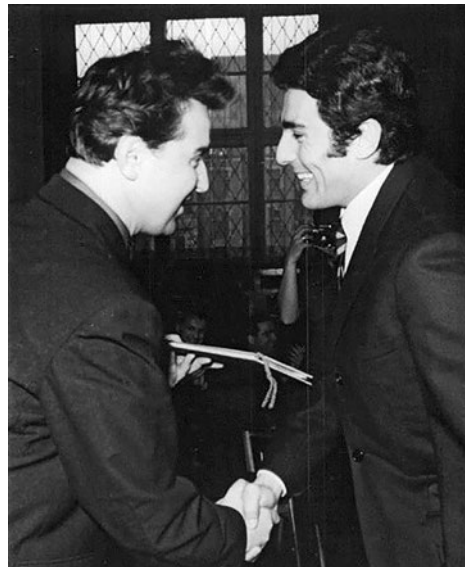
Je älter man wird, um so schärfer blitzt der Spiegel der Erinnerung. Es hatte ohne Zweifel einen tieferen Sinn, daß ich 1967 nach vier Jahren Studium der Germanistik und Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Leipzig meine Staatsexamensarbeit ablegte über das Buch „Das große Abenteuer des Kaspar Schmeck“ von Alex Wedding. Erzählt wird die Geschichte eines 15-jährigen Jungen, den der hessische Landgraf Friedrich, zusammen mit 12 500 Soldaten 1756 an England verkauft, für dessen Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, der auch ein Krieg gegen die Indianer war.

Daß ich mich für diesen Stoff entschieden habe, verdanke ich Gojko Mitic, denn ein Jahr zuvor, im Februar 1966, war das Capitol, das größte Kino in Leipzig, brechend voll, anlässlich der DEFA-Premiere des Indianerfilms „Die Söhne der großen Bärin“ nach dem Roman von Liselotte Welskopf-Henrich. Gojko Mitic spielte den Häuptling Tokei-ih-to, welcher seinen Stamm vor der Verfolgung der Weißen über den Missouri, heim zu den Dakota, rettet.

Da reitet einer wie der Teufel über die Leinwand, macht ohne Double mit 26 Jahren die atemberaubenden Stunts und schenkt den Zuschauern eine bis dato nie gesehene Welt. Mit elf Millionen Zuschauern in der DDR und fast 30 Millionen in der Sowjetunion und vielen anderen Ländern in Europa, wurde es einer der größten Kinoerfolge der Babelsberger Filmstudios. Gojko Mitic wurde mit jedem der insgesamt zwölf zwischen 1966 und 1983 von ihm gespielten Indianerfilme der absolute Star der DEFA und Liebling der Zuschauer. Am 25. Juni 1967 wurde in der Rostocker Freilichtbühne „Chingachgook, die große Schlange“ uraufgeführt, nach Motiven des Romans „Wildtöter“ von James Fenimore Cooper. „Die beste unter den vielen Cooper-Verfilmungen“, urteilte 1995 das Münchner Western-Lexikon. Die DEFA hatte ihr Thema gefunden und ging auf Reisen in den Kaukasus auf 2500 Meter Höhe für den 1986 gedrehten Film „Spur des Falken“ – mit Rolf Hoppes Darstellung als mieser James Bashan und mordlustiger Feind des Indianerhäuptlings „Weitspähender Falke“ – jede Filmsekunde wird zur Hochspannung. „Im Film waren wir Feinde, aber im

Leben Freunde“, gedenkt Gojko Mitic voller Respekt der begnadeten Schauspielkunst von Rolf Hoppe.

Als am 20. Juli 1969 Apollo 11 auf dem Mond landete, drehte Regisseur Konrad Petzold in Polen „Tödlicher Irrtum“ mit Armin Mueller-Stahl als Halbbruder Chris Howard von Häuptling Shave Head, „Das war mein einziger Indianerfilm mit Gojko Mitic“, erinnert sich der Oscar-Preisträger. „Ich habe seine Reikünste bewundert. Er war mir sympathisch, weil absolut professionell. Die Geschichten in den DEFA-Indianerfilmen mit Gojko Mitic hat-



Gojko Mitic erhält von Günther Jahn den Kunstpreis der FDJ

ten einen größeren Realismus als Winnetou und Old Shatterhand in den westdeutschen Karl May-Filmen. Das waren zwei Helden, die es im Leben nicht gibt.“ Armin Mueller-Stahl lacht durchs Telefon: „Es tut mir leid, daß Gojko schon achtzig wird. Willkommen im Club. Ich wünsche ihm nur Gutes!“

Gojko Mitic, am 13. Juni 1940 in Strojkovce geboren, dem damaligen Königreich Jugoslawien, heute Serbien, wollte Sportlehrer werden. Ein Grund für ihn, im Urlaub, nur mit Schnorchel, tief vor den griechischen Inseln zu tauchen, aber nie einen Tropfen Alkohol zu trinken. Als ihn seine geliebte Großmutter bei einer ersten Zigarette erwischte, nahm sie Enkel Gojko an die Hand, zog ihn auf die mit Teer überzogene Straße vor ihrem Haus und warnte ihn mit den Worten: „Wenn du weiter rauchst, wird deine Lunge so schwarz – und dann stirbst du!“ Die Warnung seiner Großmutter hat Gojko Mitic nicht in den indianischen Wind geschlagen. So kam es, daß im Juli 2011, nach einer Lesung im Lutherhaus in Wittenberg, eine attraktive Frau gut zwanzig Minuten vor unserem Autogramm-Tisch stand. Auf meine Frage, ob sie noch eine Frage habe, sagte sie: „Nein. Aber ich wollte einmal in meinem Leben vor diesem Mann stehen!“ Die DEFA-Indianerfilme waren teure internationale Co-Produktionen mit Jugoslawien, Rumänien, Sowjetunion, Bulgarien. „Weiße

Wölfe“ (1969) wurde im Dinarischen Gebirge in der Hohen Tatra in der Slowakei gedreht, „Osceola“ entstand 1971 in Kuba oder „Der Scout“ (1983) in der Mongolei, wo Gojko Mitic inmitten Hunderter wilder Pferde sich souverän bewegte wie ein Fisch im Wasser.

Der damalige Chefdramaturg der DEFA, Rudolf Jürschik, beschreibt Gojko Mitic als einen Schauspieler, welcher „ganz bescheiden, populär, geachtet vom technisch-künstlerischen Personal und kreativ im Angebot von interessanten Stoffen für das Genre Indianerfilm diszipliniert gearbeitet hat. Wir alle – nicht nur die Frauen – waren von ihm begeistert.“ Die menschliche und künstlerische Präsenz von Gojko Mitic in den DEFA-Studios, sie gilt auch für seine hochkarätigen Rollen im Fernsehen der DDR und nach deren Ende als bejubelter Winnetou-Darsteller von 1992 bis 2006 bei den Karl May-Spielen in Bad Segeberg. Eine weitere Paraderolle war 2009 sein Alexis Sorbas am Mecklenburgischen Staatstheater Schwerin. Und damals in Leipzig habe ich nicht im Traum daran gedacht, daß ein- und fünfzig Jahre später, im Lutherjahr 2017, Gojko Mitic auf den Landesbühnen Sachsen mit der Rolle des Delaware-Häuptlings „Fliegender Pfeil“ seine Zuschauer neuerlich begeistert.

Am 6. Oktober 2016 verabschiedete sich Gojko Mitic auf dem Friedhof von Potsdam-Bornstedt mit einer roten Rose am Grab von seinem Freund Rolf Losansky. Er war der erfolgreichste Kinderfilmer der DEFA und ein großer Regisseur des europäischen Kinderfilms. Unter seiner Regie drehte Gojko Mitic 1981 den zauberhaften Kinderfilm „Der lange Ritt zur Schule“ – eine Geschichte voller Indianerträume. Nicht nur in diesem Film hatte Gojko Mitic das Glück, mutige Regisseure, das Bild-Medium perfekt beherrschende Kameraleute und großartige Schauspieler an seiner Seite zu haben, ohne die, das betont er immer wieder, die Filme ihre Qualität und ungebrochene Zuschauerlust nicht erreicht hätten. Dazu gehören natürlich die fantastischen Kompositionen von Karl-Ernst Sasse, Wilhelm Neef, Günther Fischer und Hans-Dieter Hosalla, deren emotionsreiche Western-Filmmusiken ein eigenes CD-Label verdient hätten. In den Herzen der Zuschauer der Welt ist Gojko Mitic schon lange zu einer Legende geworden. Ob bei Film-Festivals an der russisch-chinesischen Grenze, in Deutschland, im fernen Kamtschatka, in Serbien, in der Mongolei oder auch in den USA – seine Filme sind Kult. Gojko Mitic' filmische Botschaften werden bleiben, sie werden gerade heute gebraucht, weil es ihnen um Toleranz gegenüber anderen Völkern und Bewahrung der Schöpfung auf unserem blauen Planeten geht. Zeit seines Lebens hat Gojko Mitic optimistisch in die Zukunft geschaut, so wie der Hollywood-Star James Dean, welcher sich und uns wünschte: „Träume, als lebstest du ewig – lebe, als stürbest du heute!“

Eberhard Görner

(„Märkische Oderzeitung“, 13./14. 6. 2020)



LESERBRIEFE

Horst Hommel, Berlin, richtete im Mai folgenden Brief an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, den wir aufgrund seiner brennenden Aktualität im RF veröffentlichen:

Anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung und des Sieges über den Hitlerfaschismus hatten der Senat und das Abgeordnetenhaus von Berlin den Berlinerinnen und Berlinern einen Feiertag geschenkt. Danke! Deshalb gehe ich auch davon aus, daß Ihr Bedauern, den Jahrestag aufgrund der Coronakrise nicht angemessen feiern zu können, ehrlich gemeint war. Der 8./9. Mai ist für mich und meine Familie von besonderer Bedeutung. Zwei Gründe: Erstens sollte mein Vater, ein 99er auf der griechischen Insel Kos, am 2. April 1945 wegen Wehrkraftzersetzung erschossen werden. Mit Hilfe von Kameraden gelang ihm die Flucht über das Mittelmeer in die Türkei. Die Zukunft meiner Mutter wäre das KZ und die meines großen Bruders und mir ein nazistisches Umerziehungslager gewesen – wenn es der Roten Armee nicht gelungen wäre, die Höhle der Bestie in Berlin einzunehmen. Zweitens wären wir nicht mehr am Leben, wenn es nach dem Willen des US-Präsidenten Truman gegangen wäre. Der Atombombenkonstrukteur und -bauer, Robert Oppenheimer, sagte nach dem Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima vor seinen Mitarbeitern: „Es tut mir leid, daß wir die Bombe nicht rechtzeitig fertigbekommen haben, um sie gegen die Deutschen einzusetzen.“

Auch diesbezüglich tausend Dank an die Millionen Sowjetsoldaten, die für unsere Freiheit kämpften und starben. Deshalb macht es mich wütend, daß Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede am 8. Mai 2020 nicht ein einziges Mal den Sowjetmenschen und der Roten Armee seinen Dank ausgesprochen hat, vor Monaten aber noch mit ehemaligen Bandera-Verbrechern in der Ukraine sympathisierte.

Meiner Gattin und mir war es ein Herzensbedürfnis am 9. Mai, den Tag des Sieges über den Hitlerfaschismus, den sowjetischen Ehrenhain im Treptower Park aufzusuchen. Die wunderbare Stimmung, die vielen russischen Familien (und natürlich auch die aus den ehemaligen Sowjetrepubliken) mit ihren Kindern, also den Ur- und Ururenkeln der Helden, hat unserer Seele gut getan. Entsetzt, und das muß ich unterstreichen, waren wir allerdings über den Zustand des sowjetischen Ehrenhains. Wir kamen von der Straße Am Treptower Park, der Eingangsbogen zum Ehrenmal gesperrt mit Bauzaun und Baumaterial!!!

Vor Jahren (in der DDR immer) waren die Grabquadrate mit grünen Hecken umgeben. In diesem Jubiläumsjahr stand etwa nur ein Drittel der Hecken, ein anderer Teil verholzt ohne Blätter und der überwiegende Teil der Hecken fehlte. Weil es um mit russischem Blut getränkte Erde geht, gibt es offensichtlich keine Neupflanzungen. Als Höhepunkt: Die linke Seite in dem Areal war durch Bauzäune abgesperrt. Ein wirklich „wunderbarer“ Anblick zu den Feierlichkeiten. Auch Sie haben einen Kranz niedergelegt. Haben Sie sich nicht geschämt, wie dieser Ehrenhain aussieht? Die Bundesrepublik hat sich verpflichtet, die sowjetischen Grabanlagen zu pflegen. Welchen Plan gab es, diese Mahnmale anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung herzurichten? Will man das etwa auch Corona zuschreiben? Erbärmliches Deutschland. Ihr Bedauern, den Jahrestag wegen Corona nicht festlich begehen zu können, kann ich nicht glauben. Es ist gespielt und dem Mainstream angepaßt.

Horst Hommel, Berlin

Die Erinnerung an den Tag der Befreiung in meinem Erzgebirgsdorf im Mai 1945 gehört zu unserer Familiengeschichte. Mutter erzählte oft von ihm: Es muß am 7. Mai 1945 gewesen sein. Die Rote Armee hatte unser kleines Dorf erreicht. Ein letztes Gefecht zwischen einer Wehrmachtseinheit und sowjetischen Soldaten fand über die beiden Dorfanhöhen hinweg statt. Es gab heftigen Artillerieschußwechsel. Die Dörfler hatten sich vor Angst in die Keller verkrochen. Mutter war mit meiner sechsjährigen Schwester in den tiefen Kartoffelkeller des Nachbarbauern geflüchtet. Vater war in Gefangenschaft. Dort saß sie mit den Nachbarn und hörte auf die orgelnden Granaten. Da fiel ihr ein, sie hatte ihre Tasche mit den Papieren und dem wenigen Geld im Haus stehen lassen. Mit dem Kind läuft sie noch einmal hinüber, um sie zu holen. Die Rote Armee ist bereits im Dorf. Als sie durch die Hintertür in den Keller des Nachbarn zurückkommt, steht sie im Hausflur einem bewaffneten russischen Soldaten gegenüber.

Zwischen ihr und ihm plätschert das Wasser im Hauswassertrog. Ein Augenblick der Totenstille. Er hat die Maschinenpistole im Anschlag. Sie schreit auf. Drückt ihre Tochter angstvoll hinter sich und fleht ihn an: „Wenn du schießt, dann erst auf mich.“ Der schaut sie ruhig an. Er senkt das Gewehr, tritt besonnen auf sie zu und sagt: „Du Frau, dumm.“ Er greift in seine Hosentasche und nimmt eine Handvoll Würfelzucker heraus, die er meiner Schwester in die Schürzentasche schiebt. Dann greift er nach den im Wassertrog schwimmenden gefüllten Buttermodellen, steckt sie in seinen Schuldersack und geht hinaus. Das war Mutters Tag der Befreiung, von dem sie oft erzählte. Von Übergriffen hat Mutter später nichts erzählt, aber davon, daß russische Soldaten in ihren Gulaschkanonen Eintopf gekocht und die Kinder des Dorfes daraus manchen Schlag in ihre Milchkrüge bekommen haben.

Norbert Staffa, Großolbersdorf

Euch und den Autoren herzlichen Dank für die Würdigung Lenins anlässlich seines 150. Geburtstages. Als Absolvent der Moskauer Lenin-Akademie begleitet dieser große Denker und Revolutionär mein Leben. Wir waren die ersten fünf Politoffiziere der DDR, die sich im Sommer 1954 auf die Reise zum Studium an der

Militärpolitischen Akademie, die seinen Namen trug, begaben. In der Hauptstadt angekommen, kauften wir uns die Gesammelten Werke der Klassiker, damit wir während des Studiums auch unsere Bemerkungen darin niederschreiben konnten. Diese Ausgabe steht heute noch in meinem Bücherschrank, auf die ich sehr oft zurückgreife. Zu Höhepunkten gehörten unvergeßliche Begegnungen mit Wegbegleitern Lenins. Regelmäßige Besuche des Mausoleums auf dem Roten Platz und der Stadt Gorki – der letzten Stätte seines Lebens – gehörten dazu. Mehrere Male waren wir in Leningrad. Dort trafen wir Genossen Jemeljanow. Er hatte ab Juli 1917 Lenin erst an seinem Gehöft, dann aufgrund der Gefahr einer möglichen Entdeckung auf seinen Wiesen am Rasliv versteckt. Der alte Bolschewik erzählte uns über Lenins Eigenschaften als Mensch, seine Bescheidenheit, seinen Fleiß, seine menschliche Offenheit. Er meinte, daß man schon nach kurzer Zeit das Gefühl hatte, nicht dem „großen Führer“, sondern einem Familienmitglied gegenüberzusitzen. Auf dem Kreuzer „Aurora“ trafen wir den Parteisekretär auf dem Schiff in den Tagen der Revolution, Genossen Kapitän 2. Ranges Lipatow. Von ihm erfuhren wir, daß die Salven der „Aurora“, die als Signal für den Sturm auf das Winterpalais abgegeben wurden, in Wahrheit ein Schuß aus der Kanone waren.

Der Besuch des Arbeitskabinetts und die Wohnung Lenins in Moskau ist mir noch heute in lebhafter Erinnerung. Neben dem Arbeitszimmer befand sich der Sitzungssaal des Rates der Volkskommissare. Im Arbeitszimmer fiel uns besonders die auf Wunsch Lenins getischlerte drehbare Bücherablage auf. Hier standen Nachschlagewerke. In der Wohnung gab es eine recht umfangreiche Bibliothek – auch mit vielen Büchern in ausländischen Sprachen. Erheiternd darunter ein deutsches Büchlein über Hühnerzucht. Was mich damals beeindruckte war, daß es in der Küche nicht ein vollständiges Service gab und das bei dem 1. Mann des größten Landes der Erde.

So hatten wir viel Gelegenheit, nicht nur seine Werke zu studieren, sondern Lenin auch als einen Menschen zum Anfassen kennenzulernen. Als wir 1959 Moskau wieder verließen, trug uns der Chef der Akademie, General Koslow, auf nicht zu vergessen, daß jetzt erst das richtige Studium der Werke von Marx, Engels und Lenin beginne. Er sprach die Erwartung aus, den Ideen W. I. Lenins in unserem Leben treu zu bleiben. Bisher haben die noch Lebenden „der Fünf“ sie in Ehren gehalten.

Heinz Bilan, Leipzig

Der Vorsitzende der kleinen und politisch begrenzt wahrgenommenen DKP Patrik Köbele fand klare und überzeugende Antworten auf das, was der Bevölkerung bezüglich der Corona-Krise weismacht wird. „Experten“ aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medizin überschütten uns rund um die Uhr mit Hinweisen, Regelwerk, Warnungen, viel Prophezeihungen und Forderungen aller Interessenträger. Das Ergebnis: Viele Menschen empfinden ihre Freiheiten überzogen eingeschränkt, gegenüber Freiheiten von Kapital, Konzernen, Kommerz, Profisport, Wirtschaftslockerungen in Handwerk und Gewerbe, die nach unergründlichen Kriterien vorgenommen werden und zu Mißstimmungen führen müssen. Dazu die fast peinliche Profilierungssucht von Politikern

und sich wichtigst nehmender Landesfürsten, die ihren Kapitalstandorten Freiheiten einräumen wollen. In diesem Politsumpf haben sich mehr oder weniger kompetente Gesundheitsfachleute ihre Freiheit der Meinung und Forderungen zu Gehör und Verstand zu bringen. Namhafte gesundheitspolitische Dauergäste wachsen sichtbar in ihrer Erscheinung und haben ganz vergessen, wer mit seinem Privatisierungswahn erst das Gesundheitswesen heruntergefahren hat mit den bekannten eklatanten Schwächen. Gewerkschaften bis Linke haben offenbar dem wachsenden Widerstand der Bevölkerung nichts zu erklären oder entgegenzusetzen. Was zur Folge hat, zweifelhafte Kräfte, AfD und Co bis zu unsinnigsten Verschwörern finden Nährboden, werden nach oben geschwemmt.

Interessengesteuerte Prognosezeichnungen aus Politik und Wirtschaft heizen täglich an, entwickeln Sorgen und Ängste unter der Bevölkerung, bei Lohnabhängigen der privilegierten bis untersten, bis in ärmste und existenzbedrohte Schichten.

„Eure Krise, Eure Kriege“, adressiert einer das, was zur Zeit vorgeht. Corona ist nur eine irreführende Bezeichnung der Krise, wie es Finanz-, Öl- und andere Krisen sind. Corona und notwendige Reaktionen der Gesellschaft verbinden sich mit der Krise des Kapitalismus, mit Überproduktion, Absatz- und Konsumproblem, Konkurrenz, Finanzgeschäften, was sich lange vor Corona abgezeichnet hat.

Unbemerkt, scheinbar unabhängig der Krise florieren Rüstung und Kriege nach Heartfields „Krieg und Leichen, die letzte Hoffnung der Reichen“.

Wir haben allen Grund, uns mit Krisen in ihrem Wesen zu beschäftigen, um zu verstehen.

Roland Winkler, Aue

Die Corona-Pandemie, die gegenwärtig die gesamte Menschheit durchleben muß, ist in meinem Verständnis Bestandteil der permanenten Krisen des imperialistischen Systems. Da tut es gut, solche Artikel zu lesen, die darüber informieren, wie die Gegenkräfte weltweit beginnen sich zu wehren. Die Beiträge von Wolfgang Hermann „Der Kampf geht weiter“ oder die Abschlusserklärung des I. Welttreffens gegen den Imperialismus in Caracas klären auf und machen Mut.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Drei US-Präsidenten in Folge veranlaßten den Einsatz bewaffneter Drohnen gegen afghanische Terroristen, Taliban-Führer und Al-Kaida Aktivisten, um sie zu töten. Sie wurden also durch eine Präsidentenentscheidung aus der Ferne zum Tode verurteilt und hingerichtet, in einigen Fällen gemeinsam mit Unschuldigen! Diese Maßnahmen und der gesamte Einsatz von NATO-Kontingenten in Afghanistan haben in fast 19 Jahren keinen demokratischen Staat europäischen Musters schaffen können. US-Präsident Trump hat sogar mit den Taliban verhandeln lassen, um seine Truppen abziehen zu können. Außer Milliardenkosten, ungezählten Toten und Militärschrott ist also nichts gewesen. Im Deutschen Bundestag wird nun wieder einmal über die Anschaffung von Kampfdrohnen beraten oder gestritten. Sie sollen laut Frau Kramp-Karrenbauer dem Schutz deutscher Soldaten im Einsatz vor Terroristen dienen.

Das wirft einige Fragen auf: Was ist Terrorismus? Wer ist ein Terrorist? Was ist eine Kampfdrohne? Terrorismus ist definitiv ein System der Verbreitung von Schrecken. Praktisch ist es die Jahrtausende alte Art und Weise, Tyrannen, unliebsame politische Gegner oder einfach verhasste Personen heimtückisch zu ermorden. Jüngeren Datums sind die Selbstmordanschläge von Terroristen islamischen Glaubens. Auch der Abschluß von Eigenbauraketen der Palästinenser auf israelisches Territorium sowie die vielfach wirksamere israelische Antwort zählen dazu. Der Terroranschlag bewirkt in aller Regel das Gegenteil dessen, was erreicht werden sollte. Jede Form von Terror verschärft die politische Lage, die Bedingungen und Prozesse. Terror als Instrument politischer Handlungen ist untauglich, er ist ein Verbrechen!

Ein Terrorist ist also ein Mörder im politischen Auftrag, der den Tod Unschuldiger in Kauf nimmt. Der Selbstmordattentäter gibt dabei sein eigenes Leben.

Eine Kampfdrohne ist ein aktiv zielsuchendes oder passiv ferngelenktes bewaffnetes Kleinflugzeug. Die Fernlenkung erfolgt per Joystick über einen Rechner am Bildschirm aus interkontinentaler Entfernung. Der Drohnenführer handelt also wie ein Videospiele, dem ein reales lebendes Ziel von Spionen vor Ort zugewiesen wird. Er ist der Henker bei einer extralegalen Hinrichtung. Die Menschen in den Aufenthaltsländern der mutmaßlichen Führer des sogenannten internationalen Terrorismus fühlen sich permanent bedroht und leben in Angst und Schrecken. Ein Leben in Angst und Schrecken ist Folge von Terrorismus! Die Kampfdrohne ist also das Terrorinstrument und zwar das non plus ultra eines solchen, und der Führer ist damit nolens volens (ob er will oder nicht) der denkbar perfektteste Terrorist! Christliche freiheitliche humanistische Demokraten sollten um ihres Ansehens willen so etwas nicht züchten!

Henning Wesarg, Halberstadt

Zu „RotFuchs“, Nr. 267 und 268

Nach Lektüre der beiden Ausgaben, bei Betrachtung der Gestaltung der Seiten, des breiten Themenspektrums sowie der literarischen und graphischen Beiträge ziehe ich vor allen an der redaktionellen wie technischen Herstellung und dem Vertrieb des „Rotfuchs“ Beteiligten den Hut. Ich stelle mir vor, daß es eine große Anstrengung ist, Monat für Monat eine derartige Meisterleistung zu erzielen. Als alter Journalist bin ich auch beeindruckt von den stets pointierten Überschriften. Nebenbei: Bei ausführlichen Texten würde ich mir zuweilen Zwischen-Überschriften (als Mittel der Strukturierung und der graphischen „Auflockerung“) wünschen. Als optische Bereicherung und Mittel besondere Akzente zu setzen, sehe ich, daß künftig die Farbe ROT im „Rotfuchs“ eingesetzt werden kann. Als sehr nützlich schätze ich die Inhaltsangabe auf Seite eins. Die Geburtstagsliste sowie die Einzel-Glückwünsche nehme ich als Ausdruck der Verbundenheit von Menschen wahr, die für eine friedliche, sozialistische Welt kämpfen. Der „RotFuchs“ gibt diesen Monat für Monat Ein- und Ansichten sowie historische Rückblicke, die ich als in hohem Maße nützlich erachte. Wie Arnold Schölzel im Leitartikel die exemplarische Bedeutung aktueller Ereignisse deutlich

macht, erachte ich – in Sinn und Form – als Aufklärung. Bei der Nachlese seiner Kolumne „Die Saat geht auf“ (April-Ausgabe) habe ich sogleich an die jüngsten Aussprüche des Herrn Gauland gedacht. Der Beitrag über die Militarisierung der Ostsee ruft in mir Erinnerungen an das Motto der Rostocker Ostsee-Woche auf, die ich Anfang der siebziger Jahre zweimal erleben durfte.

Die Situation, wie sie heute herrscht, ist jenen zu „danken“, die sich als Protagonisten einer „friedlichen Revolution“ feiern lassen ... Treffend finde ich, daß der „RotFuchs“ diesen kürzlich vorgehalten hat, zu dem, was sie angerichtet haben, zu schweigen.

Der Artikel „Als die NSDAP zum ersten Mal Regierungspartei wurde“, verfaßt von dem leider verstorbenen Historiker Rainer Zilkenat, verstehe ich als Warnung, die Faschisten unserer Zeit zu unterschätzen. Bedeutsam finde ich, daß die Wertschätzung von Albert Einstein für Lenin dokumentiert wird. Hier gibt es eine Art Brückenschlag zu fortschrittlichen bürgerlichen Intellektuellen. Die Worte der Pastorin A. Behnken zeigt: Es gibt Christen, die uns nahe sind. Besonders dankbar bin ich für den Artikel „Ursachen und Hintergründe des libyschen Krieges“. Er macht deutlich, was die Ermordung von Staatspräsident Ghaddafi für die Menschen dieses einst blühenden Landes bewirkt. Daß der eingehenden Analyse eine Erinnerung an den Film des Studios H&S über den fluchtartigen Abzug des US-amerikanischen „Trainingscamps“ („Bye-bye Wheelus“) im Zuge der libyschen Revolution beigefügt war, erinnert an das Engagement der DDR. Ich finde diese Erinnerung bedeutsam, und sie zeugt von der verantwortungsvollen Professionalität der „Rotfuchs“-Redaktion. Gefreut habe ich mich im Zusammenhang des Schwerpunktes 1945, eine Erinnerung an Karl Gass sowie Texte von Becher und Hermlin zu lesen.

Vor dem Hintergrund der regierungsamtlichen Beschwörung des Zusammenhaltens in der „Virus-Zeit“ finde ich den Beitrag „Es gibt kein ‚Wir‘ in der Klassengesellschaft“ besonders wichtig. Dies gilt in gleicher Weise für den aktuellen Beitrag aus der Serie „Wissenschaftliche Weltanschauung“, die ich aus dem Deutschlandsender erinnere, über „kommunistische Erziehung“.

Der Rubrik „Herzliche Glückwünsche“ entnehme ich, daß Rudi Kurz im Mai sein neunundneunzigstes Wiegenfest erleben konnte. Ich kenne und schätze einige seiner Filme sehr. Überhaupt freue ich mich, wenn Menschen, die ihr Leben auf der richtigen Seite der Barrikade eingesetzt haben, lange auf der Welt bleiben. Und dabei hoffe ich natürlich, daß sie gesund geblieben sind und es ihnen wohl ergeht.

Rudolf Schwinn, Bonn

Der Titel „Zeit für einen Systemwechsel“ im Neuen Deutschland vom 18./19. April läßt vermuten, daß im Text das System, das zu wechseln an der Zeit ist, klar umrissen wird.

Denn nicht nur große Klinikkonzerne, die bewußt das betriebswirtschaftliche Verwalten ihrer Häuser wegen der zu erwartenden hohen Ausschüttung an ihre Aktionäre fordern, sind von dem Wegfall bezahlter Fallpauschalen betroffen. Es trifft die Diakonien- und DRK-Krankenhäuser wie die noch kommunalen ebenso.

Zum System gehören Ärzte, die sich genau überlegen müssen, z.T. abhängig von der Krankenkasse des Patienten, was sie sich für den Kranken am Ende des Quartals noch leisten können und welches Medikament im konkreten Fall verschreibungsfähig ist. Auch die Dauer, die von den (zu vielen) Krankenkassen für eine nicht allzu außergewöhnliche Krankheit bezahlte Krankschreibung anerkannt wird, gehört dazu. Die Erhebung einer Umsatzsteuer auf Leistungen der Gesundheitsversorgung ist Bestandteil des Gesundheitssystems.

Der Eigenanteil in der Pflege, der nicht die aktuelle monatliche Einzahlung in die Versicherung berücksichtigt und der bei Heimplätzen in utopische Höhe steigt, ist ebenfalls Ausdruck des Systems. Auch das ist eine gewinnbringende Betätigung für Konzerne, die damit die vollkommen gerechtfertigte (nicht ausreichende) Steigerung tariflicher Entlohnung allein den Pflegebedürftigen, deren Angehörigen und den kommunalen Sozialkassen überlassen. Nicht genug damit: Das System gestattet es, einen prozentualen Anteil für das unternehmerische Risiko den Kalkulationen für Pflegesatzverhandlungen hinzuzufügen.

Der Zwang, Rettungsdienstleistungen auszusprechen, egal ob diese mit dem Helikopter in der Flugbereitschaft zu erbringen sind oder ein regionaler Rettungsverband die entsprechende Versorgung zu leisten hat, dieser Zwang ist gleichfalls Bestandteil des Systems.

Die begrüßenswerte Festlegung von Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung ohne Voraussetzungen für deren Erfüllung – in einem Fall das Tragen von Nase-Mund-Schutz – zunächst zu schaffen, macht dessen Kläglichkeit deutlich. Auch wenn sich Behörden, Bereiche des Gesundheitssystems selbst am sogenannten Markt anstellen müssen, um sich Material und Ausrüstungen zu besorgen – weil Vorrat anzuschaffen sich nicht rechnet –, muß das als systemimmanent gesehen werden.

Ein Glücksumstand ist es allerdings, daß es Menschen gibt, die sich mit ihrer Arbeit und Verantwortung für das gesellschaftliche Miteinander nicht in digitalisierte Heimarbeit zurückziehen wollen und können.

Es ist Zeit für einen Systemwechsel durch Systemwechsel.

Roland Wandel, Oberlungwitz

Im November 2015 erschien im „RotFuchs“ ein Artikel von mir zu Leben und Wirken meines Großvaters Ernst Puchmüller. Hier nur ein paar Eckpunkte: Geboren im Jahr 1897, im 1. Weltkrieg schwer verwundet. Zurück in der Heimat politisch aktiv. Erst SPD, dann USPD und schließlich KPD. Von 1920 bis Herbst 1935 in der Leitung der KPD in Lübeck aktiv. 1933, wie alle führenden KPD-Genossen verhaftet. Er wurde nach einigen Wochen wieder freigelassen, da er Kriegsinvalide war. Kaum auf freiem Fuß, übernahm er die Leitung der inzwischen illegalen Lübecker KPD. Im Herbst 1935 erneut verhaftet und im „Lübecker Kommunistenprozeß“ zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bis zur Befreiung 1945 in verschiedenen faschistischen Zuchthäusern. Im Jahr 2015 erfuhren wir – die Enkelkinder von Ernst Puchmüller – von der Existenz der Ernst-Puchmüller-Gesellschaft in Lübeck. Initiiert wurde das von der Partei Die Linke. Da wir gemeinsam im Dezember 2015 einen

mehrtägigen Ausflug nach Lübeck geplant hatten, haben wir ein gemeinsames Treffen mit der Ernst-Puchmüller-Gesellschaft telefonisch vereinbart, was auch zustande kam.

Seitdem habe ich Kontakt zu den Genossen der Linkspartei in Lübeck. In den Jahren 2017 und 2019 waren wir, meine Frau und ich, wieder dort und hatten Treffen mit der Ernst-Puchmüller-Gesellschaft. Im Dezember 2017 wurden wir beide als „Ehrenmitglieder“ in diese Gesellschaft aufgenommen.

Als wir im Dezember 2019 erneut nach Lübeck kamen, erfuhren wir, daß in dieser Stadt ein neues Wohngebiet in Planung ist und die Partei Die Linke vorgeschlagen hat, einer Straße den Namen Ernst-Puchmüller-Straße zu geben. Ich unterstütze dieses Vorhaben ganz ausdrücklich. Die Verbindung nach Lübeck ist mir sehr, sehr wichtig. Ich werde diese Verbindung, so lange ich lebe, halten.

Karl-Heinz Puchmüller, Waren (Müritz)

In den RF-Ausgaben März bis Mai war die dreiteilige Serie „Die Männer von Vernet“ zu lesen. Dem Autor sei gedankt, daß er einerseits an das Kapitel der Internierung deutscher Antifaschisten in Frankreich erinnerte und andererseits auf die Bücher von Frei und Hinze zu diesem Thema aufmerksam machte.

In einem besonderen Abschnitt widmete er sich dem Schriftsteller Rudolf Leonhard. Das Rudolf Leonhard in Spanien war, war für mich eine neue Erkenntnis. Da ich mich aber seit Jahren gerade mit den Deutschen, die in Spanien gegen Franco und seine Verbündeten kämpften, besonders beschäftige, habe ich daraufhin ein wenig recherchiert.

Und hier setzt meine Kritik an. Nicht nur, daß man an einigen Stellen nicht sofort weiß, ob über Frei oder Leonhard geschrieben wird, gibt es auch einige Ungenauigkeiten.

Richtig ist, Leonhard war vom 8. bis 18. August 1937 als Delegierter des Comité Internationale de Coordination et d'information pour l'aide a l'Espagne Republicaine“ in Spanien. Aber er hat nicht an Kämpfen teilgenommen, denn er ist wegen seiner pazifistischen Einstellung nicht wie andere seiner Schriftstellerkollegen nach Spanien gegangen, um zu kämpfen, sondern um das Land kennenzulernen, mit dem er sich schon lange beschäftigte. Das Ergebnis waren seine 23 Novellen im „Tod des Don Quichote“. Und wie der Autor auf einen zweimonatigen Aufenthalt kommt, ist ebenso unklar. In seinem Tagebuch schreibt Leonhard, daß ihm die zehn Tage in Spanien wie zwei Monate vorgekommen sind. Da ist wohl etwas durcheinander gekommen. Trotzdem noch einmal Dank für diese Serie.

Harald Wittstock, Berlin

„Reformation Francisci – Die Reformation des Papstes“ von Prof. Gerhard Oberkofler (Nr. 268, S. 25 ff.) ist ein wirklich hervorragender Beitrag zur Thematik. Er schätzt ein, daß die Päpste Johannes Paul II. und Benedikt XVI. die in der katholischen Kirche organisierten Christen bedenkenlos in das mörderische System des Imperialismus eingebunden haben. Papst Franziskus sieht er dagegen als Internationalisten. Damit kann man einverstanden sein, auch wenn man nicht allen Äußerungen und Entscheidungen von ihm folgen möchte. Als Atheist kann ich auch mit dem hier gezeichneten

Jesusbild leben, der „unter dem kolonialistischen Gouverneur zum Tode verurteilt und gekreuzigt wurde, weil er mit seinen Gleichgesinnten gegen die herrschende Ordnung aufgetreten ist.“ Er sah sich selbst nicht als göttlich an. Ich habe nie verstanden, daß es Christen hinnehmen, wenn ihr Gott, der doch angeblich allmächtig ist, seinen Sohn auf so grausame Weise sterben läßt. Die Menschheit zu erlösen hätte ihm doch auch anders möglich sein können. Es muß Religionsfreiheit geben. Das schließt auch das Recht ein, an keinen Gott zu glauben

Dr. Kurt Laser, Berlin

Das erste Mal sah ich als BRD-Bürger den bewegenden Film „Nackt unter Wölfen“ 1973 in der DDR. Das wunderbare Buch las ich schon drei Jahre zuvor. Der Kommunist und Romanautor Bruno Apitz war von 1934 bis 1937 Häftling im Zuchthaus Waldheim und anschließend bis 1945 im KZ Buchenwald. Der Schauspieler Erwin Geschonneck war sechs Jahre inhaftiert in verschiedenen KZ's wie Sachsenhausen, Dachau und Neuengamme. Weitere Schauspieler, die Häftlinge in Buchenwald waren, wirkten in der einzigartigen DDR-Romanverfilmung von 1963 mit. Bei der 2015 ausgestrahlten Neuverfilmung von Philipp Kadelbach handelt es sich um den Versuch, den kommunistischen Widerstand der Buchenwaldhäftlinge zu relativieren.

Richtig zu stellen ist, daß nicht wenige Wochen vor der Befreiung, sondern bereits im August 1944 Dr. Harry Zweig und sein kleiner Sohn Stefan Jerzy Zweig im Viehwaggon auf den Ettersberg bei Weimar gebracht wurden. Jerzy wurde vom illegalen Internationalen Lagerkomitee versteckt und gerettet. In ihm waren ausschließlich Kommunisten und Sozialisten aus 11 kommunistischen Parteien vertreten. Aus Deutschland Walter Bartel, Harry Kuhn und Ernst Busse. Robert Siewert und Willi Bleicher haben sich bei der Rettung des dreijährigen Jerzy einen unsterblichen Namen gemacht.

Die KPD stand von Anfang an im Zentrum des Buchenwalder Widerstandes. Schon nach den ersten Wochen gehörten etwa 700 KPD-Mitglieder zur Lagerbelegschaft. Diese Zahl blieb ungeachtet aller Todesfälle, Entlassungen, Überstellungen und Neueinlieferungen konstant.

Gerd-Rolf Rosenberger, Bremen-Nord

Zu Helmut Hellge: Begeisterte Kinder im „schwierigen“ Dorf u. Leserbrief, RF 269, S. 32 u. 35
Lieber Genosse Hellge, wie habe ich mich gefreut, wieder einen Beitrag (und einen Leserbrief) von Ihnen im „RotFuchs“ zu finden! Und dazu auch noch mit Überraschungseffekt: das Institut für Lehrerbildung in Kyritz. Niemals werde ich die wunderbaren Jahre als Schülerin dieses Instituts vergessen. Sie haben dazu beigetragen, mich auf ein erfülltes Leben in meiner Heimat, der DDR, vorzubereiten. Diese vier Jahre waren die besten und wichtigsten in meiner Jugendzeit. Ich freue mich besonders, daß Sie in Ihrem hohen Alter wieder aktiv geworden sind. In Gedanken war ich oft bei Ihnen. Und nun diese Überraschung. Machen Sie weiter so als Vorbild für uns alle!

Herzlichen Glückwunsch zum 98. Geburtstag, viel Gesundheit und Kraft für künftige schöne Beiträge aus Ihrem reichen Leben.

Karin Gruhne, Burg (Spreewald)



Karikatur: Klaus Stuttmann

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger, Wolfgang Metzger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160-238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek**Herstellung:** Druckerei Gottschalk**Internet:** www.rotfuchs.net**Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.**

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobra
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki
Uli Jeschke
Rudi Kurz

Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Hans Schoenefeldt
Prof. Dr. Rolf Sieber
Peter Steiniger
Johann Weber
Theodor Weißborn
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

oder Heiner Brendel
Tel. 030-654 45 94
Gerald Umlauf, Hans Ludwig u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEVXXX